

Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen

Dokumentation zur Europäischen Fachkonferenz
vom 23. bis 25. November 2004

Impressum

Herausgeber:
Regiestelle E&C der Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin
„Walter May“
Nazarethkirchstraße 51
13347 Berlin
Telefon 0 30. 457 986-0
Fax: 0 30. 457 986-50
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartnerin / Redaktion:
Antje Klemm

Layout:
MonteVideo Mediadesign

Inhalt:

- 5 Vorwort**
Antje Klemm
- 6 Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Gebieten mit besonderem sozialen Erneuerungsbedarf**
Marieluise Beck
- 10 Die Bedeutung kommunaler und lokaler Strategien bei der sozialen Integration junger Menschen in Europa**
Ulrich Bohner
- 18 Die wichtigsten Etappen bei der Entwicklung von Handlungsstrategien des Europarats im Bereich Jugend und Sport**
Ralf-René Weingärtner
- 26 Europäische Strategien für die soziale Eingliederung Jugendlicher**
Pierre Mairesse
- 29 Impulse und Herausforderungen integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen**
Christian Lüders
- 34 Anknüpfungspunkte Europäischer Initiativen im Rahmen des Weißbuch Jugend-Prozesses an die Schlussfolgerungen der Konferenz**
Hans-Joachim Schild
- 38 Panel I:
Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung in benachteiligten Stadtgebieten**
Heike Riesling-Schärfe
- 39 Panel II:
Einwanderung/Interkulturalität:
Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe**
Dorit Meyer
- 41 Panel III:
Steuerungsstrategien und lokale soziale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtgebieten**
Rainer Schwarz
- 43 Panel IV:
Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation**
Sabine Meyer

- 45 Schlussfolgerungen der Konferenz:
Kinder und Jugendliche in benachteiligten
Stadtteilen – Integrierte jugendpolitische
Strategien in städtischen Gebieten**
- 50 Programm**
- 53 Liste der Teilnehmer/innen**

Vorwort

Die Zielsetzungen der Programmplattform E&C – soziale Integration, Vermittlung von Zukunftskompetenzen und Stärkung von Eigenverantwortung und sozialem Engagement – stehen auch auf der europäischen Agenda ganz oben. Ebenso spielen Handlungsansätze und Instrumente, wie E&C sie empfiehlt – Vernetzung und ressortübergreifendes Handeln, lokale Partnerschaften und Partizipation – im Handlungsansatz der Europäischen Union eine wichtige Rolle. Auch in vielen europäischen Ländern außerhalb der EU stehen die Entwicklung und Anwendung neuer kommunaler und lokaler Konzepte als Reaktion auf städtische Erscheinungsformen von Armut und Ausgrenzung im Vordergrund, wenn es um die nachhaltige Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen geht.

Obgleich sich die nationalen, kommunalen und lokalen Rahmenbedingungen aufgrund spezifischer Entwicklungspfade zum Teil deutlich voneinander unterscheiden, sind alle europäischen Städte und Gemeinden mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Im Rahmen der Europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ wurde deshalb ein europaweiter Austausch über bewährte Praxis sozialer Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen auf kommunaler und lokaler Ebene organisiert, um den Blick auf innovative integrierte Strategien sozialer Eingliederung über nationale Grenzen hinweg zu schärfen, ein Voneinander-Lernen zu ermöglichen und einen Beitrag zur Stärkung der sozialen Dimension in Europa zu leisten.

160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 18 europäischen Staaten unter Beteiligung von Bürgermeister/innen europäischer Städte, Parlamentarier/innen und gewählten Kommunalvertreter/innen, Jugendforscher/innen und Experten/innen der kommunalen Jugendpolitik, Nichtregierungsorganisationen und hier insbesondere Jugendorganisationen, Fachkräften der Jugend- und Sozialarbeit sowie Vertreter/innen deutscher und europäischer Institutionen trafen sich vom 23. bis 25. November 2004 in Berlin, um gemeinsam auf die oft schwierigen Lebensbedingungen junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen aufmerksam zu machen. Initiiert und finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Bundesrepublik Deutschland, wurde diese Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Di-

rektorat für Jugend und Sport des Europarates veranstaltet.

Vier Handlungsfelder, die zentral sind für die nachhaltige Verbesserung der Situation junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen, bestimmten den Erfahrungsaustausch. So ging es zum einen um Konzepte der Erziehung und Bildung, denn der Erwerb von Lebens- und Zukunftskompetenzen determiniert wesentlich die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen.

Eine weitere zentrale Herausforderung und strategische Zukunftsaufgabe stellt europaweit die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund dar, insbesondere in Gebieten mit hohem Entwicklungsbedarf. Hier ging es vor allem darum, wie man tragfähige Konzepte eines interkulturellen Stadt(teil)managements entwickeln und den gleichberechtigten Zugang junger Migranten/innen zu Bildungsangeboten und anderen lokalen Dienstleistungen sicher stellen kann.

Die Entwicklung und Anwendung neuer kommunaler und lokaler Steuerungsstrategien- und instrumente, die bisherige Muster der politisch-administrativen Problembewältigung ablösen, bildeten einen weiteren Themenschwerpunkt des europäischen Austausches. Im Fokus standen hier neue und effektivere Formen von Governance, um neue Kooperationen, Bündnisse und Netzwerke auch mit privaten Akteuren z.B. der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft, kurz: um Strategien und Handlungsansätze im Sinne von local capacity building, um städtischen Segregationsprozessen langfristig entgegen zu wirken.

Die Förderung von Teilhabe, Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement junger Menschen und ihrer Familien auf kommunaler und lokaler Ebene, die einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadt(teil)entwicklung und zur Stärkung der Zivilgesellschaft leisten, bildeten den vierten Schwerpunkt der Fachkonferenz.

Das zentrale Ergebnis dieses europäischen Erfahrungsaustausches stellt die Gemeinsame Erklärung zu integrierten Strategien für junge Menschen in benachteiligten Stadtteilen dar, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz verabschiedet haben. Damit erhoffen sich die Veranstalter, einen europaweiten Prozess regionenübergreifenden Lernens anzustossen, der den Titel „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ tragen soll.

Marieluise Beck
Parlamentarische Staatssekretärin im
Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Eröffnung der Konferenz Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Gebieten mit besonderem sozialen Erneuerungsbedarf

Ich freue mich, Sie heute ganz herzlich zur Europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ als Gäste des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Mitveranstalter hier in Berlin zu begrüßen. Viele von Ihnen haben einen weiten Weg auf sich genommen, um heute hier zu sein. Das zeigt mir, dass wir mit der Organisation dieser Fachkonferenz ein drängendes Thema aufgegriffen haben.

Sie, internationale Expertinnen und Experten, haben sich heute versammelt, um auf dieser Konferenz Wege zu identifizieren, die der besseren Integration von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen in Europa dienen sollen. Als hoch qualifizierte Fachleute bringen Sie Ihr Wissen in die Debatte über soziale Problemlagen ein. Der Fokus der Tagung liegt in konkreten Lösungsstrategien für die Lebenslagen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Die Konferenz soll uns den Handlungsbedarf auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen aufzeigen. Denn die Ausgrenzung ganzer sozialer Gruppen hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt, das über nationale Grenzen hinaus geht und gelöst werden muss.

Es geht vor allem darum, die unterschiedlichen Ansätze, Strategien und Erfahrungen in Europa zur erfolgreichen Integration junger Menschen und ihrer Familien in benachteiligten Stadtteilen zusammenzutragen und zu bündeln. Wir wollen aus den Erfahrungen europäischer Städte wie z. B. Helsinki, Bologna, Budapest, Paris, Amsterdam, Dublin, Eskisehir und Yerevan lernen und die gewonnenen Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Die gerechte Verteilung von Chancen und die Teilhabe an der Gesellschaft für diese jungen Menschen und ihre Familien muss stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken, europaweit.

In vielen europäischen Städten und Gemeinden stehen wir vor dem Problem sozialer und räumlicher Segregationsprozesse. Armut,

Marginalisierung und soziale Ausgrenzung konzentrieren sich in so genannten sozialen Brennpunkten oder benachteiligten Stadtteilen. Hier gibt es zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze; es gibt zu viele Probleme in Schulen, zu viel Gewalt und Kriminalität, Alkohol- und Drogenmissbrauch. Spätestens dann, wenn die Kinder in die Kindergärten oder in die Schulen kommen, ziehen viele Familien, die es sich noch leisten können, aus diesen Quartieren weg. Übrig bleiben die Menschen, die überwiegend auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, teilweise in der 2. und 3. Generation. Die Kinder und Jugendlichen lernen dort von klein auf staatliche Unterstützung als „normale“ Einkommensquelle kennen. Sie bekommen ein falsches Bild von der Gesellschaft. Sie erleben, dass sie keine oder nur geringe Zukunftschancen haben. Diese Sichtweise und Vorbilder prägen ihr soziales Lernen.

Wenn es um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften geht, kommt es auf jeden jungen Menschen an. Dies gilt in vielen europäischen Ländern und gerade auch in Deutschland für den wachsenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Mittlerweile kommen in der Bundesrepublik fast ein Drittel aller Kinder – in Ballungszentren sogar bis zu 40 Prozent – aus Migrantenfamilien. In vielen westdeutschen Städten leben Familien mit Migrationshintergrund überproportional in benachteiligten Stadtteilen. Ein Teil der jungen Menschen hat erhebliche Integrationsprobleme. Sozialindikatoren deuten an, wie hoch die Defizite bei der Integration sind: Heute sind Migranten und Migrantinnen statistisch gesehen doppelt so häufig arbeitslos, dreimal so häufig Bezieher von Sozialhilfe und wesentlich häufiger ohne Berufsausbildung als ihre deutschen Mitbürger/innen. Die Bildungsabschlüsse vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund sind alarmierend schlecht. Diese Situation ist jedoch kein ethnisches, sondern zuallererst ein soziales Problem.

Der Schlüssel für Chancengerechtigkeit sind Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit, gerade auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Bildungschancen sind in aber in Deutschland wie in kaum einem anderen Land von der sozialen Herkunft abhängig. Das Bildungspotenzial insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird in Deutschland bislang nicht ausgeschöpft. Jeder fünfte Jugendliche ausländischer Herkunft verlässt die Schule ohne Abschluss. Es gilt, die Bildungschancen aller jungen Menschen frühzeitig, also schon im Kindergarten und durch Angebote der Ganztagsbetreuung zu sichern. Denn auf den Anfang kommt es an. In diesem Sinne sind auch Programme erfolgreich,

die Ressourcen in den Familien stärken. Der Förderung von Sprachkompetenzen kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu – und zwar nicht nur die Förderung der deutschen, sondern auch der Muttersprache, da Lernfortschritte in der Zweitsprache auch abhängig sind vom Niveau der Erstsprache.

Die Migrationsforschung hat die zentralen Voraussetzungen für den positiven Verlauf von Integrationsprozessen benannt: Einerseits sind individuelle Voraussetzungen und Ressourcen der Migrantinnen und Migranten wie Sprachkompetenz und Bildungshintergrund von großer Bedeutung. Andererseits ist dies die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, Teilhabechancen – im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt etc. – und die Mitwirkung im öffentlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen und zu fördern – durch Angebote, die den migrationsspezifischen Belangen Rechnung tragen.

Integration findet ganz konkret vor Ort statt, d.h. in den Kommunen und im Stadtteil. Die Verwirklichung pluralistischer Gesellschaften erfordert Integrationskonzepte auf kommunaler und lokaler Ebene, die die interkulturelle Öffnung aller Dienste und gesellschaftlichen Institutionen sicherstellen und den gleichberechtigten Zugang zu Angeboten der Sprachförderung, Bildung, beruflichen Ausbildung und zu Erwerbstätigkeit gewährleisten.

Die Umsetzung von konkreten Integrationsangeboten ist maßgeblich auf zivilgesellschaftliches Engagement angewiesen. Die hohe Integrationskraft des freiwilligen Engagements sollte gefördert werden, z.B. durch die Unterstützung von Netzwerken. Das soziale Umfeld von jungen Menschen – Familie, Kindergarten, Schule, Sportverein, Migrantenorganisationen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen etc. – spielt eine herausragende Rolle für gesellschaftliche Teilhabe und Chancen. Zentrale Herausforderung ist deshalb die Qualifizierung und Vernetzung aller auf Kinder und Jugendliche gerichteten Angebote vor Ort. Ressortübergreifende und sozialräumlich ansetzende Programme können gezielt die Lebenslagen von Kindern und Familien verbessern – insbesondere in städtischen Ballungsgebieten mit konzentrierter Armut.

Für die Bundesregierung ist klar, multidimensionalen Problemlagen in benachteiligten Stadtteilen erfordern neue Herangehensweisen und die gemeinsame Anstrengung aller Akteure vor Ort, um den Abwärtstrend zu stoppen und umzukehren. Sie setzt deshalb in ihren Programmen auf Aktivierung und Selbsthilfe, auf die Bündelung von Ressourcen, auf die Verknüpfung kleiner, lokaler Netze im Stadtteil und auf große stadtweite Netze der Jugend-

Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Schwerpunkte unseres Ministeriums „Allianz für die Familie“, und das Programm „Entwicklung und Chancen für junge Menschen in sozialen Brennpunkten“ - kurz E und C - setzen hier an: Es geht um Bündnisse, es geht um Zusammenarbeit, es geht darum, dass die Gelder, die zur Verfügung stehen, so eingesetzt werden, dass sie „Mehr“ als bisher bewirken. Dazu ist zunächst die enge und integrierte Zusammenarbeit aller Behörden wichtig. Dies hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert - nicht zuletzt angestoßen durch unsere Programme wie die „Soziale Stadt“ oder „E & C“. Genau so wichtig ist es, die Bevölkerung in den sozialen Brennpunkten einzubeziehen, sie zu beteiligen und zu aktivieren. Denn die Menschen wissen selbst am besten, welche Probleme in ihrem Stadtteil am dringlichsten sind. Ohne sie und ihr Engagement in eigener Sache können die wenigsten Probleme behoben werden.

Als Beispiel nenne ich unser Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ – LOS in den benachteiligten Stadtteilen. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus unserem Ministerium finanziert. Es setzt auf die eigene Mitwirkung, das Maßgeschneiderte. Es beseitigt individuelle Not und stärkt das Gemeinwesen. Die Menschen sind keine bloßen Zuwendungs- oder Maßnahmeempfänger, sondern ihre eigenen Akteure.

In der Kombination von Bildung, Arbeitsvermittlung, beruflicher Qualifizierung, Unternehmensförderung und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der Nachbarschaften, der Familien liegt das Besondere von LOS. Alle in diesen Stadtteilen: Politik, Ämter, Bewohnerinnen und Bewohner, Vereine und Verbände, große und kleine Unternehmen arbeiten gemeinsam. Die Kommunen und Landkreise sind verantwortliche Träger des Programms, die Förderentscheidung treffen die Beteiligten vor Ort gemeinsam. Da die meisten dieser Akteure jedoch eher unerfahren mit der Umsetzung von europäischen Förderprogrammen sind, müssen die Kommunen lokale Koordinierungsstellen einrichten, die bei der Antragstellung für Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) helfen und beraten. Darüber hinaus gibt es einen lokalen Aktionsplan, der dafür sorgt, dass die kleinen Projekte sich ergänzen und die Projekte im Verbund mehr erreichen als jedes einzelne Projekt allein es könnte. Die Lokalen Koordinierungsstellen werden dabei durch die vom Kinder- und Jugendministerium eingerichtete Regiestelle LOS unterstützt. Das Programm umfasst 75 Mio. Euro ESF Mittel, mit dieser Summe werden bis 2006 über 9.500 Mikroprojekte gefördert werden.

Die verantwortlichen Kommunen und Land-

kreise beweisen, dass auch mit „kleinem Geld“ Großes zu bewegen ist, wenn die Mittel richtig investiert werden. Die Investition in die Menschen, in ihre Stärken, in ihren sozialen Zusammenhalt in der Familie und Nachbarschaft setzt kreative Energie frei, schafft Bündnisse und Partnerschaften und entwickelt Raum für neue soziale und arbeitsmarktliche Lösungen.

Dies ist kurz umrissen der Hintergrund vor dem mit dieser Konferenz ein europaweiter Austausch über bewährte Praxis sozialer Integration von benachteiligten Kindern und Jugendlichen auf kommunaler und lokaler Ebene organisiert wird. Unser Anliegen ist es, den Blick auf innovative Strategien sozialer Eingliederung über nationale Grenzen hinweg zu schärfen. Unser Anspruch ist es, einen Beitrag zur Stärkung der sozialen Dimension in Europa zu leisten. Anliegen und Anspruch sind Grundlage für das, was wir den „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ nennen.

Bei der Betrachtung der einzelnen über 330 Gebiete unserer deutschen Programme „Soziale Stadt“ und E und C zeigt sich, dass die sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Rahmenbedingungen kein einheitliches Bild über „benachteiligte Stadtquartiere“ aufzeigen, sondern sowohl hinsichtlich der Größe der städtischen Quartiere als auch der Problemlagen sehr heterogen sind. Wenn wir uns in Europa umschauen, zeigt sich überall ein ähnliches Bild. Trotz der enormen Vielfalt oder vielleicht gerade aufgrund dieser Vielfalt kann ein Austausch über bewährte Konzepte und Strategien ein wichtiges Instrument gemeinsamen Lernens sein. Mir ist bewusst, Erfahrungen aus dem Programm E und C sind ein Baustein unter vielen. Strategien und Ansätze müssen sich immer an den jeweiligen Problemlagen und den Kontexten vor Ort orientieren, um Wirkung zu erzielen. Deshalb freue ich mich, dass wir hier die Gelegenheit haben, europaweit aus vielen Staaten weitere Bausteine zusammenzuführen.

Jetzt zu den inhaltlichen Schwerpunkten des heutigen und morgigen Tages: Um den Erfahrungsaustausch zu strukturieren, sehe ich vier Handlungsfelder, die zentral sind für die nachhaltige Verbesserung der Situation junger Menschen und ihrer Familien in benachteiligten Stadtteilen.

Bildungsangebote

Das erste Handlungsfeld umfasst Konzepte der Erziehung und Bildung. Denn der Zugang zu Bildungsangeboten und Möglichkeiten zu individuell geförderten Bildungsprozessen entscheidet wesentlich über die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Am gra-

vierendsten wirkt sich die soziale Herkunft, d. h. der Mangel an soziokulturellem Kapital des Elternhauses aus. Je früher für Kinder der Zugang zu Bildungsangeboten möglich ist, desto bessere Chancen haben sie. Dabei muss neben dem formalen Lernen auch der gesamte Bereich des non-formalen und informellen Lernens stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Es geht um Angebote der Frühkindförderung, der Bildung und Berufsausbildung und die Übergänge wie beispielsweise von der Schule in den Beruf. Besonderes Augenmerk soll dabei auf den Beitrag non-formaler Bildungsangebote gerichtet werden.

Migration

Die zweite zentrale Herausforderung und strategische Zukunftsaufgabe für Städte und Gemeinden ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund – insbesondere in benachteiligten Stadtteilen. Integration findet vor Ort in den Kommunen und in ihren jeweiligen Sozialräumen statt. Hier geht es um Konzepte zur Förderung des interkulturellen Zusammenlebens, wie z. B. ein interkulturelles Stadt(teil)management. Ansätze aus integrationsversierten Kommunen zeigen, dass städtische Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe angegangen werden muss. Bei allen politischen Maßnahmen und Programmen muss die interkulturelle Orientierung bedacht und müssen alle Betroffenen, die Menschen mit Migrationshintergrund aber auch die Menschen, die dort schon immer leben, beteiligt werden.

Neue kommunale Steuerungsstrategien und -instrumente

Das dritte Handlungsfeld beinhaltet die Entwicklung und Anwendung neuer kommunaler Steuerungsstrategien und -instrumente, die bisherige Muster der politisch-administrativen Problembewältigung ablösen. Hier geht es um effektive Formen von Governance, um neue lokale Steuerungselemente. Beispiele sind sozialräumliche Ansätze – ähnlich so genannten area-based approaches im englisch-sprachigen Raum –, neue Kooperationen, Bündnisse und Netzwerke auch mit privaten Akteuren z. B. der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft. Einen großen Raum sollen dabei Prozesse der Neugestaltung von sozialen Diensten in den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit einnehmen, um insbesondere benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien besser erreichen zu können.

Partizipation

Beim vierten Handlungsfeld geht es schließlich um Strategien zur Förderung von Teilhabe,

Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement junger Menschen und ihrer Familien auf kommunaler und lokaler Ebene. Denn nur mit den Menschen, die dort leben kann eine nachhaltige Stadt(teil)entwicklung erzielt werden. Nur mit dem aktiven Beitrag der Betroffenen ist eine Stärkung der Zivilgesellschaft gewährleistet. Auch das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ und die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ betonen, dass die Beteiligung und Integration von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler und lokaler Ebene beginnt. Es muss uns gelingen, die Fragen zu beantworten: Wie kann man Teilhabe und Engagement von benachteiligten jungen Menschen vor Ort fördern? Mit welchen Methoden und Ansätzen mache ich diese jungen Menschen fit, damit sie sich in der Lage fühlen, ihre Meinung zu artikulieren, sich zu engagieren, eben mit zu mischen? Ich bin sehr gespannt auf Ihre Erfahrungen und Diskussionsbeiträge zu diesen Handlungsfeldern. Ihr Wissen und Ihre Ideen sind für die Verbesserung der Situation, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, in diesen Stadtteilen unverzichtbar.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitveranstaltern für ihr Engagement und ihre Mitwirkung an dieser Konferenz bedanken. Die Idee zu dieser Veranstaltung entstand zusammen mit dem Europarat, konkret: mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und der Direktion Jugend und Sport des Europarats. Mit der „Europäischen Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ hat der Europarat die aktive Beteiligung junger Menschen vor Ort als essentiell für eine demokratische Gesellschaft festgeschrieben und damit einen wichtigen Grundstein für Partizipationsprozesse junger Menschen gelegt. Dank der Mitwirkung des Europarats, der mittlerweile 46 Staaten als Mitglieder vereint, dürfen wir heute auch viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union begrüßen. Diese enorme Vielfalt an Erfahrungen, Perspektiven und Ideen stellt einen reichen Fundus dar, aus dem es heute und morgen zu schöpfen gilt.

Ganz besonders freue ich mich, dass auch die Europäische Kommission hier vertreten ist und sich in die Diskussion einbringen wird. Das im Jahr 2001 veröffentlichte Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ definiert Jugendpolitik als Querschnittspolitik und fordert die Berücksichtigung der Belange junger Menschen und insbesondere Benachteiligter in allen Initiativen und Politikbereichen. Die vom Rat der Europäischen Union im Mai 2004

verabschiedete „Entschließung über soziale Integration und Jugendliche“ formuliert als eine wesentliche Forderung, „den besonderen Bedürfnissen von Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen Rechnung zu tragen“.

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine koproductive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“. Ich danke Ihnen, dass Sie uns bei diesem Vorhaben tatkräftig unterstützen und wünsche uns spannende und erkenntnisreiche Diskussionen.

Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Pressestelle
Alexanderplatz 6
10178 Berlin
Telefon 01888-555-1061
Telefax 01888-555-1111
E-Mail presse@bmfsfj.bund.de

**Ulrich Bohner, Generalsekretär des
Kongresses der Gemeinden und Regionen
Europas des Europarats**

Die Bedeutung kommunaler und lokaler Strategien bei der sozialen Integration junger Menschen in Europa

Zunächst möchte ich einige Worte über unsere Organisation sagen, die ein Partner bei der Konferenz in dieser Woche ist. Mein Kollege René Weingärtner wird einige Worte zu unserer Organisation, dem Europarat als solches sagen, der seit 1949 für Menschenrechte und Demokratie eintritt.

Nach unserer Ansicht umfasst die pluralistische Demokratie die Demokratie auf lokaler und regionaler Ebene. Aus diesem Grund hat der Europarat vor zehn Jahren den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas ins Leben gerufen, der die lokal und regional gewählten Politiker aus unseren 46 Mitgliedstaaten vertritt.

Danken möchte ich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Initiative zu dieser Konferenz, die zur rechten Zeit kam. Auch unseren Freunden in den Jugendreferaten des Europarates danke ich für ihre aktive Beteiligung. Aber ich möchte auch hervorheben, dass die Städte und Gemeinden, die wir vertreten, an vorderster Front für eine ordentliche Zukunft für die jüngere Generation in den sozial benachteiligten Gebieten kämpfen.

Genau aus diesem Grund hat das Ministerium das Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ ins Leben gerufen, das in über 330 Stadtteilen deutscher Städte durchgeführt wird und die Grundlage für den europäischen Austausch von Erfahrungen und Praktiken darstellt, den wir hier in Berlin in den nächsten 2 Tagen abhalten.

In einem Konvoi bestimmt immer das langsamste Fahrzeug die Geschwindigkeit aller. Der Grad der Freiheit und des Wohlstandes eines Landes kann nur gemessen werden, wenn man nicht nur die am weitesten fortgeschrittene, sondern auch die benachteiligste Gruppe berücksichtigt. Aus diesem Grunde ist unser Thema heute, die Chancen Jugendlicher und Kinder in benachteiligten Stadtteilen, nicht nur für diese Gruppen oder Stadtteile wichtig, sondern auch für unsere Gesellschaft als Ganzes.

Es ist keine einfache Aufgabe, sich mit dem Thema: Integration von Jugendlichen aus sozialen Brennpunkten und mit benachteiligten

Stadtteilen zu beschäftigen. Aber wenn wir nicht in der Lage sind, Lösungen für diese komplexe Frage zu finden, wird unsere Gesellschaft unter großen Defiziten, Rissen und Konflikten zu leiden haben, von denen einige bereits heute zu beobachten sind. Beschäftigen wir uns aber zunächst mit einigen Begriffen: Als erstes muss man verstehen, was das Wort „integrieren“ für die Betroffenen und das Publikum bedeutet.

Die Verantwortung, die jeder an dieser Integration beteiligte Partner oder Akteur trägt (z.B. nationale Regierungen, Gemeinden, Freiwilligenverbände, Bürgerbeauftragte, Familien und auch die Jugendlichen und betroffenen Kinder) und die verschiedenen Ansätze und Entscheidungen verändern sich ständig.

Das Konzept der Partnerschaft, das verstärkt Verantwortung auf die Akteure überträgt und die Betroffenen ermächtigt, wird immer öfter als Lösung zur Wiederherstellung einer ausgewogeneren Beziehung zwischen den Betroffenen (denen, die unter sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit leiden) und dem „anderen“ Teil der Gesellschaft vorgebracht.

Dies ist in der Tat ein ebenso komplexes Phänomen wie die Frage der städtischen „Ghettos“. Die Häuser sind baufällig, oft sind es die einzigen Wohnungen, die Einwanderern zur Verfügung stehen, viele Alleinerziehende, viele Hilfsarbeiter oder Arbeitslose leben dort. Einige Pläne zur Stadterneuerung führten dazu, dass Menschen, die über ein zu geringes Einkommen verfügen, um sich eine angemessene Wohnung leisten zu können, umgesiedelt wurden.

Dies führte zur Trennung zwischen den „schwierigen“ Stadtteilen und dem Rest der Stadt: Diese zeigt sich durch unsichtbare Mauern der Angst und des Misstrauens, das sich oft in sichtbarer Gewalt äußert wie Gesten, Worte und Taten auf beiden Seiten. Die Jugendlichen aus diesen Stadtteilen, insbesondere Jungen, sind sowohl Täter als auch Opfer der „sichtbaren“ Form der Gewalt.

Um diese „unsichtbaren Mauern“ zu durchbrechen, muss man sich selbst behaupten und die Gewalt wird oft als Mittel hierzu angesehen. Aber es gibt auch andere weniger diskutierte Formen von Gewalt (z.B. sexuelle Gewalt oder Einschüchterung) gegenüber Mädchen. Sie existiert, wird aber nur allzu oft ignoriert.

Dieses Phänomen der räumlichen Trennung ist weniger offensichtlich in den sogenannten Übergangsländern, aber die Privatisierung der Wohnungen und die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich werden die Städte Mittel- und Osteuropas wahrscheinlich in die gleiche Richtung drängen.

Bestehende Enklaven in Städten wie Sofia, Bukarest und Prag sind oft Stadtteile, die

größtenteils und manchmal ausschließlich von sozial schwachen Gruppen wie den Roma bevölkert werden. Das Problem der verlassenen „Straßenkinder“ ist noch lange nicht gelöst.

Die Fakten sprechen für sich: Die Gewalt nimmt zu, insbesondere bei Jugendlichen in Ländern, in denen der wirtschaftliche Übergang die Institutionen geschwächt und ganze Familien in die Armut gestürzt und sie desorientiert und oft ohne jede Zukunftsperspektive zurückgelassen hat.

Wie die Statistik der Vereinten Nationen zeigt, sind auch die Zahlen in den Ländern der Europäischen Union alarmierend: Die Zahl der Jugendlichen, die zwischen 1995 und 1997 in England und Wales verurteilt wurden, ist so hoch wie die in Russland. Deutschland hat die zweithöchste Jugendkriminalitätsrate der Europäischen Union.

Trotzdem sind sich die Politiker, Regierenden und Analytiker über die tatsächliche Bedeutung der Ursachen für den Anstieg der Gewalt immer noch nicht einig.

Einzelne Faktoren wie der Einfluss biologischer und psychologischer Merkmale auf angeborene oder erworbene Charaktereigenschaften oder Beziehungsfaktoren wie der Einfluss der Familie erhalten bei der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung dieses Phänomens oft Priorität. Dagegen werden gesellschaftliche Faktoren wie Einkommensunterschiede, schlechte Berufsausbildung, fehlende und regelmäßige angemessen bezahlte Beschäftigung oft bei diesen Strategien vernachlässigt.

Dies ist besonders alarmierend, wenn man die Diskrepanz zwischen den Erfolgsversprechen des internationalen Marketing oder die Fortschritte durch Bildung einerseits und die wachsende Unsicherheit des täglichen Lebens andererseits sieht. Zusammen mit den immer deutlicheren Unterschieden bei Status und Chancen zwischen den Stadtteilen trägt dieses Phänomen dazu bei, ein Gefühl von Wut oder sogar Hass bei den Jugendlichen zu erzeugen und führt daher zu Ausbrüchen von Gewalt in benachteiligten Stadtteilen.

Wir sollten auf alle Fälle eine Stigmatisierung vermeiden, indem wir Stereotype schaffen. Glücklicherweise weisen jedoch nicht alle Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen und nicht alle armen Menschen automatisch ein gewalttätiges Verhalten auf.

Gewalt wird ausgelöst durch die Zerstörung des sozialen Vertrauens, den Verlust des Identitätsgefühls und der Würde, gemeinsamer Werte und Gemeinschaft und durch fehlende Zukunftsperspektiven, die dazu beitragen könnten, eine solch unbefriedigende und schwierige Situation zu überwinden.

Wenn wir uns die verschiedenen nationalen

Strategien zur Bekämpfung von Jugendgewalt und Förderung der Integration anschauen, die nicht mit Assimilierung verwechselt werden dürfen, sind wir oft hin und her gerissen zwischen „gezielter“ Integrationspolitik und „Recht und Ordnung“-Politik, die besonderen Schwerpunkt auf die verübten Straftaten legen und oft dazu tendieren, Kriminalität, Verantwortung des Einzelnen und soziale Phänomene miteinander zu verwechseln.

Das soziale Umfeld darf nicht als Entschuldigung für den Einsatz von Gewalt dienen, sondern sollte den politischen Entscheidungsträgern helfen, die Ausweglosigkeit der Jugendlichen in den benachteiligten Stadtteilen zu verstehen. Die Zukunft dieser Jugendlichen ist oft ohne jede realistische Perspektive, die es ihnen ermöglichen würde, ein Bestandteil der Gesellschaft zu werden.

Wichtig ist: Erst verstehen, bevor man die Ausbrüche von Gewalt verurteilt und zur Unterdrückung greift. Unterdrückung hilft nicht, die Ursachen zu bekämpfen mit denen viele Jugendliche konfrontiert sind. Unterdrückung sollte nur eingesetzt werden, wenn alle anderen politischen Instrumente bereits erfolglos angewendet wurden und das gewalttätige Verhalten nicht unterbinden konnten, als eine Art „ultima ratio“ Politik.

Wir brauchen einen sogenannten „integrierten Ansatz“, der die Bemühungen und Mittel auf allen Ebenen der Gesellschaft kombiniert. Der „all-inclusive“-Ansatz ist die einzige Hoffnung zur Integration einer großen Zahl von Jugendlichen in das, was wir hoffentlich immer noch als „normale“ Gesellschaft bezeichnen können.

Zwei unterschiedliche Strategien wurden bisher in einigen europäischen Staaten angewandt:

- Strategie der „Prävention von Jugendkriminalität“ und „Stadterneuerung“
- Strategie zur „Prävention von Jugendkriminalität“

Strategien, die sich auf „die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt“ oder „Ownership“ von Initiativen im Privatsektor gründen (um von den öffentlichen Plätzen weg zu kommen, oft der einzige Raum, der den Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen zur Verfügung steht) werden manchmal von den Jugendlichen selbst als negativ erachtet, da die staatlichen Behörden oft bestimmte Strukturen und Aktivitäten vorgeben, die ohne direkte Beteiligung der Jugendlichen ausgearbeitet und geschaffen wurden.

Strategie zur „Stadterneuerung“

Im Vereinigten Königreich wurde eine sogenannte „gezielte“ Politik zur „Stadterneue-

rung“ Anfang der 90er Jahre verabschiedet. Diese Politik kombiniert Aktionen in den Bereichen Sozialwohnungen, Gesundheitsversorgung und Verbrechensbekämpfung mit Aktionen für Bildung und Beschäftigung. Die Strategie versuchte mit dem Einfluss der „Banden“, der Zerstörung der sozialen Netze, sozio-ökonomischen Veränderungen und der veränderten Rolle der Familie fertig zu werden.

Die Ansätze zeigen zwar die Schwierigkeiten beim Aufbau einer wirklich kohärenten Strategie bei einem solch komplexen Thema auf, aber auch eine Reihe von Initiativen auf europäischer Ebene, um Dialog, Anerkennung von Identität und Vermittlung bei Konflikten aufzunehmen.

Obwohl diese Ansätze notwendig sind, sind sie jedoch so lange unzureichend bis eine überzeugende Lösung für das Hauptdilemma gefunden wird.

Welchen Platz nehmen ausgeschlossene, benachteiligte Jugendliche in unserer zeitgenössischen Gesellschaft ein?

Auf dem Spiel stehen der Zusammenhalt, die Gleichheit und die Demokratie:

Staatsbürgerschaft kann nicht auf sozialer Nutzlosigkeit gegründet sein.

Dies ist ein grundlegendes soziales Thema: Es betrifft die Säulen, auf die die europäische Gesellschaft ihre Zukunft aufbauen muss.

Wir können kein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln, wenn uns nichts gehört und Demokratie ist ohne ein Gefühl der Zugehörigkeit nicht möglich.

Es ist unsere Aufgabe, jungen Menschen eine Perspektive zu geben, die es ihnen erlaubt, sich als Teil unserer gemeinsamen Gesellschaft zu fühlen. Die Konferenz, die wir gemeinsam hier in Berlin organisieren, bietet die Gelegenheit, sich über gute Praktiken zur Entwicklung einer solchen Politik auszutauschen.

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in Frankreich zeigen zum Beispiel, dass die Wahlbeteiligung in den benachteiligten Stadtteilen um 20% niedriger ist als der Durchschnitt.

Verantwortung geht Hand in Hand mit Besitz. Teil einer Gemeinschaft zu sein, in der persönliches Engagement und Beiträge berücksichtigt werden, verdrängt das Gefühl der Nutzlosigkeit und der Angst, ein Randelement der Gesellschaft zu werden, das keinen Einfluss auf die Entwicklung dieser Gesellschaft hat.

Im Lichte dieser Fragen müssen wir unsere Ansätze in den Bildungssystemen überdenken, die den Einzelnen bei seinem Kampf um Selbstbehauptung allein lassen. Wenn den Betroffenen nicht geholfen wird, sich für Programme und Aktivitäten zu qualifizieren, haben die Menschen aus benachteiligten Stadtteilen den Eindruck, diese seien Kilometer von ih-

rem täglichen Leben entfernt und völlig unzugänglich. Diese Bemühungen sollten so früh wie möglich, bereits in den Kindergärten in Deutschland und den Kindergärten in England beginnen.

Als Hilfestellung bei diesem komplexen Thema möchte ich Sie bitten, sich die vergleichende Analyse der Integrationspolitik in sechs europäischen Städten näher anzuschauen: Amsterdam, Barcelona, London, Neapel, Moskau und Sofia, die auf Initiative des Generaldirektorates für sozialen Zusammenhalt des Europarates erstellt wurde.

Ich hoffe, dass diese Erkenntnisse uns bei unserer künftigen Arbeit helfen und „Geistesnahrung“ sein werden, so dass wir unsere Ressourcen und Erfahrungen zum Nutzen der sozial schwachen Gruppen bündeln können in dem Bemühen, einen Ausweg aus ihrer Ausweglosigkeit zu finden und sie zu Akteuren statt zu Zuschauern zu machen, die zur Entwicklung der Gesellschaft in der sie leben, beitragen können.

Ich möchte, dass wir uns einige Punkte anschauen, die als gemeinsamer Nenner im Kampf gegen Ausgrenzung zu sehen sind:

- Überholung des sozialen Aktionssystems durch Vernetzung aller örtlichen Ressourcen zur Bekämpfung der Ausgrenzung;
- Einrichtung von lokalen Konsultations- und Koordinationsmechanismen zwischen den verschiedenen Parteien, um die bestehenden Synergien so gut wie möglich zu nutzen und über die lokalen Bedürfnisse und verfügbaren Ressourcen besser informiert zu sein;
- Entwicklung einer engen interaktiven Beziehung zwischen dem sozialen Aktionsnetz und dem sozialen Umfeld, aus dem diese Jugendlichen stammen, mit anderen Worten: Stärkung der sozialen Bande zur und innerhalb der Gemeinschaft, deren Unterstützung für das Projekt erforderlich ist;
- Aussöhnung zwischen der Kultur und dem Wertesystem derer, die am sozialen Aktionsnetz beteiligt sind, die sie weiter geben möchten und der Kultur und der Erfahrung dieser Jugendlichen.
- Entscheidung für einen gebietsbezogenen Ansatz, der vorsieht, dass die soziale Aktion das Entwicklungspotential des Stadtteils anerkennt und die spezifische Identität, Kultur und Gewohnheiten der Bewohner des Stadtteils akzeptiert.

Dies bedeutet, dass die Idee der Integration als mehr oder weniger autoritärer Prozess zur Änderung der Identität zu Gunsten der Idee des sozialen Aufbaus in einer Gemeinschaft aufgegeben werden muss, indem ihr der Prozess zur Integration übertragen wird, so dass

die Jugendlichen selbst das Gefühl haben, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Es ist notwendig zu akzeptieren, dass die Frage der Integration von Jugendlichen aus benachteiligten Stadtteilen eine komplexe fachübergreifende Frage sein sollte, die Theorien in Frage stellt, da es keine vorgefertigten Lösungen oder Wunder gibt.

Wir müssen uns auf einen Prozess nach der Trial-and-Error Methode einlassen, in der die Praxis die Theorie schafft und die Theorie dann dazu beitragen muss, die Praxis zu verbessern.

Der Handhabung der Humanressourcen sollte in dem sozialen Aktionsnetz größere Aufmerksamkeit geschenkt und den betroffenen Parteien geeignete Räume zur Ausbildung, zum Konfliktmanagement sowie zur psychologischen Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

Unser Präsident, Giovanni Di Stasi hätte als italienischer Politiker gerne das Projekt vorgestellt, das erfolgreich in seinem Land, in Neapel, durchgeführt wurde, das sog. „Chance-Projekt“, „eine zweite Chance in der Schule“.

Wenn die Zeit es zulässt, möchte ich mich noch auf diese Fallstudie von Prof. Frédéric Lapeyre, Katholische Universität Löwen beziehen, die anschaulich und sehr überzeugend darlegt, welchen Mustern man folgen muss, um erfolgreich ein spezifisches Projekt zu Gunsten der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen umzusetzen.

Zuerst möchte ich den Zusammenhang dieser besonderen Initiative darlegen.

Die Geschichte beginnt mit dem Mord an einem 14-jährigen Schulabbrecher in einer Vendetta der Camorra, ausgehend von dem weitverbreiteten Gefühl in Neapel, dass der Mord bestimmt von diesen Jugendlichen in den benachteiligten Stadtteilen verübt wurde, die selbst die ersten Opfer der lokalen Gewalt waren.

Dieses Ereignis löste eine echte Bereitschaft aus, die Bemühungen zu vereinen und nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Dieses neue öffentliche Bewusstsein, das ausführlich in der lokalen und nationalen Presse beschrieben wurde, stand im Einklang mit der Arbeit des einzigen „Straßenlehrers“ in Neapel vor Ort.

Auf Bitte des Bildungsreferates von Neapel arbeitete dieser Lehrer bereits im Rahmen der sogenannten „Spanischen Stadtviertelvereinigung“ mit anderen Kollegen und dem spanischen Stadtviertelnetz zusammen, um diese praktische Erfahrung auszuweiten.

Das „Chance-Projekt“ war eine Initiative von zwei Lehrern in Neapel, Marco-Rossi Doria und

Angela Villani, die jahrelange Erfahrung mit gefährdeten Teenagern hatten.

Sie wollten ein Projekt ins Leben rufen zur Rehabilitierung junger Schulabbrecher aus drei unterschiedlichen stark benachteiligten Stadtteilen mit vielen sozioökonomischen Problemen und einer Abbruchrate, die viermal höher ist als der Durchschnitt in Neapel, der bereits wesentlich über dem nationalen Durchschnitt liegt.

Alle Ressourcen aus den verschiedenen Institutionen, die an sozialen Aktionen beteiligt sind, sollten kombiniert und die verschiedenen Akteure aus den ausgewählten Stadtteilen zusammengebracht werden, um den jungen Schulabbrechern aus extrem benachteiligten Stadtteilen eine zweite Chance zu geben.

Die Zeit war reif, ein solches Projekt zu starten. Neapel hatte einen linksgerichteten Bürgermeister, der sich für die Bekämpfung des sozioökonomischen Verfalls in der Stadt engagierte und vor allem war die italienische Regierung dabei, das Gesetz Nr. 285/1997 zu verabschieden, das ein großes Budget für Projekte für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellte.

Mit den Worten von Marco Rossi-Doria: „Wir wandten uns zwei oder drei Monate vor der Verabschiedung des Gesetzes an das Team von Ministerin Livia Turco und schlugen das Chance-Projekt als Mittel zur Umsetzung des neuen Textes vor.“

Sie fanden, dass das Projekt perfekt in diese Gesetzgebung passte, bei der es um die Rechte aller Kinder und Teenager ging und versuchten daher, dieses System mit Hilfe der Dezentralisierung der Ressourcen auf lokaler Ebene zu fördern.“

Das Projekt gehörte auch, dank der Agentur für die Rechte der Kinder und Jugendlichen im „Innocenti Institute“ in Florenz, zu den wenigen, die auf nationaler Ebene kontrolliert wurden. Nach drei Jahren bewertete dann diese Agentur das Projekt, woraufhin das Ministerium für soziale Angelegenheiten es in den Aktionsplan gegen Armut aufnahm und die Europäische Kommission darüber als Beispiel für gute nationale Praktiken informierte.

Das Chance-Projekt hat zwei organisatorische Kennzeichen:

Erstens wurde es ausgehend von drei territorialen Modulen geplant, die in drei extrem benachteiligten Stadtteilen (einer in der Altstadt und zwei in den Vororten von Neapel) arbeiten, in denen eine außerordentlich hohe Schulfehlquote und Abbruchrate herrscht und in denen die Familien sich in einer sehr schwierigen sozioökonomischen Situation befinden. Es handelt sich um das spanische Viertel, den Stadtteil San Giovanni-Barra und das Viertel

Soccavo;

Zweitens gründet sich das Projekt auf die Partnerschaft zwischen den betroffenen Lehrern, dem Bildungsreferat von Neapel, der Stadt, der Psychologischen Fakultät der Universität Federico II, Jugendarbeitern, örtlichen Handwerkern und den betroffenen Familien. Alle diese Parteien bemühen sich, zusammen mit dem riesigen und komplexen Problem der Teenager, die an dem Chance-Projekt beteiligt sind, fertig zu werden und setzen sich gemeinsam mit den Jugendlichen für den Erfolg des Bildungsprojektes ein.

Das Chance-Projekt geht weit über das eigentliche Ziel hinaus, nämlich den Jugendlichen durch innovative Kurse zu helfen, einen Abschluss zu machen oder sie bloß im Bildungssystem zu halten, bis sie die gesetzliche Schulpflicht vollendet haben.

Die große Stärke dieses Projekts liegt darin, dass es für die Jugendlichen nachvollziehbar ist, die Wahrnehmung ständig interpretiert und das Verständnis gefördert wird.

Ziel des Chance-Projekts ist es, ihr Vertrauen zu gewinnen, ihnen zu zeigen, dass sich jemand um sie kümmert, ihnen zuhört und sich für ihre Interessen einsetzt, damit sich ihr Leben zum Besseren ändert.

Meiner Ansicht nach hängt der Erfolg eines konstruktiven Dialogs mit den Jugendlichen von der Fähigkeit ab, ihre Angst vor extrem schwierigen Lebensbedingungen nicht nur in ihrem Stadtteil, sondern auch in ihrer Familie in den Bildungsansatz mit aufzunehmen.

Bezüglich der Arbeitsmethode, die bei diesem besonderen Projekt zu Grunde gelegt wurde, möchte ich den „Inklusiven“ Ansatz hervorheben, der verwendet wurde.

Das Chance-Projekt stützt sich bei der Auswahl der Teenager für „eine zweite Chance in der Schule“ auf die Akten der Sozialdienste.

Die einleitende Phase ist eine der innovativsten Beiträge des Projektes verglichen mit den konventionellen Schulen.

Das Projekt gründet sich auf eine Verbindung zwischen Schule, Polizei, Sozialarbeiter und Familien, um den jungen Schulabbrechern ein Netz zu geben, in dem sie sich frei für eine Schule entscheiden können, die speziell auf diese Aufgabe zugeschnitten ist.

Einer der Gründe für den Erfolg von „Chance“ bei der Sicherstellung der Loyalität der Jugendlichen ist, dass es diese wichtige Verbindung zwischen Schülern, Lehrern und Jugendbetreuern schafft.

Dies erklärt das Schüler-Lehrer-Verhältnis von fünf zu eins, das es den Jugendlichen ermöglicht, eine Beziehung zu einer zugänglichen, offenen und stabilen Bezugsperson auszubauen.

Einige der Ergebnisse dürfen nicht außer Acht gelassen werden, wenn man versucht, Strategien für eine erfolgreiche, lokale und soziale Inklusion zu schaffen.

Die Familien konnten praktische Ergebnisse sehen, die sich für die Kinder aus dem Chance-Projekt ergeben und sie stellten fest, dass ein echtes institutionelles Interesse daran bestand, ihren Kindern eine bessere Zukunft zu bieten. Wichtig war auch, die Familien so einzubeziehen, dass sie Teil des Prozesses wurden und ein Gefühl der Verantwortung untereinander entwickelten. Einige Familien haben immer noch Schwierigkeiten und bedürfen großer Aufmerksamkeit, aber es gibt Anzeichen für ein wachsendes Interesse ihrerseits an den Zielen eines Projektes, dem sie vertrauen können.

Andererseits haben die Jugendlichen, die sich an dem Projekt beteiligen, auch festgestellt, dass es Erwachsene gibt, die bereit sind, Zeit mit ihnen zu verbringen, positive Bezugspersonen, auf die sie sich verlassen können, die bereit sind, ihnen zuzuhören und versuchen werden, ihnen bei ihren Problemen zu helfen.

Ein Ergebnis ist der positive Bericht über das Projekt, der per Mundpropaganda in den betroffenen Stadtteilen zirkuliert. Zu Beginn wusste keiner in dem Stadtteil etwas über das Projekt, aber jetzt wenden sich die Familien an die Lehrer, um herauszufinden, ob ihre Kinder in das Projekt aufgenommen werden können und Schüler fragen, ob ihre Cousins auch teilnehmen können.

Dieses ganze Projekt dreht sich um Glaubwürdigkeit, etwas was von unseren Bürgern mehr und mehr gefordert wird. Auf lokaler Ebene haben die Politiker immer noch die Möglichkeit, direkt auf die Bedürfnisse der Menschen oder Jugendlichen in den Straßen unserer Städte einzugehen.

Aber wir alle wissen, dass ohne Mittel, auch gute Ideen und Konzepte nicht umgesetzt werden können.

Motivation, Sachverstand, ausgehend von guten Praktiken, unterstützt von Finanz- und Humanressourcen, das ist das Rezept, um Fortschritte zum Nutzen der Bürger als Individuen, aber auch der Gesellschaft als Ganzes zu erzielen.

Investitionen, auch begrenzte Finanz- und Humanressourcen, sind Investitionen in eine besser zusammenhaltende Gesellschaft, die uns allen mehr Stabilität bei der Sicherheit in den Städten sowie bei der Wirtschaftsentwicklung gibt, ausgehend von qualifizierten Kräften, die notwendig sind, um den Kampf für eine bessere Zukunft zu gewinnen.

Eine Überprüfung der ersten Jahre des Chance-Projektes zeigt nicht nur eine gute Präsenzquote in der Schule, sondern auch einen be-

trächtlichen Rückgang bei der Häufigkeit und der Schwere der Gewalttaten.

Ein weiterer Erfolg ist, dass es die Selbstwahrnehmung der Jugendlichen und die Wahrnehmung, die ihre Eltern von ihnen haben, ändert.

Sie stellen nach und nach fest, dass sie in der Lage sind, Dinge zu tun, von denen sie dachten, sie könnten sie nicht.

Dies ist wesentlich, um stärkere soziale Bindungen zu schaffen.

Schließlich scheint das Ziel, das Projekt in den örtlichen Stadtteil einzubinden und Synergien zwischen den Ressourcen zu schaffen, ebenfalls erreicht zu sein.

Das Projekt ist auf zweierlei Art im sozialen Gefüge verankert:

- Erstens durch die Teilnahme an einem inter-institutionellen sozialen Aktionsnetz, um effizienter auf die komplexen sozialen Probleme einzugehen.

Aber das ist nicht immer einfach und verschiedene an der sozialen Aktion beteiligte Parteien haben auf die ständigen Bemühungen hingewiesen, die notwendig sind, damit das Netz funktioniert, die Koordination und Kooperation besser wird und offene oder latente Konflikte gelöst werden können.

Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass die „Chance“ Räumlichkeiten sich in einer traditionellen Schulstruktur befanden. Dies musste zu Konflikten führen, da die Eltern nicht erfreut darüber waren, dass diese benachteiligten Jugendlichen in Kontakt mit ihren eigenen Kindern kamen und die so möglicherweise mit Gewalt konfrontiert werden.

Aber mit Hilfe des Dialogs und der Vermittlung hat sich die Situation normalisiert und das Klima wurde sachlicher als die Familien feststellten, dass das Projekt dazu dient, diese schwierigen Jugendlichen zu retten.

- Zweitens, wie wir bereits gesehen haben, durch seine aktive Präsenz im Lebensumfeld der Jugendlichen, die sich an dem „Chance“-Projekt beteiligen. Die Wahl dieses gebietsbezogenen Ansatzes ist wichtig, da dadurch das Potential zur Entwicklung im örtlichen Stadtteil anerkannt und die spezifische Identität, Kultur und die Rituale eines spezifischen Stadtteils, dem sogenannten Spanischen Viertel, akzeptiert werden. Es bedeutet, dass die Idee der Integration als fast autoritärer Prozess zu Gunsten der Identität, die den sozialen Aufbau in der Gemeinschaft begünstigt, aufgegeben wird, und so diese Gemeinschaft mehr Kontrolle über ihr eigenes Schicksal erhält.

Ich bin davon überzeugt, dass wir eine direkte Beteiligung der Jugendlichen bei Gemeindefragen brauchen, damit sie ein ganzheitliches Leben führen können, anstatt nur in ihrer Stadt oder Region zu existieren.

Die getroffenen Entscheidungen sind nur dann gesichert, wenn eine Beteiligung am Entscheidungsprozess möglich ist. Das ist eine Grundbedingung für Jugendliche, wenn sie wirklich zusammen leben und eine aktive Rolle im sozialen Wandel in ihrer Straße, Stadtteil, Stadt oder Region spielen möchten.

In diesem Sinne hat der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas im Mai letzten Jahres, ausgehend von der gemeinsamen Arbeit mit den Jugendorganen des Europarates und insbesondere dem gemeinsamen Jugendrat, eine revidierte Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene nach einem ersten Versuch vor 10 Jahren verabschiedet. Eine nutzer- und jugendfreundlichere Version dieses Textes ist ebenfalls in Vorbereitung. Ich freue mich, Ihnen berichten zu können, dass letzte Woche das Ministerkomitee der 46 Mitgliedstaaten des Europarates diese Charta gebilligt hat, die in ihren Unterlagen in Form einer Empfehlung an die Regierungen der Mitgliedstaaten vorliegt. Ein Leitfaden für gute Praktiken zum Thema Jugend und Partizipation wird ebenfalls ausgearbeitet.

Die Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene soll keine erschöpfende Liste von Maßnahmen sein, die es den Jugendlichen erlauben, harmonisch zusammen zu leben.

Sie legt nur einige Leitprinzipien dar, um es den Jugendlichen leichter zu machen, sich an Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen.

Daher können lokal und regional gewählte Vertreter und Entscheidungsträger, wenn sie mit Jugendlichen über Probleme und Aktionen und nicht nur über sie diskutieren, diesen wirklich helfen, nicht nur tatenlos über ihr tägliches Leben nachdenken, sondern auch vollwertige Bürger in ihrer Stadt oder Region zu werden.

Als Kongress, der die gewählten Mitglieder der Kommunalregierung vertritt, sind wir besonders daran interessiert, die institutionellen Bindungen und Strukturen zu stärken, die die Beteiligung Jugendlicher am lokalen und regionalen Leben ermöglichen.

Ich möchte einige der in unserer Charta dargelegten Prinzipien herausstellen, die die notwendigen Bedingungen für eine solche Beteiligung schaffen sollen.

- Zur Durchführung dieser Politik versuchen die Gemeinden und Regionalbehörden die institutionellen Bedingungen für die Betei-

ligung von Jugendlichen an den Entscheidungen und Debatten, die sie betreffen, zu verbessern.

- Die institutionellen Bedingungen für die Beteiligung sind in Strukturen verankert, die in einem Stadtteil, einer Stadt, einem Dorf oder sogar einer Region unterschiedlich sein können. Diese Strukturen sollten es den Jugendlichen und ihren Vertretern ermöglichen, vollwertige Partner bei der sie betreffenden Politik zu sein.
- Partnerschaftsabkommen, die dazu dienen, dass Jugendliche gehört werden und ihre Rolle und ihren Status in der Gemeinschaft verbessern, sind ein Schlüssel zur praktischen Anwendung dieser Charta zur Partizipation der Jugendlichen am Gemeindeleben.
- Die Bezeichnung „Jugenddelegierte“ könnte dazu beitragen, die notwendige Verbindung zwischen den Jugendlichen und Entscheidungsträgern auf verschiedenen Ebenen zu schaffen.
- Wenn Jugendliche in den städtischen und regionalen Organen tatsächlich vertreten sein sollen, sollte es auch einen „Jugenddelegierten“ in der Gemeinde- und Regionalbehörde geben.
- Dort wo diese Praxis nicht institutionalisiert ist, müssen die Gemeinde- und Regionalbehörden im Rahmen der derzeit geltenden lokalen Gesetzgebung über Möglichkeiten nachdenken, eine solche Stelle einzurichten, für die ein Jugendlicher zum Beispiel auf Vorschlag der Verbände ernannt werden sollte.
- Während einer festgelegten Amtszeit sollte er/sie dem Gemeindeferat, das für Jugendfragen zuständig ist, zur Seite stehen, um darauf zu achten, dass die Ziele der Jugendpolitik konsequent verfolgt und die Entscheidungen, die die Jugendlichen betreffen, koordiniert werden.
- Angesichts der sozialen und kulturellen Veränderungen in einer Gemeinschaft, einem Stadtteil oder einem Dorf sollten Jugendliche direkt für Projekte verantwortlich sein und eine aktive Rolle in den entsprechenden politischen Bereichen spielen, insbesondere bei der Einsetzung eines städtischen Jugendrates.
- Jugendliche werden in diese Räte nach den soziologischen Gegebenheiten in den betroffenen Städten gewählt, einschließlich Stadtviertel-Jugendgruppen, Jugendverbände und Organisationen, Jugendzentren, Gemeindezentren und Schulen.

Ausgehend von einem von den Gemeinde- und Regionalbehörden zugewiesenen Budget operieren diese Jugendräte auf viererlei Weise:

1. Sie prüfen die Bedürfnisse und Ambitionen der Jugendlichen und analysieren die angesprochenen Probleme wie Wohnung, Stadtplanung, Freizeitaktivitäten und kulturelle Einrichtungen;
2. sie unterstützen die Durchführbarkeit der Projekte gemeinsam mit Experten, lokalen Abgeordneten und Beamten in Unterausschüssen;
3. sie erstellen einen Haushalt und treffen Entscheidungen, die sie umsetzen;
4. sie überwachen die Ergebnisse.

Indem sie den Jugendlichen die Möglichkeit geben über ihre Probleme zu sprechen, geben sie ihnen eine Ausbildung im demokratischen Leben und der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten.

Ich könnte natürlich noch mehr Leitprinzipien der Europäischen Charta zur Partizipation von jungen Menschen auf lokaler und regionaler Ebene nennen, aber Sinn dieser Übung ist es ja, zu zeigen, dass wir bereits wertvolle Instrumente zur Verfügung haben.

Einige sind nicht so gut bekannt wie andere, aber der Zweck unserer heutigen Zusammenkunft ist es, mehr über die zu verwendenden Instrumente zu erfahren und den Jugendlichen zu helfen, die Schwierigkeiten, vor denen sie in den benachteiligten Stadtteilen stehen, zu überwinden.

Wir alle wissen, dass Instrumente nicht den Willen der politischen Entscheidungsträger ersetzen können.

Unsere Aufgabe hier und jetzt ist es zu zeigen, dass die Effizienz dieser Instrumente die Politiker auf allen Ebenen anregen sollte, diese mehr und mehr zu nutzen. Wie die Beispiele für gute Praktiken zeigen, haben sich solche Instrumente als operationell und nützlich erwiesen.

Wir müssen von der Theorie zur Praxis gehen.

Integration durch eine verstärkte Beteiligung sollte als Angebot für diejenigen gesehen werden, die sich in einer komplexen Gesellschaft zurecht finden möchten, in der sie ihren Platz haben und in der sie willkommen sind als anerkannter Teil der Gesellschaft, in der sie leben.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit Ihnen eine andere Erfahrung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas teilen. Es geht um Jugendliche aus Einwandererfamilien in den Städten und Regionen und die Möglichkeit, sie zu ermutigen, sich auf lokaler und regionaler Ebene zu beteiligen.

Anlässlich der Tagung des Kongresses im Mai 2004 verabschiedeten wir die Entschließung 181 (2004) über „Ein Pakt zur Integration und Beteiligung der Einwanderer in den Städten und Regionen Europas“.

Ich möchte einige Prinzipien hervorheben, die bei der Definition von „Integrierten Strategien für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen“ zu berücksichtigen sind.

Ich denke, wir sind uns alle einig, dass eine verstärkte Kooperation auf allen Ebenen der Regierung notwendig ist, um einen kohärenten Rahmen für eine legale und ordnungsgemäße Einwanderung festzulegen und gleichzeitig effektiv gegen die illegale Einwanderung vorzugehen, die den Menschenhandel und die Ausbeutung von Menschen begünstigt.

Ich bin überzeugt, dass wir der Öffentlichkeit ein anderes Bild von den Folgen der Einwanderung und den Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, vermitteln müssen.

Wir müssen die negative Wahrnehmung großer Teile der Öffentlichkeit und vieler politischer Entscheidungsträger verändern.

Wir sollten klar sagen, dass die Migrationsströme die Vielfalt und die Vitalität unserer Städte stärken und klare Vorteile mit sich bringen, die sich in Demographie, Wirtschaft und Kultur zeigen. Diese Vorteile sind abhängig von der Fähigkeit und dem politischen Willen, die Herausforderungen bei der Integration der Betroffenen anzunehmen und für ein harmonisches Miteinander der verschiedenen kulturellen und religiösen Gruppen in den europäischen Gesellschaften zu sorgen.

Wir alle sind davon überzeugt, dass die Integration von Menschen aus Einwandererfamilien, die oft in den benachteiligten Stadtteilen leben, eine gemeinsame Verantwortung ist, die nationale und europäische Solidarität erfordert, damit die am meisten von den Migrationsströmen betroffenen lokalen und regionalen Akteure agieren können.

Ich bin überzeugt, dass die Integrationsprogramme sowohl auf die effektive Integration von Menschen aus Einwandererfamilien, die sich bereits niedergelassen haben und in der Gemeinde oder Region bleiben wollen als auch auf den Einsatz spezifischer Maßnahmen zur Integration der Neuankömmlinge abzielen müssen.

Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Ich glaube, dass gleiche Chancen für Jugendliche aus Einwandererfamilien, die nun in benachteiligten Stadtteilen leben, nur durch positive Diskriminierung in einigen Bereichen möglich sind. Und hierfür sind angemessene Human- und Finanzressourcen erforderlich.

Es ist notwendig, dass dieser Frage höchste politische Priorität beigemessen wird und alle Akteure auf lokaler Ebene in einen echten „Integrationspakt“ eingebunden werden, während eine intensive Kommunikation mit allen Anwohnern gepflegt wird. Ausgehend davon wurde ein Netz von Städten eingerichtet, die

„Ausländerbeiräte“ geschaffen haben, und wir haben soeben einen Leitfaden mit „guten Praktiken“ zu dieser Arbeit herausgegeben, der die Erfahrungen aus 24 europäischen Ländern darlegt. Zufällig trifft dieses Netz morgen in Stuttgart zusammen, wo es vor 2 Jahren ins Leben gerufen wurde. Ich bin sicher, dass die an dem Netz interessierten Personen später hinzustoßen können. Die Frage des „Zugangs der Migranten zu Sozialrechten“ sollte in der Tat ein wichtiges Thema auf der Tagesordnung des Ausschusses für sozialen Zusammenhalt des Kongresses bleiben.

Nur wenn ein angemessener nationaler oder europäischer Rechtsrahmen von den Behörden abgesteckt wird, wenn die entsprechenden Mittel verfügbar und den zuständigen Behörden auf lokaler oder regionaler Ebene eine Kombination von Finanz- und Humanressourcen, gutem Willen und Motivation, Sachverstand und Fähigkeiten zur Verfügung gestellt werden, dann kann sich etwas ändern und nur dann haben wir eine realistische Chance, wesentliche Fortschritte zu Gunsten der Jugendlichen und der Gesellschaft als Ganzes zu machen.

Wir alle müssen nach einem stärkeren politischen Bewusstsein und einem günstigen politischen Umfeld in unseren Städten und Ländern streben. Wir müssen unsere Kräfte bündeln, alle verfügbaren Ressourcen vereinen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen und einer demokratischeren Gesellschaft, die zusammenhält näher zu kommen, von der unsere Kinder und Jugendlichen alle profitieren werden.

Sie sind unsere Zukunft und in sie zu investieren ist die einzig vernünftige Investition, um die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

Dr. Ralf-René Weingärtner, Direktor der GD für Jugend und Sport des Europarats

Die wichtigsten Etappen bei der Entwicklung von Handlungsstrategien des Europarats im Bereich Jugend und Sport

Der Jugendsektor

Die Anfänge einer Europäischen Jugendpolitik (1960-1970)

Wann immer sich der Europarat in den sechziger Jahren den Themen Jugend und Jugendpolitik widmete, geschah dies im Zusammenhang mit speziellen Fragestellungen. Von Beginn an war die Jugend Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit aller, die sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Aufbau eines neuen, auf einer Ethik der Menschenrechte beruhenden und sich seines gemeinsamen Schicksals bewussten Europa befassten. Regierungen wie Parlamente sind sich seither in der Einschätzung einig, dass jegliche Jugendpolitik sich allein auf die Förderung von Jugendorganisationen stützen kann und muss, die als privilegiertes Forum für eine demokratische Beteiligung von Jugendlichen anerkannt sind und durch ihre Vielfalt und Eigenständigkeit verlässliche Bedingungen schaffen, um jede Art staatlicher Bevormundung der Jugend zu verhindern. Anfang der sechziger Jahre hielt es der Rat für Kulturelle Zusammenarbeit für geboten, aus der Mitte der europäischen Jugend heraus einen dynamischen Prozess in Gang zu setzen, in dem gemeinsam mit den Jugendorganisationen Aktionen wie insbesondere Begegnungen, Austauschprogramme und Praktika mit einem Schwerpunkt auf der Beteiligung der Jugendlichen und ihrer Eigeninitiative im sozialen und kulturellen Leben umgesetzt wurden. In der elsässischen Stadt Obernai wurde mit Unterstützung des Rats für Kulturelle Zusammenarbeit der Grundstein für die Arbeit eines experimentellen Jugendzentrums gelegt. Dank des Europarats gelang es, durch Austauschprogramme und internationale Begegnungen zwischen in der Jugendarbeit tätigen europäischen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) ein Netz von Beziehungen zwischen den Jugendlichen in Ost- und Westeuropa zu knüpfen und erste Ansätze für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen westlichen Regierungsvertretern und europäischen Jugendorganisationen zu schaffen. Die

Aufnahme des Dialogs mit den Jugendorganisationen bot sich als der gleichsam natürliche Weg zu diesem Ziel an.

Einige Jahre später sahen sich die europäischen Regierungen mit der von den Jugendlichen ausgelösten Krise von 1968 konfrontiert, die die Grundfesten des gesellschaftlichen Modells der Nachkriegszeit erschütterte. Seit 1968 fanden parallel zwei parlamentarische Debatten statt, diejenige in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und diejenige in der Europäischen Versammlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (aus der 1979 das Europäische Parlament hervorging). Beide hatten das gleiche Thema zum Inhalt: „Jugend in der Krise“. Es wurde in beiden Versammlungen unter der gleichen Prämisse angeschnitten: die Notwendigkeit, Jugendliche stärker in den Aufbau eines demokratischen Europa einzubeziehen. So, als bilde der Aufbau eines demokratischen Europa für die Nachkriegsgeneration das Vermächtnis an die nachfolgende Generation. Für den Europarat ging es darum, das westliche Konzept der Menschenrechte und der Demokratie zu verteidigen; die Europäische Gemeinschaft wollte die Verbreitung des europäischen Gedankens und die zukünftige Erweiterung der Gemeinschaft sicher stellen. Im Jahr 1969 erklärten die Staats- und Regierungschefs im Schlussprotokoll des Gipfels von Den Haag: „Der Aufbau eines gemeinsamen Europa wird nur verwirklicht werden können, wenn wir die Jugend in enger Zusammenarbeit daran beteiligen.“

Aufbauend auf den Erfahrungen von Obernai und den mit den Jugendorganisationen geknüpften vertrauensvollen Beziehungen ging der Europarat nun daran, in logischer Konsequenz eine eigenständige europäische Jugendpolitik zu initiieren. Im Jahr 1970 wurde das Europäische Jugendzentrum (EJZ) in Straßburg gegründet, zwei Jahre später gefolgt von der Europäischen Jugendstiftung (EJS).

Das EJZ stellt seitdem eine Stätte der Begegnung und Bildung dar, die in Europa einzigartig ist und in deren Rahmen sich die Jugendorganisationen konkret für den Aufbau eines gemeinsamen Europa einsetzen, zur Arbeit des Europarats beitragen, jugendtypische Probleme analysieren und Erfahrungen mit interkulturellem Lernen sammeln können. Die EJS ihrerseits unterstützt solche multinationalen Aktivitäten von Jugendlichen finanziell, die ihrer Art nach geeignet sind, den Frieden und die internationale Verständigung in Europa und in der Welt zu fördern. Durch ihren besonderen Status innerhalb des Europarats spielt die Europäische Jugendstiftung eine Pionierrolle bei der Förderung des Austauschs von Jugendlichen aus den beiden politischen „Blöcken“.

Die Beteiligung der Jugendlichen bildet also Ziel und Inhalt der Aktivitäten des EJZ und der EJS. Der innovative Ansatz geht jedoch noch darüber hinaus: durch das System der Mitbestimmung, das die Verwaltung der beiden Institutionen kennzeichnet, wonach sich die Vertreter von Regierungen und Jugendorganisationen die Entscheidungsbefugnisse teilen. Der Bezug auf das System der Mitbestimmung wird sich später zu einer Konstanten der Jugendpolitik des Europarats entwickeln. Noch heute dient es als Modell für die Entwicklung von Ansätzen für die Jugendpolitik, deren grundlegendes Anliegen es ist, Jugendlichen zu helfen, sich zu aktiven Bürgern der demokratischen Gesellschaften zu entwickeln.

Von diesem Punkt an entwickelte sich der Handlungsrahmen des Europarats unaufhörlich weiter. Es war der Europarat, der im Jahr 1985 die erste Konferenz der für Jugendpolitik zuständigen Minister einberief und der 1995 ein zweites Europäisches Jugendzentrum in Budapest schuf. Heute sind es mehr als 200 Organisationen und europäische Jugendnetzwerke, die regelmäßig mit den Zentren und der Stiftung des Europarats zusammen arbeiten, sowie beinahe 10.000 jugendliche Multiplikatoren (die Verantwortung innerhalb ihrer jeweiligen Organisation tragen), die jedes Jahr an Veranstaltungen im Rahmen dieser Einrichtungen teilnehmen. Insgesamt haben dort seit 1971 mehr als 300.000 junge Menschen ihr Bewusstsein für europäische Themen und die Werte des Europarats erweitert und ihre Kenntnisse vertieft.

Erste Neuansätze für eine Europäische Jugendpolitik (1974-1989)

So sehr das Bild der Jugend während der sechziger und siebziger Jahre geprägt war durch die Vorstellung einer Generation in Aufruhr, im Widerstand zur Gesellschaft, so radikal wandelte sich von der Mitte der siebziger Jahre an dieses Bild im Kontext der Wirtschaftskrise, die sich mit dem ersten Ölpreisschock im Jahr 1974 entwickelte und sich mehr oder minder durchgehend bis zum Ende der neunziger Jahre, ja sogar darüber hinaus erstreckte. Diese besonders durch die Arbeitslosigkeit und durch soziale Brüche gekennzeichnete Krise betrifft nach und nach in besonderem Maße auch die Jugendlichen. Neue Formen des Protests und der Mobilisierung von Jugendlichen entwickeln sich und verändern die Landschaft der Jugendorganisationen. Dieser Bruch in der Sozialisierung führt zu einer neuen Art, an Fragen und Probleme der Jugendlichen heranzugehen. Es geht nicht mehr primär darum, Jugendliche zur Beteiligung an der Gesellschaft anzuregen, sondern sie, wenn nicht zu integrie-

ren, so doch mit einzubinden. Die nationalen Politiken orientieren sich am neuen Ziel der sozialen Eingliederung und üben auf europäischer Ebene Druck aus, um die Jugendpolitik auf dieser Ebene voranzutreiben.

Zeitgleich zu den mit der Wirtschaftskrise verbundenen Schwierigkeiten ändern sich auch die Wünsche und Ziele der Jugendlichen, wobei zwei Phänomene zu beobachten sind: Die so genannten traditionellen Jugendorganisationen verlieren an Schwung, und es bildet sich eine starke Nachfrage der Jugendlichen im Hinblick auf Kultur- und Freizeitangebote heraus, die zu Lasten des früheren politischen und gewerkschaftlichen Engagements geht. Die Staaten richten logischerweise ihr Handeln nach diesen neuen Gegebenheiten aus, wie auch nach den Anliegen, die sich aus der beruflichen und sozialen Eingliederung der Jugendlichen ergeben, und brechen in der Folge mit den wichtigsten Tendenzen der späten sechziger Jahre, die durch das Bestreben nach einer unabhängigen Entwicklung der Jugendvereinigungen und -verbände gekennzeichnet waren.

In diese Zeit fällt die Entscheidung des Europarats, eine zwischenstaatliche Instanz zu schaffen; dies geschieht 1982 mit der Einrichtung eines Ständigen Ausschusses für Jugendfragen (CAHJE, Comité ad hoc pour les questions de jeunesse). Im Laufe der Jahre festigt sich der zwischenstaatliche Aspekt mit der Einführung einer Serie von Konferenzen der für Jugendpolitik zuständigen Minister (ab 1985) und der Umwandlung des CAHJE in den CDEJ (Comité Directeur Européen pour la Coopération Intergouvernementale dans le domaine de la Jeunesse, Europäischer Lenkungsausschuss für die Jugend) im Jahr 1988. Die hochrangigen Beamten treten von diesem Zeitpunkt an als Initiatoren eines tiefgreifenden Wandels in der Jugendpolitik des Europarats auf: Während die institutionelle Beteiligung der Jugendlichen an der Entscheidungsfindung und Verwaltung von finanziellen Ressourcen und Programmen aufrecht erhalten wird, engagiert sich der Europarat zunehmend selbst in der aktiven Politik, indem er Instrumente zur Förderung der Mobilität und sozialen Eingliederung entwickelt. Zu den Themen, denen im Rahmen des zwischenstaatlichen Austauschs Priorität eingeräumt wird, zählen der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit mit Hilfe stärker in der Realität vor Ort verankerter Politiken sowie die Erprobung neuer Formen des Zusammenlebens – wobei der Schwerpunkt eher auf dem pragmatischen denn auf dem ideologischen Aspekt liegt, und diese Formen eher vereinzelter und vorübergehender Natur sind, als dass sie sich im Rahmen organisierter Bewegungen

manifestieren.

In diesem Zusammenhang beschränkt sich die Beteiligung nicht länger nur auf die Mitwirkung in Institutionen und an der Entscheidungsfindung. Sie ist eine Form, Demokratie zu leben und betrifft zugleich Arbeitswelt, Wohnen, Freizeit, Bildung und soziale Beziehungen. In diesem Sinne erfolgt beispielsweise 1988 eine erste Reform der Mitbestimmungsstrukturen im Jugendsektor des Europarats, die den Weg bereitet für die Beteiligung neuer, „nicht in traditioneller Form organisierter“ Partner in der Jugendvertretung.

Ein erweitertes Europa in einer zunehmend globalisierten Welt – Was garantiert die Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaften? (1989-2004)

Der Fall der Berliner Mauer im November 1989 veränderte die Lage in Europa schlagartig. Nach dem Ende des Kalten Krieges stellte das vom Europarat vertretene Modell nicht länger die Alternative zu einer nicht-demokratischen Gesellschaftsform dar, sondern vielmehr einen Rahmen für das Erlernen und Erproben von Demokratie und Menschenrechten. Neue Herausforderungen stellten sich nun mit der voranschreitenden Integration der Länder Mittel- und Osteuropas. Binnen eines Zeitraums von wenig mehr als zehn Jahren wuchs der Rat von einundzwanzig auf fünfundvierzig Mitglieder an.

Zeitgleich mit diesen Umwälzungen brachten insbesondere die achtziger und neunziger Jahre die Vorstellung ins Wanken, der zufolge wirtschaftlicher Fortschritt immer auch sozialen Fortschritt, und dieser wiederum soziale Gerechtigkeit bedeutet. Jugendliche, die im Jahr 1990 zwanzig Jahre alt wurden, kannten nichts anderes als die gesellschaftliche und politische Krise. Der Traum des sozialen Aufstiegs für Alle gehörte der Vergangenheit an.

Wenn jedoch die Jugendlichen mit Problemen konfrontiert sind, so sind sie es nicht alle auf ein und demselben Niveau. Zu den unterschiedlichen Situationen innerhalb Westeuropas kamen nun diejenigen der Länder Mittel- und Osteuropas hinzu. Es ist offensichtlich, dass der Sammelbegriff der „europäischen Jugend“ heute mit der sozialen Realität nichts mehr zu tun hat. Die Aufgaben der Jugendpolitik werden zusehends komplexer. Der Europarat wird seine Politik für die Jugend ganz klar auf die Länder Mittel- und Osteuropas ausrichten und seine Programme und Strukturen im Bereich der Jugendpolitik grundlegend reformieren. Die notwendige Herausbildung demokratischer Strukturen in Mittel- und Osteuropa, die Berücksichtigung der Wünsche und Ziele der Jugendlichen in diesem Teil unseres Kon-

tinents, die Mobilität der Jugendlichen und die Entwicklung politischer Maßnahmen für Jugendliche vor Ort zählen nun zu den wesentlichen Herausforderungen. Im Anschluss an die 3. Europäische Jugendministerkonferenz in Lissabon im September 1990, die einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet hatte, beschloss der Ministerausschuss 1993 die Gründung eines weiteren Europäischen Jugendzentrums in Budapest. Das Zentrum ist ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Europarats im Jugendsektor und wurde 1995 offiziell eröffnet. Es folgt denselben Regeln und hat dieselben pädagogischen Aufgaben wie das Zentrum in Straßburg und stellt nach Angaben des Ministerausschusses „für den Europarat eine wichtige Möglichkeit dar, einen Beitrag zum Demokratisierungsprozess der Länder Mittel- und Osteuropas zu leisten.“

In diesem Rahmen entwickelt sich der Jugendsektor seit 1989 mit Hilfe spezieller Programme, die innerhalb des Gesamtprogramms des Europarats angesiedelt sind sowie durch verschiedene Lehrgänge und Angebote technischer Hilfe, die auf die Entwicklung von Strukturen und Jugendpolitiken in den verschiedenen Ländern Mittel- und Osteuropas ausgerichtet sind.

Angesichts dieser neuen Herausforderungen sowie der Entwicklung der europäischen Jugendpolitik stellte sich unweigerlich die Frage nach der Anpassung der Strukturen in der Jugendarbeit des Europarats. Es dauerte noch einmal bis 1999, bevor sich in einer zweiten grundlegenden Reform die heutigen Konturen des Jugendsektors im Europarat abzeichneten. Die Europäischen Jugendzentren haben nicht mehr nur den Charakter einer Bildungseinrichtung, sondern stellen auch einen Fundus an Wissen und Quellenmaterial zum Thema Jugend und den Politiken auf diesem Gebiet zur Verfügung.

Es bleibt dennoch festzuhalten, dass die Erweiterung Europas im Laufe der Zeit den Europarat wie die Europäische Union gleichermaßen betraf, die sich überdies ebenfalls um die Entwicklung einer Jugendpolitik bemühte. Beide Institutionen vertreten dieselben grundlegenden Werte, verfügen jedoch nicht über die gleichen Mittel zur Umsetzung derselben. Die Kommission hat im Jugendbereich seit Beginn der achtziger Jahre eine Reihe von Programmen für Jugendliche (Austausch und Begegnungen) ins Leben gerufen; der Europarat wiederum verfügt über eine langjährige Erfahrung in der Ausbildung von Jugendleitern und Fachkräften für die Jugendarbeit. Eine Zusammenarbeit lag daher auf der Hand. 1998 wurde zwischen den beiden Institutionen ein erstes Partnerschaftsabkommen unterzeichnet, das

ein gemeinsames Ausbildungsprogramm für Jugendarbeiter zum Inhalt hatte. Ein zweites Abkommen zur Forschung im Jugendbereich sowie ein drittes zur Zusammenarbeit im europäischen Mittelmeerraum folgten im Jahr 2003. Heute ist die Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Kommission in jeder Hinsicht eine Vorzeigeprojekt, und die Aussichten für eine weitere diesbezügliche Zusammenarbeit sind viel versprechend. Seit kurzem ist die Europäische Kommission an der Vorbereitung und Umsetzung eines Projekts des Europarats zur Erstellung von europäischen Leitlinien für Jugendleiter und Jugendarbeiter im Rahmen der informellen Weiterbildung beteiligt, ein Themengebiet, auf dem die beiden Partner eng zusammenarbeiten, insbesondere um die Anerkennung und Validierung dieser Weiterbildungsmaßnahmen zu fördern.

Im Verlauf der neunziger Jahre und auch heute wieder muss sich Europa, insbesondere im Zuge der europäischen Erweiterung, mit längst überwunden geglaubten Erscheinungen auseinandersetzen. Gegenüber einer ständig wachsenden Intoleranz, neu entfachten Konflikten in bestimmten Teilen Europas und den immer stärker werdenden extremistischen und fundamentalistischen Strömungen gewinnen die Grundwerte des Europarats mehr denn je an Bedeutung und werden von vielen Jugendlichen als einzig wirksamer Schutz gegen die Risiken eines Verlusts an Stabilität und sozialen Zusammenhalts in den europäischen Gesellschaften wahrgenommen.

Im Jahr 1994 trafen im Rahmen der Jugendkampagne gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz, die von den Kooperationspartnern des Jugendsektors gemeinsam angeregt worden war, unter dem Motto „Alle anders, alle gleich“ 1200 Jugendliche aus allen Ländern Europas zu einer europäischen Woche der Jugend in Straßburg zusammen, angereist in Sonderzügen, deren Namen die Themen der Kampagne widerspiegeln. Diese Aktion, deren Wirkung noch heute spürbar ist, war der Ausgangspunkt für eine beispiellose Mobilisierung von Jugendlichen und Jugendorganisationen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte. Die Aktion fand ihre Fortsetzung insbesondere auch seit dem Jahr 2000 durch die Umsetzung eines ambitionierten Programms, das die Menschenrechtserziehung sowohl im Rahmen der formellen wie der informellen Aus- und Weiterbildung in die Praxis der Jugendarbeit integriert. Das pädagogische Handbuch „Kompass“ dient als Grundlage für die Vermittlung des Themas Menschenrechte an Jugendliche. Es wird von einer beachtlichen Anzahl von Jugendleitern, Ausbildern und Lehrkräften über alle europä-

ischen Grenzen hinweg genutzt. Jedes Jahr kommen weitere Länder hinzu, die eine Übersetzung in ihre jeweilige Landessprache anfertigen lassen. Nationale, europäische und grenzüberschreitende Lehrgänge und Praktika werden auf Anregung des Europarats organisiert, um die Weiterbildung zu fördern und um Anreize für die Bildung von Netzwerken und Partnerschaften zu schaffen.

Die Sportabteilung des Europarats

Die Aktivitäten des Europarats im Bereich des Sports nehmen ihren Anfang im Jahr 1967 mit einer warnenden Resolution zum Thema Doping, die den Ausgangspunkt für eine breit angelegte Politik bildet, welche 1989 mit der Vorlage der Europäischen Anti-Doping Konvention ihren Höhepunkt findet. Der Europarat setzt sich seit 1970 nach dem Prinzip „Sport für alle“ für die Förderung des Breitensports ein, mit dem Ziel dass jeder Einzelne ohne Einschränkungen und Hindernisse den Sport oder die körperliche Betätigung seiner Wahl ausüben kann: Eine im Jahr 1975 verabschiedete Charta bezeichnet die Mittel zur konkreten Umsetzung dieses Ziels. Darüber hinaus hat der Europarat seit 1985 konkrete Hilfsmittel zum Umgang mit Gewalt im Sport entwickelt, insbesondere im Hinblick auf Ausschreitungen von Stadionbesuchern. Seit 1992 schließlich unterstützt der Europarat auch die Förderung ethischer Grundsätze im Sport und die Einstellung des „Fairplay“ durch eine Charta und Informationsmaterial in hohen Auflagen.

Als Partner der Sportorganisationen der einzelnen Mitgliedsstaaten setzt sich die Sportabteilung [innerhalb der Direktion Jugend und Sport] des Europarats für die Förderung sportlicher Ideale sowie des Fairplay und für eine Erleichterung des Zugangs aller Bevölkerungsgruppen zu sportlicher Betätigung ein. Gleichzeitig hat er zahlreiche Maßnahmen definiert, die zum Kampf gegen Gewalt, Doping und sonstige Verstöße dienen, die das Image des Sports in der Öffentlichkeit trüben. Eine „Europäische Sport-Charta“ und der „Ethik-Kodex für den Sport“, die 1992 verkündet und 2001 überarbeitet wurden, umreißen die wichtigsten Prinzipien sportlicher Betätigung, sowohl im Hinblick auf deren Organisation wie auch deren Zielsetzung.

Die Formel „Sport für alle“ wird durch zahlreiche Initiativen konkretisiert, deren jüngste darauf abzielt, Menschen, die infolge von Kriegen oder Naturkatastrophen in Flüchtlingslagern leben, die Ausübung von Sport zu ermöglichen. Das Programm „Ballons Rouges“ (Rote Ballons) - dessen Titel auf das Rote Kreuz anspielt - beinhaltet die Organisation von dreiwöchigen „Lehrgängen“ in den Lagern, bei

denen sich die Jugendlichen unter der Anleitung von zehn Jugendsportleitern dem Sport widmen können und lernen, selbst Jugendliche anzuleiten. Das Programm der „Ballons Rouges“ kommt damit dem Bewegungsdrang insbesondere der Jüngsten entgegen und hat eine gleichermaßen pädagogische, sportliche und psychologische Wirkung. Das erste Sommercamp der „Ballons Rouges“ fand im Jahr 2004 in Aserbaidschan statt; das Ziel ist es, künftig zwei oder drei dieser Camps pro Jahr anzubieten, darunter auch in Lagern, in denen verschiedene oder sogar verfeindete ethnische Gruppen aufeinander treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, wieder erste Schritte aufeinander zuzugehen.

Sport und Demokratie

Der Europarat weist schon seit geraumer Zeit immer wieder darauf hin, dass „der Sport eine Schule der Demokratie ist“, doch ist der Wert, den diese hat, ebenso wie der Wert der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit, nicht immer zwangsläufig ersichtlich. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport, das im Mai 2004 von der Europäischen Union ausgerufen wurde, hat der Europarat in Straßburg Gespräche über die Förderung dieser Werte im Sport organisiert. Dabei wurden die Parallelen zwischen dem Recht und den Spielregeln im Sport in Gedächtnis gerufen, wie auch diejenigen zwischen „politischen“ Wahlen und den Wahlen von Sportgremien: Es geht darum, auf anschauliche Art und Weise die Aktualität dieser Werte und ihre Geltung im Alltag aufzuzeigen. Sportler, Profis wie Amateure, werden dazu angehalten, diese Botschaft in ihren jeweiligen Vereinen und Heimatländern zu verbreiten.

Die Anerkennung von Werten ist ein wesentlicher Bestandteil der „good governance“ im Sportbereich, ein Thema der jüngsten europäischen Sportministerkonferenz, die im Jahr 2004 in Budapest stattfand: Bei diesem Treffen wurde unter anderem versucht, Maßnahmen zur Bekämpfung bestimmter Auswüchse wie Betrug und Korruption zu erarbeiten. Ebenfalls behandelt wurde das Thema der Beziehungen zwischen der öffentlichen Hand und den Sportorganisationen, wobei hervorgehoben wurde, dass die Stärkung der Autonomie dieser Organisationen untrennbar mit einer Verbesserung ihrer Verwaltung und Funktionsweise verbunden ist.

Gewaltprävention in Stadien

Im Jahr 1985, einige Monate nach der Tragödie im Fußballstadion von Heysel, die 39 Todesopfer und Hunderte von Verletzten gefordert hatte, stellte der Europarat eine „Konvention

über Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen von Zuschauern bei Sportanlässen, insbesondere bei Fußballspielen“ vor, die bis heute von 39 Ländern ratifiziert wurde. Dieser Text ist seit seiner Veröffentlichung Gegenstand zahlreicher Änderungen und Ergänzungen. Nachdem einige Jahre lang die Verstärkung der Überwachung von Stadien und Zuschauern im Vordergrund stand, liegt der Schwerpunkt heute auf der „Prävention“ von Gewalt, ein Bereich, in dem der Europarat sowohl mit den Behörden als auch mit den Sportvereinen und Fanclubs zusammenarbeitet. Insbesondere war der Europarat an den Programmen zur Verhinderung von Ausschreitungen anlässlich der Fußball-Europameisterschaft 2004 beteiligt. Doch auch wenn die Gewalt in den Stadien insbesondere dank der Überwachung der Fans und der Entfernung der aggressivsten „Hooligans“ zurück zu gehen scheint, so macht sie sich an den Austragungsorten der jeweiligen Begegnungen immer stärker bemerkbar. Der Europarat hat in Abstimmung mit den Behörden vor Ort eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen eingeführt, die darauf ausgelegt sind, diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten. Er empfiehlt den Vereinen und Städten ferner, so genannte „Fanbotschaften“ einzurichten: Diese provisorischen Einrichtungen ermöglichen es den Fans einer bestimmten Mannschaft oder eines Herkunftslandes sich vor dem Spiel oder währenddessen zu treffen und sich gemeinsam die Zeit zu vertreiben, anstatt ziellos in den Städten herum zu streunen und sich zu betrinken.

Doping: Ein unerbittlicher Kampf

Die Europäische Anti-Doping Konvention, die im Anschluss an die von schweren Doping-Zwischenfällen überschatteten Olympischen Spiele von 1988 erstellt wurde, ist der erste internationale Rechtstext in diesem Bereich. Durch diesen Text wurde in Europa ein Bewusstsein für die Ausmaße dieses Phänomens geweckt, das mit Sicherheit schon seit langem existiert, über das jedoch gar nicht oder kaum gesprochen wurde. Nach seiner Erstellung wurden zudem erste Schritte zur wirksamen Bekämpfung des Dopings unternommen. In dem Text wurden die Methoden und Instrumente zur Aufdeckung von Betrug definiert und die Staaten darüber hinaus verpflichtet, diese auch anzuwenden. Weitere Themen der Konvention sind die Prävention von Doping sowie die entsprechende Aufklärung, die Organisation und der Ablauf von Kontrollen sowie die zu verhängenden Sanktionen. Im Jahr 2002 wurde die Konvention durch ein Zusatzprotokoll vervollständigt, mit dem eine „wechselseitige Anerkennung“ von Kontrollen eingeführt wurde und durch das es den Kontrolleuren eines Unterzeichner-

staates ermöglicht wird, unangekündigt in anderen Ländern tätig zu werden. Dies bedeutet im Klartext, dass ein deutscher Sportler, der an einem Wettkampf in Norwegen teilnimmt – oder umgekehrt ein Norweger in Deutschland – damit rechnen muss, dort mit der gleichen Strenge und mit denselben Methoden kontrolliert zu werden wie in seinem Heimatland. So konnten bestimmte Lücken geschlossen werden, die im Hinblick auf Dopingkontrollen zwischen den einzelnen Ländern bestanden.

Darüber hinaus fördert das Protokoll die Einhaltung der Konvention und unterstreicht ihre verpflichtende Wirkung. Ferner erleichtert es die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), die 1999 in Lausanne ins Leben gerufen wurde und für deren Gründung sich der Europarat nachhaltig eingesetzt hatte. Die Konvention sieht die Einrichtung einer „beobachtenden Begleitgruppe“ vor, die insbesondere an der Erstellung der Liste verbotener Substanzen mitarbeitet, Besuche zu Evaluierungszwecken in den Mitgliedsstaaten durchführt und Empfehlungen formuliert. Schließlich dient die Konvention derzeit als Grundlage für die Ausarbeitung einer „Internationalen Anti-Doping Konvention“ der UNESCO. Diese wiederum wird die Ausweitung der europäischen Regeln und Prinzipien auf alle fünf Kontinente der Erde ermöglichen.

Die wichtigsten Errungenschaften des Europarats im Bereich der Jugendpolitik

1. Die Europäischen Jugendzentren (EJZ)

Gründung des EJZ in Straßburg: 1973

Gründung des EJZ in Budapest: 1995

Die EJZ wurden gegründet, um es den Jugendlichen und ihren Organisationen zu ermöglichen, sich aktiv für den Aufbau eines gemeinsamen Europa einzusetzen und die Ziele des Europarats zu verwirklichen.

Die EJZ sind Orte der Begegnung und Ausbildung zum Thema Europa, und Forum für gesellschaftliche Probleme und Fragen, die Jugendliche betreffen. Jedes Jahr nehmen rund 2000 Vertreter von NGO (Nicht-Regierungsorganisationen) und Jugendnetzwerken an solchen Veranstaltungen teil und haben dadurch die Möglichkeit, ihre Ansichten und Vorschläge zu allen Themen der Jugendpolitik zu äußern, die Gegenstand der Arbeit des Europarats sind.

Als Begegnungsstätten sind die EJZ, insbesondere wegen ihres multinationalen und multikulturellen Charakters (denn sämtliche Aktivitäten finden unter diesen Prämissen statt) in

Europa einzigartig.

2. Mobilität von Jugendlichen (Schwerpunkt Ost-West)

Hier ist die Europäische Jugendstiftung zu nennen, die 1972 gegründet wurde. Sie leistet finanzielle Unterstützung für europäische Jugendprojekte.

Die Stiftung wurde ursprünglich in der Absicht gegründet, die Zusammenarbeit und den Austausch von Jugendlichen europaweit zu fördern. Damit nahm sie in dieser Hinsicht bis 1989 (also während der Ära der Teilung Europas in zwei politische Blöcke) eine Vorreiterrolle ein. Auch heute noch unterstützt sie den Austausch von Jugendlichen in ganz Europa, insbesondere zwischen Ländern der EU und Nicht-Mitgliedsstaaten.

Seit 1972 haben fast 300.000 Jugendliche (in erster Linie die Verantwortlichen von NGO im Jugendbereich) an diesen multinationalen Projekten teilgenommen.

Zusätzlich besteht ein Fonds zur Förderung der Mobilität benachteiligter Jugendlicher („Solidaritätsfonds für die Mobilität von Jugendlichen“), der im Rahmen einer Partnerschaft zwischen dem Europarat und dem Internationalen Eisenbahnverband (UIC, Union Internationale des Chemins de Fer) eingerichtet wurde. Von jedem Interrail-Ticket, das in Europa verkauft wird, fließt 1 an diesen Fonds, um den Austausch benachteiligter oder aus ärmeren Regionen kommender Jugendlicher zu finanzieren. Gegenstand des Fonds sind ferner zahlreiche Formen des Jugendaustauschs in Richtung Ost-West (aus wirtschaftlich unterentwickelten Regionen).

3. Informelle Ausbildung

Seit Anbeginn spielt der Jugendsektor innerhalb des Europarats vornehmlich durch die EJZ eine Vorreiterrolle in der Förderung, Umsetzung und Anerkennung der informellen Ausbildung von Jugendlichen (Lehr- und Ausbildungsprozesse, die sich außerhalb der formellen Bildungssysteme wie Schule und Universität ereignen).

Der vorläufige Höhepunkt dieser Arbeit ist seit dem Jahr 2003 die Umsetzung eines europäischen Leitprojekts für Jugendleiter und Jugendarbeiter, in dem sich das gesammelte Fachwissen des Europarats widerspiegelt und das auf der Grundlage von Qualitätskriterien und europäischen Normen der Erfassung, Bewertung und Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen dient.

4. Der Bereich Jugendpolitik: Ein Modell für die Beteiligung Jugendlicher

Grundlage für das Handeln des Europarats im

Bereich Jugend und Jugendpolitik ist es, die Fähigkeit der Jugendlichen zur aktiven Beteiligung zu fördern, so dass sie als mündige Bürger auftreten können.

Dies ist eine Konstante innerhalb der Aktivitäten des Europarats im Jugendbereich. Im Verlauf der letzten 40 Jahre hat der Europarat ein Leitbild für die Beteiligung von Jugendlichen entwickelt, das er versucht, auf nationaler und lokaler Ebene in den Mitgliedsstaaten zu fördern und umzusetzen. Diesem Modell liegt der Gedanke zugrunde, dass Jugendliche gleichberechtigte Bürger sind, die das Recht (und die Pflicht) haben müssen, an allen sie betreffenden Entscheidungen im Rahmen der bestehenden demokratischen Verfahren beteiligt zu werden.

Einige Beispiele zur Veranschaulichung dieser Arbeit auf der Ebene des Europarats:

- Die Mitbestimmung: Seit 1972 werden im Rahmen des Jugendbereichs des Europarats Entscheidungen, die die politische Ausrichtung, Arbeitsprioritäten, Programme und die Verwendung der zugewiesenen Mittel betreffen, gemeinsam durch satzungsgemäße Gremien gefällt, in denen Regierungsvertreter wie auch die Partner-NGO in der Jugendarbeit vertreten sind. Im Falle von Programmfragen entscheiden die Gremien paritätisch (50/50). Überdies sind die Vertreter der NGO und der Jugendnetzwerke in diesen Gremien aufgefordert, ihre Ansichten und Vorschläge zu formulieren.
- Ministerkonferenzen: Im Abstand von jeweils drei oder vier Jahren organisiert der Europarat eine Konferenz der europäischen Jugendminister. Dabei sind die Partner-NGO im Jugendbereich nicht nur eng in die Vorbereitung der Konferenzen eingebunden, sondern auch eingeladen, daran teilzunehmen: Jede nationale Delegation ist aufgefordert, einen Jugendlichen (als Vertreter der nationalen NGO) in ihre Reihen aufzunehmen; ferner sind rund zwanzig Vertreter von anderen NGO, vorrangig europäischen NGO zur Konferenz eingeladen. Darüber hinaus organisieren die NGO vor oder zeitgleich mit der Konferenz eine „Jugendveranstaltung“, die darauf abzielt, die Beiträge der Jugendlichen zur Konferenz vorzubereiten (unter anderem legen die Jugendlichen den Ministern einen Bericht vor).
- Ausbildung: Die EJZ bieten jedes Jahr Lehrgänge für Jugendleiter an, die auf eine Beteiligung von Jugendlichen abzielen: ein Lehrgang zur Vermittlung von Kenntnissen über internationale Organisationen, die im Jugendbereich eine Rolle spielen (Europarat, EU etc.) sowie über Möglichkeiten, in

diesen mitzuwirken und Einfluss auf sie auszuüben. Ebenfalls angeboten wird ein spezielles Ausbildungsprogramm – erstellt in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission – zu Themen wie die europäische Staatsbürgerschaft, die Beteiligung von Jugendlichen, die Minderheiten angehören etc.. Ferner organisieren die EJZ verschiedene Aktivitäten, die auf eine Beteiligung der Jugendlichen am öffentlichen und politischen Leben ausgerichtet sind. Schließlich finden jedes Jahr in verschiedenen Ländern, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, Lehrgänge im so genannten 50/50-Modus statt (Zusammensetzung der Teilnehmer zu 50 % aus NGO und zu 50 % Regierungsbeamte), in denen die Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und der Zivilgesellschaft bei der Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen der Jugendpolitik Thema sind.

- Zusammenarbeit zwischen örtlichen Behörden: Die Partner-NGO im Jugendbereich beteiligen sich aktiv an der Erarbeitung von Maßnahmen und wichtigen Dokumenten des Europarats im Hinblick auf die Jugendpolitik. Im Jahr 1992 und im Jahr 2003 waren sie eng in die Ausarbeitung der „Europäischen Charta über die Beteiligung von Jugendlichen am Leben der Gemeinde und der Region“ (die vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas verabschiedet wurde) eingebunden, sowie anschließend auch in die Überarbeitung dieser Charta.

5. Anerkannter Sachverstand auf dem Gebiet der Menschenrechtserziehung auf Europäischer Ebene

Kraft seiner Erfahrung im Bereich der informellen Ausbildung und Beteiligung ist der Jugendsektor des Europarats zu einer Fachinstanz auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung von Jugendlichen zum Thema Menschenrechte herangereift. Das pädagogische Handbuch „Kompass“, das gemeinsam mit verschiedenen Akteuren im Bildungsbereich verwirklicht wurde (NGO, diverse Netzwerke und Gremien) ist ein einzigartiges Instrument, das Jugendleitern, Lehrkräften und anderen Personen oder Institutionen zur Verfügung steht, die sich der Erziehung und Ausbildung im Bereich der Menschenrechte widmen wollen. Sie finden auf den 455 Seiten des Handbuchs ein beeindruckendes Spektrum von praktischen Anregungen, Arbeitsmethoden, Beispielen etc. Zugleich wirkt der Jugendsektor als Motor zur Förderung der Bildung von Netzwerken und der Ausbildung in diesem Bereich.

6. Innovativer Ansatz in der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union

Der Europarat und die Europäische Kommission haben drei Partnerschaftsprogramme unterzeichnet und umgesetzt: die Ausbildung von Jugendarbeitern; die Forschung im Bereich der Jugendarbeit sowie die Zusammenarbeit im europäischen Mittelmeerraum zu Themen, die Jugendliche betreffen. Es handelt sich um eine eigenständiges und wirkungsvolles Modell der Zusammenarbeit: eine paritätische Finanzierung 50/50; Zusammenlegung der verfügbaren Ressourcen (Informationen, Kontakte, Netzwerke etc.); Entscheidungen im Konsensverfahren, Einhaltung der jeweiligen Regeln und Arbeitsverfahren.

Ein aussagekräftiges Beispiel: die (gemeinsame) Einrichtung eines (virtuellen) Wissenszentrums zum Thema Jugendpolitik. Dieses Zentrum, das sich derzeit noch im Aufbau befindet, besteht aus einer Informations- und Datenbank, die dem interessierten Publikum, der Europäischen Union und dem Europarat zur Verfügung stehen wird. Das Zentrum ist als Instrument zur Arbeitserleichterung auf dem Gebiet der Jugendpolitik des Europarats, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten konzipiert.

Auch in Zukunft wird der Jugendsektor des Europarats entscheidend dazu beitragen, die Grundwerte, Menschenrechte, parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu verankern, zu verteidigen und zu verbreiten. Die Arbeit mit den Vertretern und Vertreterinnen der Jugendlichen in den 48 Zielstaaten der Europäischen Kulturkonvention bleibt die entscheidende Waffe im Kampf gegen die Ausbreitung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung. Junge Menschen können gegen dieses Krebsübel noch „geimpft“ werden, und selbst dann, wenn sie schon „infiziert“ sind, ist eine „Heilung“ möglich. Die neue Kampagne des Europarats „All different - All equal 2006“ wird ein wichtiger Meilenstein in diesem Kontext sein. Die Betonung der positiven Rolle, die Vielfalt und Teilhabe für unsere europäischen Gesellschaften spielen, wird hierbei wesentliches Element sein.

Ich bin überzeugt, dass auch der hier inszenierte „Berlin-Prozess“, der die Situation der Jugendlichen in marginalisierten Wohngebieten thematisiert, zu einem Gelingen der neuen Jugendkampagne des Europarats beitragen wird und weiß, dass ich auf die Unterstützung der hier Anwesenden im vollen Umfang bauen kann.

Europäische Strategien für die soziale Eingliederung Jugendlicher

Die Europäische Kommission begrüßt die Initiative des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Diskussion integrierter Strategien für Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen auf eine europäische Ebene zu bringen.

Die Europäische Union hat sich im Jahr 2000 in Lissabon sehr ehrgeizige Ziele gesteckt: Sie will der wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden, der sich dem Wettbewerb am besten stellen kann, und will dabei mehr und bessere Arbeitsplätze, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und sozialen Zusammenhalt bieten. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, dass die Lissabon-Strategie nicht nur auf die Herausforderungen des Marktes und der Wirtschaft zu reagieren versucht, sondern auch auf die weitergehenden Bedürfnisse der Menschen, der Bürger und der Zivilgesellschaft. Seit Lissabon wurde eine große Zahl politischer Initiativen ins Leben gerufen, darunter Projekte, die sich die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und die Förderung der Bildung und beruflichen Ausbildung auf die Fahnen geschrieben haben.

Die wichtigste Botschaft des Berichts einer hochrangigen Expertengruppe jedoch, von der die Kommission bei ihrer Vorbereitung auf die Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie beraten wurde (der so genannte Kok-Bericht), kann wie folgt zusammengefasst werden: obwohl die Ziele von Lissabon sehr hoch gesteckt sind, haben wir keine andere Wahl, als unsere Anstrengungen zu verdoppeln und uns mit voller Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen, wenn wir nicht scheitern wollen. Die derzeitige Lage verlangt unser rasches Handeln, beispielsweise im Bereich Wissen und Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Ich möchte drei Beispiele nennen:

- Eines der Hauptziele der Erklärung von Lissabon ist es, die Zahl der Kinder, die zu einem frühen Zeitpunkt die Schulausbildung abbrechen, deutlich zu senken. Die uns vorliegenden Statistiken zeigen, dass der vorzeitige Abbruch der Schulausbildung ein gravierendes und weit verbreitetes Problem darstellt: der durchschnittliche Prozentsatz der Schulabbrecher liegt in der EU bei 16%. Der vereinbarte Richtwert für das Jahr 2010 ist, diesen Anteil innerhalb der Bevölkerungsgruppe im Alter von 18-24 Jahren

mit Schulausbildung, die zum Zeitpunkt der Erhebung nicht an Bildungs- oder Ausbildungsprogrammen teilnehmen, auf 10% zu reduzieren. Ein von Schulabbrechern oft genannter Grund für das vorzeitige Verlassen der Schule ist die mangelnde Attraktivität des Lernumfelds. Wichtig ist daher, dafür zu sorgen, dass Schlüsselkompetenzen auch außerhalb des formellen schulischen Rahmens gut entwickelt werden können.

- Im Jahr 2003 wurden 19% der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren als Gruppe mit hohem Armutsrisiko eingestuft, womit diese Gruppe um 5% über sämtlichen anderen Altersgruppen lag. Armut und soziale Ausgrenzung nehmen vielschichtige und mehrdimensionale Formen an, weshalb wir ein breites Spektrum verschiedener politischer Ansätze mobilisieren müssen. Wo Jugendliche soziale Ausgrenzung erfahren, ist die Möglichkeit, ihr Engagement für eine konstruktive Beteiligung an der Zivilgesellschaft zu sichern, geschwächt oder jedenfalls deutlich eingeschränkt. Daher brauchen wir größere Kohärenz, Abstimmung und Zusammenarbeit in der Formulierung sozialpolitischer Strategien, besonders im Hinblick auf Jugendliche.
- Der jüngste Gemeinsame Beschäftigungsbericht zeigt, dass die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen 15,7% erreicht hat (in einigen Ländern mehr als 20%), im Vergleich zu 8,1% für die Gesamtbevölkerung. Wir müssen uns stärker auf den Kampf gegen eine Spaltung der Arbeitsmärkte konzentrieren, in denen gute Arbeitsaussichten für Hochqualifizierte und prekäre oder gar keine Aussichten für die übrige Bevölkerung bestehen. Hier sind mit Blick auf die Belange der Jugendlichen verschiedene Aspekte anzusprechen:
 - die Entwicklung eines Arbeitsmarktes, der Eingliederung begünstigt
 - die Garantie angemessener Ressourcen und Einkünfte für Jugendliche in sozial und wirtschaftlich schwieriger Lage, insbesondere Angehörige von Minderheiten, junge Frauen in unsicherer Arbeitssituation und junge Menschen mit Behinderungen,
 - das Vorgehen gegen Ungleichbehandlung im Bildungsbereich
 - die Ausweitung des Zugangs zu hochwertigen Leistungsangeboten
 - die Regenerierung von mehrfach benachteiligten Gebieten.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Wiederbelebung der Lissabon-Strategie und eine Verstärkung unserer Anstrengungen sind dringend geboten. Die neue Kommission unter

Präsident Barroso hat sich diese Sicht zu eigen gemacht und daher entschieden, den Zielen von Lissabon in den kommenden Jahren politische Priorität einzuräumen.

Die Jugendpolitik ist ein vollgültiger Bestandteil dieser Bestrebungen. Im Jahr 2001 hat die Kommission das Weißbuch 'Neuer Schwung für die Jugend Europas' als Fortführung der Schlussfolgerungen von Lissabon verabschiedet. Das Weißbuch benannte die wichtigsten Herausforderungen in der Jugendpolitik im sozio-demographischen Zusammenhang Europas, der durch ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen den Jugendlichen und der älteren Bevölkerung sowie durch sich verändernde Lebensbedingungen für Jugendliche gekennzeichnet ist. Dies geschieht zu einer Zeit, da die Europäische Union sich in bislang ungekanntem Maße ausdehnt, und vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung.

In der Nachfolge des Weißbuchs zur Jugendpolitik konnten wir beeindruckende Fortschritte in der politischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene erzielen. Der Rat verabschiedete 14 Gemeinsame Ziele in den prioritären Themenfeldern Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und besseres Verständnis von und über Jugend. In Bezug auf die politischen Querschnittsbereiche, die für das Leben junger Menschen von zentraler Bedeutung sind, wie etwa Beschäftigung, Bildung und soziale Eingliederung, haben wir überdies eine Reihe konkreter Maßnahmen auf EU-Ebene entwickelt.

Die Ergebnisse sind ermutigend, doch wir lernen daraus zuvorderst für unser zukünftiges Handeln:

- wir müssen die Lage der Jugendlichen im Hinblick auf diese Aktionsfelder besser verstehen, um sie beeinflussen zu können;
- alle Akteure auf allen Ebenen müssen mobilisiert werden, um eine messbare Wirkung zu erzielen.

Es ist wichtig, den durch das Weißbuch gewonnenen neuen Schwung nicht zu verlieren. Neuer Handlungsbedarf wird entstehen angesichts der Tatsache, dass die Gesellschaft im Allgemeinen und die Jugend im Besonderen sich so schnell weiter entwickeln.

Das Programm JUGEND bietet einzigartige Chancen für junge Menschen auf dem Gebiet informeller Lernerfahrungen im interkulturellen Kontext mit deutlich europäischem Schwerpunkt. Dies gilt auch für Initiativen für Jugendliche auf kommunaler Ebene. Wir geben 100 Millionen pro Jahr aus für 10.000 Projekte in den vier Handlungsfeldern des Programms: Jugendaustausch, Freiwilligenarbeit, kommunale Initiativen und unterstützende Maßnahmen. Die wechselseitige Ergänzung und Durchdringung der vier Handlungsfelder dient

dazu, das Programm so offen und flexibel wie möglich zu machen, um den Bedürfnissen der jungen Europäerinnen und Europäer entgegen zu kommen, die daran mitarbeiten möchten.

Denjenigen Jugendlichen, die geringere Chancen haben, Zugang zu dem Programm zu gewähren, war für die Europäische Kommission schon seit Beginn der Aktivitäten in diesem Bereich von höchster Priorität, und beachtliche Arbeit ist dabei schon geleistet worden. Die Europäische Kommission und die nationalen Organisationen zur Umsetzung des Programms JUGEND haben den Schwerpunkt sehr stark auf die Beteiligung von Jugendlichen mit geringeren Chancen an dem Programm gelegt und die notwendigen Schritte unternommen, um dieses prioritäre Anliegen voll und ganz umzusetzen. Dies geschieht beispielsweise durch:

- ein so genanntes "resource centre" (virtuelle Bibliothek) zu Fragen der Eingliederung
- eine Broschüre zum Thema soziale Eingliederung mit wichtigen Informationen
- themenbezogene, benutzerfreundliche Handbücher für Ausbildungs- und Unterrichtszwecke („T-Kits“)
- innovative Projekte zu Zusammenarbeit, Ausbildung und Information
- neue, kreative Ansätze insbesondere für weniger begünstigte Regionen.

Im Juli hat die Kommission ihren Vorschlag für ein neues Programm mit dem Titel "JUGEND in Aktion" für den Zeitraum 2007-2013 vorgelegt. Das Hauptziel ist es, die Kontinuität des aktuellen Programms JUGEND sicher zu stellen und die jüngsten Entwicklungen im Jugendbereich zu unterstützen.

Die Ziele des neuen Programms sind:

- die Förderung des aktiven bürgerschaftlichen Engagements junger Leute im Allgemeinen und speziell im Rahmen der europäischen Staatsbürgerschaft
- die Herausbildung von Solidarität zwischen den Jugendlichen, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union
- die Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern durch den Einsatz junger Menschen
- Beiträge zur Qualitätssteigerung von unterstützenden Systemen im Bereich der Jugendaktivitäten und der Kompetenzen gesellschaftlicher Organisationen im Jugendbereich
- die Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik.

Der Kommissionsentwurf unterstreicht ausdrücklich, dass allen jungen Leuten unterschiedslos Zugang zu den Aktivitäten des Programms zu gewähren ist, und stellt zugleich

sicher, dass besondere Anstrengungen unternommen werden im Hinblick auf Jugendliche, die wegen ihrer Bildung und Ausbildung oder aus sozialen, körperlichen, psychologischen, wirtschaftlichen oder geografischen Gründen nur unter besonderen Schwierigkeiten an dem Programm teilnehmen können.

Die europäische Integration sieht sich in den kommenden Jahren neuen Herausforderungen gegenüber, insbesondere in Bezug auf die in den Mitgliedstaaten geführte politische Diskussion über die europäische Verfassung. Diese nämlich enthält zwei neue Bestimmungen zur Förderung der Beteiligung Jugendlicher am demokratischen Leben in Europa und zur Einrichtung eines Europäischen Freiwilligenkorps für Humanitäre Hilfe. Wir sind damit befasst, die Umsetzung dieser Bestimmungen vorzubereiten, um die Beteiligung junger Menschen zu stärken und neue Formen individueller und gemeinschaftlicher Freiwilligenarbeit zu entwickeln. Es besteht ein wachsendes Interesse an der Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Freiwilligendienstes (EVS, European Voluntary Service), der eine Gruppe von jungen Freiwilligen zur Arbeit an einem Projekt zusammenführen könnte. Dies dürfte gerade für junge Leute mit geringeren Chancen von großem Interesse sein.

Im Hinblick auf integrierte Strategien für Jugendliche sehe ich vier Hauptpunkte, die von wesentlicher Bedeutung sind für wirksame und umfassende Strategien; diese Punkte stimmen auch mit den politischen Zielen überein, die auf europäischer Ebene vereinbart wurden:

- die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Ziele der Partizipation und sozialen Eingliederung
- die Rolle des Nicht-Regierungssektors, der Zivilgesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der Fachkräfte in der Jugend- und Sozialarbeit
- ein fortlaufender und verstärkter Austausch bewährter praktischer Ansätze zur Vermehrung von Wissen und Information und zu wechselseitigem Lernen
- ein integrierter Ansatz von Seiten der Politik und sonstiger Interessenvertreter, den man auch als soziale Kooperation bezeichnen könnte.

Die Idee zu einem Europäischen Pakt für die Jugend wurde in großem Maße durch diesen integrierten Ansatz inspiriert. Die Kommission begrüßt die jüngste Initiative der Staats- und Regierungschefs Schröder, Chirac, Zapatero und Persson für einen Europäischen Pakt, da dieser sich ausgezeichnet in die politischen Prioritäten sowohl des Weißbuchs als auch der neuen Kommission einfügt und insbesondere den Anliegen Präsident Barroso und des neu-

en Kommissars für Jugendfragen, Jan Figel, entspricht.

Wir werden – in Zusammenarbeit mit den niederländischen und Luxemburger Ratspräsidenten – für den Gipfel im Frühjahr 2005 geeignete Maßnahmen vorschlagen. Dies könnte in Form einer Partnerschaft zwischen der EU und Jugendlichen geschehen, die auf drei wichtigen Pfeilern beruht – soziale Eingliederung, Bildung und Staatsbürgerschaft, im Kontext des übergeordneten EU-Zusammenhalts sowie im Kontext einzelstaatlicher Programme im Jugendbereich.

Diese Initiative sollte – auf allen Ebenen – darauf abzielen, einen noch stärker integrierten Ansatz der Jugendpolitik zu verwirklichen, der von der Schule über die aktive Staatsbürgerschaft bis hin zum Arbeitsleben reicht. Um es mit anderen Worten zu formulieren: der Pakt sollte zu integrierten Strategien für alle jungen Menschen führen, insbesondere aber für diejenigen mit geringen Chancen, die in benachteiligten Gebieten leben.

Impulse und Herausforderungen integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen

Dieser Fachkonferenz liegt – das wurde bereits in den vorangegangenen Statements und bei der Präsentation des Entwurfs der Schlussfolgerungen aus dieser Konferenz deutlich – eine einfache Annahme zugrunde: Die Probleme in benachteiligten Stadtteilen können aussichtsreich nur dann gelöst werden, wenn die auf diese Stadtteile bezogenen Politiken und Handlungsstrategien gebündelt und abgestimmt sowie die vor Ort vorhandenen Ressourcen einbezogen werden. Der zentrale Begriff dieser Fachkonferenz „integrierte jugendpolitische Strategien“ ist in diesem Sinne als ein Oberbegriff zu verstehen. Der verweist auf

- die unterschiedlichen Formen der lokalen horizontalen wie vertikalen Koordination z.B. zwischen unterschiedlichen Politik- und Praxisfeldern (z.B. Arbeit bzw. Wirtschaft, Wohnen, Verkehr, Schule, Gesundheit, Sicherheit, soziale Arbeit),
- die Netzwerkbildung zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und privaten, gemeinnützigen, kommerziellen und den verschiedenen weltanschaulichen Akteuren,
- die Beteiligung von Initiativen, Bürgerinnen und Bürger,
- die Bündelung von Querschnittsaufgaben (Geschlechtergerechtigkeit, Integration)

Integrierte Strategien grenzen sich demgegenüber von hierarchischen, sektoralen und problemisierenden Ansätzen ab.

Ziel der Fachkonferenz ist ein Informations- und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene. Ziel ist es, wie es im Entwurf für die Schlussfolgerungen der Konferenz heißt, „verschiedene Praxiserfahrungen und Ideen von deutschen und europäischen Kommunen zusammenzubringen und anhand von konkreten Projektbeispielen (regionenübergreifend) zu diskutieren“. Ein wichtiger Schritt hierzu soll heute Nachmittag in den vier Panel Sessions stattfinden.

Nun weiß man sowohl aus der vergleichenden Forschung wie auch aus ähnlich gelagerten Bemühungen auf europäischer Ebene in anderen Feldern während der letzten Jahrzehnte, dass das Zusammenführen unterschiedlicher nationaler und lokaler Erfahrungen und die vergleichende Diskussion – vor allem dann, wenn sie auf konkreten Erfahrungen basieren

soll – nicht nur Erfolg versprechende Ansätze für das gegenseitige Kennenlernen und wichtige Lernchancen darstellen, sondern zugleich immer auch von zwei Gefahren bedroht sind:

- Die eine Gefahr besteht darin, vorschnell Politikstrategien, Ansätze und Erfahrungen zu übertragen, ohne dass die jeweiligen sozialen, kulturellen und institutionellen Hintergründe ausreichend verstanden und berücksichtigt wurden.
- Auf der anderen Seite droht gleichsam das Gegenteil, nämlich dass die Einsicht in die jeweiligen Besonderheiten nur noch die einvernehmliche Feststellung möglich macht, dass jeder seinen Weg zu gehen habe und dass sich z.B. die gemachten Erfahrungen aufgrund der Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen und der vielfältigen Verflechtungen mit dem jeweiligen Kontext nicht vergleichen ließen.

Es ist wichtig zu sehen, dass die damit in den Blick genommenen Herausforderungen keineswegs nur akademischer, konzeptioneller bzw. abstrakt-methodischer Art sind. Es handelt sich auch nicht nur um eine intellektuell anregende Tätigkeit, die üblicherweise an angenehmen Orten und zwischen zivilisierten Menschen stattfindet. Stattdessen ist zu bedenken, dass der europäische Erfahrungsaustausch und die Frage, wie was miteinander verglichen werden kann, blitzschnell in aktuelle Kontroversen und politische Strudel führen kann. Ein sehr aktuelles Beispiel hierfür, das im Übrigen auch unser Thema direkt betrifft, ist z.B. die deutsche Diskussion nach dem Mord an dem niederländischen Filmregisseur Theo van Gogh und den anschließenden Ereignissen. In Deutschland haben diese Ereignisse eine ebenso irritierende wie auch politisch möglicherweise folgenreiche Diskussion über das vermeintliche Scheitern der Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie das Problem der so genannten Parallelgesellschaften ausgelöst. Dabei nehmen die einen den Mord als Beweis für das Scheitern und malen drohend analoge Entwicklungen für die Bundesrepublik Deutschland an die Wand. Die anderen verweisen auf die angeblich ganz anders geartete Situation in Deutschland und verweigern sich so der Chance, aus den niederländischen Erfahrungen im Umgang mit interkulturellen Konflikten zu lernen.

Wer diese beiden Gefahren vermeiden möchte, benötigt Vergleichskriterien, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vorgehen sichtbar machen können. Im Folgenden möchte ich den Versuch unternehmen, vor dem Hintergrund der Zielsetzung dieser Fachkonferenz einerseits und der einschlägigen Fachdiskussion und Forschung zu lokalen integrierten Politikstrategien sieben derartige Bezugspunkte vor-

zustellen. Wenn man bescheiden sein möchte, dann handelt es sich dabei um Kriterien, die die Darstellung und Diskussion strukturieren sollten, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede, einzigartige Erfahrungen auf Grund von besonderen Bedingungen und übertragbare Erfahrungen sichtbar zu machen. Will man etwas anspruchsvoller sein, hätte ich nichts dagegen, wenn dem einen oder anderen Kriterium auch eine evaluative und impulsgebende Funktion zugeschrieben würde. Diese könnten dann Anlässe zur Überprüfung und Weiterentwicklung der jeweiligen Strategien und ihrer Hintergrundannahmen sein.

Nun zu den sieben Vergleichskriterien, wobei ich die ersten drei ein wenig ausführlicher diskutieren werde:

Erstes Kriterium: Welche Akteure (actors) sind beteiligt?

Der Begriff Akteure wird hier in einem weiten Sinne verwendet. Er schließt ebenso einzelne private Personen wie auch Personen, die öffentliche Aufgaben und Funktionen inne haben bzw. übernommen haben, ein. Akteure können selbst organisierte, informelle Initiativen, lokale grass-roots-Bewegungen, Vereine, Verbände, Ämter und Behörden, kurz: Institutionen und Organisationen aller Art bis zum Staat selbst sein. Ein in diesem Sinne weiter Begriff der beteiligten Akteure ist notwendig, weil es ein Kennzeichen integrierter Strategien ist, dass die traditionelle, in der politischen Theorie immer wieder betonte Trennung von Staat und Gesellschaft an Bedeutung verliert. So ist es charakteristisch für governance-Ansätze, dass sie das Politik-Machen (policy-making) nicht auf die staatlichen und die institutionellen Strukturen des politischen Systems beschränkt sehen. Einschlägige Begriffe wie Bündnisse, Allianzen, Aushandlung und Verständigung, Netzwerkmanagement, Beteiligung betroffener Akteure, Koproduktion kollektiver Güter, local governance u.ä. verweisen sowohl in Bezug auf

- die institutionellen Strukturen (polities) als auch in Bezug auf
- die Verfahren (politics) wie auch in Bezug auf
- die Politikinhalte (policies)

auf die erweiterte und aktive Einbeziehung von betroffenen und zuständigen Akteuren.

Selbstverständlich wird der europäisch-vergleichende Blick auf die beteiligten Akteure zunächst ihre Unterschiedlichkeit sichtbar machen. Bei den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland z.B. handelt es sich nicht nur um einen sprachlich schwer zu übersetzenden Akteur, sondern eben auch um

einen hierzulande unverzichtbaren Partner für integrierte jugendpolitische Strategien, der sich – aus europäischer Perspektive – einem sehr spezifischen kulturellen Hintergrund und einer besonderen Tradition verdankt. In ähnlicher Weise – um ein zweites Beispiel zu nennen – gibt es in Europa große Unterschiede z.B. hinsichtlich der föderalen Strukturen und damit verbunden der Spielräume, über die Stadtverwaltungen bzw. stadtteilbezogene Verwaltungen verfügen.

M.a.W.: Eine vergleichende Betrachtung der in integrierte Strategien eingebundenen Akteure darf nicht bei einer einfachen Auflistung stehen bleiben, sondern macht eine Erläuterung der jeweiligen Verfasstheit, Ressourcen und Gestaltungsspielräume notwendig.

Am Rande sei vermerkt, dass die Frage nach den beteiligten Akteuren natürlich nicht die Frage verbietet, wer jeweils nicht eingebunden ist.

Zweites Kriterium: Welche Rolle spielen Kinder und Jugendliche?

Vermutlich ist es für viele von Ihnen selbstverständlich, bei der Frage nach den beteiligten Akteuren auch an die Kinder und Jugendlichen, die in den Stadtteilen leben, zu denken. Die deutliche Betonung des Themas zivilgesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie sie z.B. im Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ aus dem Jahr 2001 oder in der „European Charter on the Participation of Young People in Local and Regional Life“ des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (Congress of Local and Regional Authorities of the Council of Europe) aus dem Jahr 2003 zum Ausdruck kommen sowie die vielen anderen europäischen Initiativen in dieser Richtung haben an dieser Stelle schon viel zum Positiven verändert.

Zugleich belegen unsere eigenen Beobachtungen wie auch anderer, dass zwar viel für Kinder und Jugendliche in den Stadtteilen getan wird, aber noch immer deutlich weniger *mit* ihnen. Es scheint mir deshalb eine nach wie vor berechtigte Anfrage an integrierte jugendpolitische Strategien zu sein, wie sie es mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen halten bzw. welche Rolle Kinder und Jugendliche im Rahmen derartiger Strategien spielen.

Weil wir hier über benachteiligte Stadtteile reden, kann man jedoch nicht bei dieser Frage stehen bleiben. Sie wäre angesichts der Realitäten in den Stadtteilen zu allgemein – und dies in zweifacher Hinsicht:

- Erstens ist es geradezu ein Kennzeichen von Marginalisierung, dass die Betroffene-

nen deutlich weniger Chancen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Beteiligung an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse haben als andere. Zahlreiche Studien belegen, wie das Prekärwerden der Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse, die Degradierung der alltäglichen Lebensvollzüge, die Destabilisierung der sozialen Netze bzw. des eigenen Status und die damit verbundene zunehmende soziale Verwundbarkeit in einem engen Zusammenhang mit drohendem Ausschluss – und dies ist das genaue Gegenteil von Beteiligung – stehen.

- Zweitens sind diese Stadtteile überall in Europa durch einen überproportional hohen Anteil von Familien mit Migrationshintergründen geprägt. Erlauben Sie mir, einen Eindruck, genauer gesagt einen Verdacht zu formulieren, weil wir bislang über keine verlässlichen Daten verfügen: Wenn von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen die Rede ist, wird allzu oft an die nachwachsende Generation der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft gedacht. Sowohl in konzeptioneller wie auch in methodischer Hinsicht müssen Sie lange suchen, bis Sie bewährte Strategien der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergründen finden. Darüber hinaus können Sie ihre Suche noch einmal erschweren, wenn Sie an dieser Stelle auch noch die Geschlechterdifferenz einführen. Dabei würde sichtbar werden, dass es gerade aufseiten der Mädchen ganze Gruppen gibt, für die öffentliche Beteiligung offenbar bislang nicht vorgesehen ist – wobei zu ergänzen wäre, dass dies durchaus zwei Seiten hat, nämlich Ausschluss durch fehlende Möglichkeiten wie auch durch kulturell bedingte Verweigerung.

Dieses Kriterium zusammenfassend, ist es aus meiner Sicht mehr als notwendig, in Bezug auf die aktuelle Praxis in den benachteiligten Stadtteilen die Frage nach der Rolle der dort lebenden Kinder und Jugendlichen im Rahmen integrierter Strategien zu stellen. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Aspekte kulturelle Differenzen und Gender.

Drittes Kriterium: Wie wurden und werden die Akteure, vor allem Kinder und Jugendliche, integriert bzw. beteiligt?

Mit diesem Kriterium soll die Aufmerksamkeit auf die Verfahren der Beteiligung gelenkt werden. Alle vorliegenden Informationen deuten

darauf hin, dass wir mit einem großen Spektrum zu rechnen haben:

- von rein symbolischen Veranstaltungen bis hin zu gegenseitigen, vertraglichen Verpflichtungen;
- von einmaligen Formen der Interessensbekundung bis hin zur Einrichtung kontinuierlich arbeitender Gremien;
- von freiwilligen, eher informellen, projektbezogenen Aktionen bis zu formalisierten Verantwortlichkeiten;
- von spontanem, naturwüchsigem Engagement bis zu methodisch und konzeptionell implementierten und reflektierten Verfahren;
- von top-down-Delegationen bis hin zu bottom-up-basierten Formen der Selbstermächtigung.

Wir sind – soweit zu sehen – noch nicht sehr weit gekommen, die verschiedenen Formen zu beschreiben und zu typologisieren. Gerade aber, wenn wir von der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sprechen, scheint mir dies unverzichtbar. Denn, wie sich immer wieder zeigt, wird in vielen Fällen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen heimlich an der vermeintlich reifsten Form der Beteiligung, des demokratischen Interessenausgleichs unter erwachsenen und zivilisierten Menschen und den damit einhergehenden institutionellen Verfahren, gemessen. Allzu leicht werden dann vor diesem Hintergrund alle anderen Formen der Beteiligung als wenig ernst zu nehmend betrachtet.

Demgegenüber scheint es mir notwendig, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht nur demokratiethoretisch zu denken, sondern auch als wünschenswerten Bildungsprozess, der altersgerecht zu gestalten ist. Beteiligung muss erlernt werden und ist nicht selten eine Zumutung. Wir wissen, dass Beteiligung üblicherweise nicht umsonst zu haben ist und keineswegs notgedrungen Spaß machen muss. Aufwändiges Einarbeiten, endlose Diskussionen, nervenaufreibende Geduldproben, drohende Übertragung von Verantwortung, kurios verlaufende Entscheidungsprozesse, unklare Ergebnisse, unsichere Konsequenzen und unter Umständen grenzenloser Frust am Ende sind nicht nur Charakteristika von Gremien, sondern in nuce – fast unvermeidlich – in allen Beteiligungsprozessen enthalten. Es ist aus meiner Sicht eine schlichte, von Kindern und Jugendlichen aber schnell enttarnte Vernebelungstaktik, wenn man Beteiligung primär als Spaßkomponente verkauft. Dies gilt – wenn man Glück hat – in ausgewählten, gut gestalteten Konstellationen, dürfte aber kaum die Regel sein. Zu dem Verständnis von Beteiligung als Gegenstand von Lern- und Bildungsprozessen

sen gehört deshalb auch die positiv aufgeladene Erfahrung und die Einsicht, dass partizipative Gremien und demokratische Verfahren, so nervtötend sie im Einzelfall auch sein mögen, in demokratisch-pluralistischen Gesellschaften unverzichtbare Instanzen des Interessensausgleichs sind, dass sie keineswegs selbstverständlich sind und dass sie deshalb als das begriffen und genutzt werden müssen, was sie sind: ein zivilisatorischer Gewinn. Wie dieser aber erreicht werden kann, ist eine eigene Frage wert.

Viertes Kriterium: Auf der Basis welcher Verfahren kommt es zu Entscheidungen?

Das Verständnis von Beteiligung als Moment eines Lern- und Bildungsprozesses hat mich dazu verführt, die Frage nach den Verfahren der Beteiligung eigens zu betonen. Selbstverständlich geht es bei der Frage nach den Verfahren integrierter Strategien aber immer auch um die Ausübung von Macht, also um die Frage, wie Entscheidungen getroffen werden. Insofern könnte man diese vierte Frage auch weniger vornehm formulieren: Wie ist im Rahmen der jeweiligen integrierten, jugendpolitischen und stadtteilbezogenen Strategie die Macht verteilt?

Auch in diesem Feld kennen wir mittlerweile zahlreiche Formen. Da gibt es auf der einen Seite die von der Verfassung über die mittleren Ebenen bis zu den Gemeinden vor Ort und den Stadtteilen rechtlich festgelegten Zuständigkeiten. Auf der anderen Seite können wir eine Vielzahl von freiwilligen und informellen Formen der Übernahme von Verantwortlichkeiten beobachten. Wir kennen zahlreiche Varianten der zivilgesellschaftlichen Aushandlung und vertraglichen Regelung, aber auch schlichte Anordnungen von oben und politische Vorgaben.

Doch es geht mir bei diesem Kriterium nicht nur um die Frage, wer wie legitimiert welche Entscheidung trifft und diese auch durchzusetzen vermag, sondern auch um die Frage des Zeitpunktes und der Ebene. Dabei gehe ich davon aus, dass integrierte Strategien meist prozesshaft und nicht selten angesichts der jeweils zu bewältigenden Komplexität als lernende Programme angelegt sind. Dies bedeutet aber auch, dass sich im Lauf der Programme die Orte der Entscheidung und die Art und Weise, wie sie zustande kommen, verändern (können). So können z.B. Konzepte, die zu Beginn noch auf die vertrauten und bewährten Hierarchien und Verantwortlichkeiten gesetzt haben, sich im Lauf der Zeit zu vielschichtigen dezentralen Verhandlungssystemen entwickeln.

Die zweite eben angesprochene Frage nach den Ebenen führt mich zu dem fünften Kriterium.

Fünftes Kriterium: Wie sind die integrierten Strategien eingebettet?

In der jüngeren Diskussion um gebietsbezogene governance-Strategien wird immer häufiger mit dem Begriff der „multilevel governance“ gearbeitet. Deutlich gemacht werden soll damit, dass die zu bearbeitenden Probleme in den Stadtteilen mehr als eine politische Ebene umfassen. In allen europäischen Ländern dürfte dies der Fall sein, sodass es aus Vergleichsgründen nützlich sein dürfte, zu klären, auf welcher Ebene welche Entscheidungen getroffen werden und vor allem wie die Ebenen miteinander verflochten sind. Unter dieser Perspektive wäre zu klären, ob und inwiefern die jeweiligen Strategien als isolierte Einzelmaßnahmen implementiert wurden, Teil einer lokalen Politik darstellen und bzw. oder als Moment einer überregionalen Politikstrategie eingerichtet wurden. Weil erfahrungsgemäß diese Ebenen nicht immer konfliktlos ineinander greifen, wäre darüber hinaus vor allem von Interesse, wie zwischen den verschiedenen Ebenen die Koordination erfolgt, welche gegenseitigen Abhängigkeiten es gibt und wo die Konfliktpotenziale liegen.

Dies wiederum führt mich zu dem sechsten Kriterium.

Sechstes Kriterium: Gibt es für die verschiedenen Aufgaben erkennbare Zuständigkeiten?

Integrierte jugendpolitische Strategien zeichnen sich üblicherweise durch eine bemerkenswerte Komplexität aus. Meist müssen mehrere Aufgaben parallel erledigt und koordiniert werden. Nicht selten zeigt sich, dass gerade bei den erfolgreichen Programmen Prozesse in Gang gesetzt werden, die nicht mehr im Detail zentral gesteuert werden können. Die gesamte jüngere Diskussion zum governance-Konzept verdankt sich der Einsicht, dass das traditionelle Verständnis des Politikmachens (policy-making) auf allen Ebenen an seine Grenzen gestoßen ist. Statt dem traditionellen Regierungsmanagement treten neue Formen der horizontalen Koordination zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, der Integration sowie der Legitimation in den Mittelpunkt des Interesses – ohne dass dabei die Hierarchien einfach verschwinden würden. Initiierung, Ressourcenbeschaffung, Legitimierung, Implementierung, Aktivierung, Koordination und Kommunikation, Netzwerkarbeit,

Partizipation, Koproduktion, Integration, Mediation, Monitoring und Evaluation bezeichnen einige allgemeine Aufgaben, die in diesen Zusammenhängen immer wieder zu erledigen sind. Üblicherweise bilden sich hierfür in den Programmen unterschiedliche Zuständigkeiten heraus, sodass es von Interesse ist, wer welche Aufgaben in welchem Zusammenhang in dem jeweiligen Konzept erfüllt.

zum Wohle der Kinder, Jugendlichen und ihrer Familie nachhaltig zu verbessern.

Siebtes Kriterium: Welche Ressourcen bringen die Akteure jeweils ein?

In einer engen Beziehung mit der zuletzt genannten Frage steht schließlich das siebte Kriterium, das nach den Ressourcen fragt und wer sie jeweils in das gemeinsame Handeln mit einbringt. Dabei denke ich nicht nur an die beiden unverzichtbaren Ressourcen Macht und Geld, sondern auch an Akzeptanz und Legitimität, Fachwissen und Fachkompetenzen, soziale, kulturelle und stadtteilbezogene Traditionen und Wissensbestände, Motivation und Engagement u.ä. Viele der integrierten jugendpolitischen Strategien lassen sich nicht angemessen verstehen, wenn man nicht diese meist im Hintergrund bleibenden Voraussetzungen, die man zusammenfassend auch als das jeweils verfügbare ökonomische, kulturelle und soziale Kapital beschreiben könnte, in den Blick nimmt.

Angemerkt sei noch, dass es einen weiteren wichtigen achten Aspekt gibt, der mir zwar normalerweise sehr am Herzen liegt, den ich aber dennoch hier nicht ausdrücklich diskutiere. Es handelt sich um die Frage nach der Art und Weise, wie integrierte jugendpolitische Strategien, um dies es auf dieser Tagung geht, im Sinne eines Monitoring beobachtet und gegebenenfalls angemessen evaluiert werden können. Der Grund für meine Zurückhaltung ist einfach: Mit dieser zweifellos wichtigen Frage würde ich ein ganz eigenes, in sich sehr komplexes Themenfeld eröffnen. Auf dieser Tagung soll es aber um die Strategien selbst gehen; wie diese beobachtet und bewertet werden können, wäre demgegenüber eine eigene Diskussion wert.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine kleine Hoffnung: Es dürfte die Kräfte aller Beteiligten überfordern, die auf dieser Fachkonferenz versammelten Erfahrungen heute Nachmittag in allen Aspekten entlang der sieben Kriterien zu diskutieren. Vielleicht kommen wir aber einen Schritt weiter, wenn wir heute damit anfangen und bei Bedarf die Kriterien weiterentwickeln, um dann eine Basis für einen fachlich begründeten Erfahrungsaustausch zu gewinnen. Ziel wäre es, unser Erfahrungswissen zu systematisieren, um von einander lernen zu können und die stadtteilbezogenen Strategien

Anknüpfungspunkte Europäischer Initiativen im Rahmen des Weissbuch Jugend-Prozesses an die Schlussfolgerungen der Konferenz ¹

Der Beitrag versucht, ausgehend von der Darstellung einiger relevanter europäischer Initiativen im Rahmen der Lissabon-Strategie, vor allem aber auch des Weißbuch-Prozesses, einige Anknüpfungspunkte zu den Schlussfolgerungen der Konferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ herauszuarbeiten. Hierzu werden die Schlussfolgerungen in einige zentrale und exemplarische Aussagen gebündelt.

1. Relevante europäische Initiativen in den Bereichen Bildung, Soziales und Jugend seit Lissabon 2000

Der Europäische Rat beschloss im Frühjahr 2000, die „Union zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Region der Welt zu machen“,

- mit mehr und besseren Jobs
- dauerhaftem Wirtschaftswachstum und
- größerem sozialen Zusammenhalt.

Dabei einigte man sich auch auf die Festlegung von einigen zentralen Benchmarks, die eine Zielerreichungsprüfung und ein Monitoring möglich machen sollten. Zum Beispiel sollte die Halbierung der Zahl der 18-24-Jährigen, die lediglich über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen, angestrebt werden. Als Arbeitsmethode wurde die Offene Methode der Koordinierung festgelegt.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Europäischen Rates wurden mit den Lissabon-Beschlüssen nicht rein wirtschaftliche und finanzielle Überlegungen der Staats- und Regierungschefs angestellt, sondern auch die soziale Dimension und die Bedeutung der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Auch die Bildung wird als ein Schlüssel für die zukünftigen Entwicklungen angesehen.

Seit Lissabon wurden eine ganze Reihe politischer Initiativen ergriffen, wobei für den Bereich der „integrierten Strategien“ vor allem diejenigen im Bildungssektor, sowie in den Bereichen Soziales und Jugend von Bedeutung sind.

a) Im Bereich des Lebenslangen Lernens wur-

den vier zentrale Ziele der Bildungs- und Berufsbildung identifiziert: persönliche Entfaltung, soziale Integration, aktive Staatsbürgerschaft und Beschäftigungsfähigkeit. Die Bildungs- und Berufsbildungspolitik sollte zur Zielerreichung eine Verbesserung der Qualität und Effektivität der Bildungssysteme sicherstellen, einen leichteren Zugang für Alle zu Bildung und Berufsbildung sicherstellen und die Systeme der Bildungs- und Berufsbildung gegenüber der Welt öffnen.

In einem integrierten Arbeitsansatz werden verschiedene konkrete Umsetzungsstrategien verfolgt, etwa die Aus- und Weiterbildung der Lehrer und Ausbilder, die Vermittlung der notwendigen Grundqualifikationen, die Herstellung einer offenen Lernumgebung und eines attraktiveren Lernens, die Förderung aktiver Staatsbürgerschaft und der sozialen Eingliederung, die Verbindung von Lernen zu Arbeit und zur Gesellschaft. Auch eine verbesserte Bewertung des formalen, nicht-formalen und informellen Lernens, erhöhte Investitionen von Zeit und Geld in Bildung, effektivere Beratung, Orientierung und Information sowie innovative pädagogische Praxis gehören zu den prioritären Aktionen im Bereich lebenslanges Lernen.

b) Im Sozialsektor ist vor allem der Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Armut von herausragender Bedeutung für das Konferenzthema „integrierte Strategien“.

Hier geht es um die Förderung der Beschäftigung und den verbesserten Zugang aller zu Ressourcen, Rechten und Dienstleistungen, um die Verhütung von Ausgrenzung, den Einsatz für Problemgruppen und die Mobilisierung aller Akteure und die Förderung der Beteiligung.

Mit besonderem Blick auf die Jugend sollen vor allem ein gesichertes Einkommen für gefährdete Jugendliche und die Förderung ihrer Beschäftigung angestrebt, gleiche Bildungschancen für alle und der gleichberechtigte Zugang zu qualitativ hoch stehenden Dienstleistungen gewährleistet sowie eine Wiederbelebung von mehrfach benachteiligten Stadtgebieten sichergestellt werden.

c) Im Jugendbereich ist das Weissbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ von herausragender Bedeutung für die politische Kooperation auf europäischer Ebene. Das Weissbuch wurde nach einer zweijährigen Konsultation der Zivilgesellschaft, also der Jugendlichen und ihrer Verbände, der nationalen Jugendadministrationen, der Jugendforscher etc im November 2001 von

1) Für den Inhalt dieses Beitrags ist allein der Autor verantwortlich. Der Beitrag bindet weder die europäische Kommission noch die von ihr abhängigen Dienste.

der Kommission vorgelegt und war in der Folge Gegenstand einer Ratsentschließung der europäischen Jugendminister, in der die von der Kommission vorgeschlagenen thematischen Prioritäten und auch die Arbeitsmethoden bestätigt wurden.

Das Weissbuch identifiziert einige zentrale Herausforderungen angesichts der aktuellen demographischen Entwicklungen, der sich ändernden Lebensbedingungen junger Menschen, der notwendigen Einbeziehung der Jugendlichen in das öffentliche Leben, der europäischen Integration und der gleichzeitigen Globalisierung.

Es identifiziert als prioritäre Themen im Jugendbereich Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und ein besseres Verständnis von und über Jugend. Als politische Querschnittsbereiche werden vor allem Beschäftigung, Bildung, soziale Eingliederung, Autonomie und der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit genannt.

Als Arbeitsmethode schlägt das Weissbuch für die spezifischen Jugendthemen die offene Methode der Koordinierung vor, während die politischen Querschnittsbereiche aufgefordert sind, Jugendbelange besser zu berücksichtigen.

Die offene Methode der Koordinierung im Jugendbereich setzt auf partizipatorische, auf Dialog zwischen allen beteiligten Akteuren ausgerichtete Strategien unter besonderer Einbeziehung der Jugendlichen in allen Phasen. Dieses Verfahren führt zu gemeinsam vereinbarten Zielsetzungen in den vier prioritären Bereichen, zu Mechanismen der Berichterstattung durch die Mitgliedstaaten, zu Monitoring-Verfahren und einer Analyse in Bezug auf die Zielerreichung.

In den politischen Querschnittsbereichen, in denen Jugendbelange besser berücksichtigt werden sollen, wird im Grunde eine Art Einmischungsstrategie verfolgt, die die in diesen Bereichen vereinbarten Arbeitsmethoden zum Ansatzpunkt nimmt, um politische Strategien zu beeinflussen. Grundsätzlich führt dies zu einer Mitgestaltung von Entschlüssen bzw. Mitteilungen des Rates, aber auch ganz konkret von jeweiligen Aktionsplänen, z.B. im Bereich des lebenslangen Lernens, der Beschäftigung, der sozialen Eingliederung und des Anti-Rassismus.

2. Bündelung der Schlussfolgerungen der Konferenz zu fünf wesentlichen Strängen und ihre Anknüpfungspunkte zum Weissbuch Jugend.

Mit Blick auf die politischen Schwerpunktsetzungen, wie sie im Vorhergehenden geschildert wurden, will ich fünf Bereiche herausstellen, die einige Analogien zwischen den politischen Prozessen auf europäischer Ebene und den Schlussfolgerungen dieser Konferenz nahe legen: a) die Analyse, b) die Konsequenzen aus der Analyse, c) die identifizierten Ziele, d) die daraus abgeleiteten Handlungsstrategien und e) die Akteure. Hinzu kommen natürlich noch einige konkrete Anknüpfungspunkte, die aus den Ergebnissen der Panels ableiten lassen

a) Die Analyse

In den Schlussfolgerungen kommt man zu dem Befund, dass der Lissabon-Prozess für die Jugendlichen Chancen und Risiken bietet: dem verbesserten Zugang zu Bildung und zu mehr und besserer Arbeit im Rahmen einer prosperierenden Wirtschaft für einen großen Teil der Jugendlichen steht die Gefahr der Ausgrenzung und sozialen Benachteiligung, dem Ausschluss von Arbeit und Ausbildung sowie der fehlenden Teilhabe und der politischen Abstinenz für eine andere Gruppe von Jugendlichen gegenüber.

Das Weissbuch Jugend betrachtet als zentrale Herausforderungen unserer Gesellschaften

- die demographische Entwicklung, inklusive aller Begleiterscheinungen hinsichtlich Jobs, Bildung, Migration, Verhältnis der Generationen zueinander etc.
- die veränderten soziologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen, in denen Jugendliche leben und
- die Notwendigkeit der Einbeziehung der Jugendlichen in das öffentliche Leben, bzw. deren Distanz und Abstinenz gegenüber den institutionellen Strukturen, der europäischen Integration.

Auch das Weissbuch sieht dabei eine Gefahr der Scherenentwicklung, indem sich für einen bestimmten Teil der Jugendlichen die Möglichkeiten und Chancen verbessern und für einen anderen Teil dauerhafte Ausgrenzung droht.

b) Konsequenzen aus diesem Befund

Die Schlussfolgerungen schlagen vor, über Vergleiche, Analysen, den Austausch guter Praxis usw. hinauszugehen und Veränderungen anzustreben, sowie notwendige Prozesse in Gang zu setzen, dies explizit durch die Initiierung des Berlin-Prozesses.

Der Weißbuch-Prozess sieht vor, über „Gut-

Wetter-Reden“ und einen Best-Practice-Austausch hinauszugehen und – zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union - die politische Kooperation im Jugendbereich zu verstärken und zu konkreten Zielvereinbarungen zu kommen, die durch die Anwendung der offenen Methode der Koordinierung im Jugendbereich umgesetzt werden sollen. Dabei wird die Anpassung der Methode an den Jugendbereich als kooperativer Prozess festgeschrieben, der durch die Verwirklichung von gemeinsam vereinbarten Zielsetzungen auf Veränderungen abzielt. Unterstützt wird dieses Verfahren durch ein Begleitsystem der Steuerung, des Monitoring und der Berichterstattung unter weitestgehender Beteiligung aller Akteure und eines regelmäßigen Dialogs.

c) Ziele

In den Schlussfolgerungen lesen sich die Zielsetzungen wie folgt: sozialer Zusammenhalt, Teilhabe, verbesserte Zugänge, Förderung persönlicher Entwicklungen und der Zivilgesellschaft, Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit.

Die wesentlichen Botschaften des Weißbuches sind

- eine verstärkte Einbindung der Jugendlichen als aktive Staatsbürger zur Verbesserung ihrer Teilhabe, zur Erleichterung ihres Zugangs zu relevanten Diensten und Angeboten, zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- eine Ausdehnung und Zulassung von Experimentierfeldern mittels Anerkennung von Engagement und Freiwilligenarbeit
- Förderung der Unabhängigkeit der Jugendlichen durch erleichterten Zugang zu Bildung und Beschäftigung und durch größeren sozialen Zusammenhalt und Teilhabe.

d) Handlungsstrategien und Konzepte

Die Schlussfolgerungen schlagen integrierte Strategien und eine Ko-Produktion aller Ebenen, aller Akteure und in diversen Handlungsfeldern vor. Sie sprechen von ‚good governance‘ zur Steuerung und Koordinierung sowie von einem strukturierten Dialog, verbesserter Kooperation, strategischen Netzwerken und einem kooperativen ‚policy-mix‘, von Lernen – Praktizieren – Verändern.

Das Weißbuch führt als konkrete Handlungsstrategie das Prinzip des ‚good governance‘ ein. Dieses Prinzip kennt fünf Grundprinzipien, wie:

- Offenheit, die vor allem im Rahmen einer Informations- und Kommunikationsstrategie hergestellt werden soll
- Partizipation, welche vorrangig eine Konsultation und Einbeziehung der beteiligten Akteure vorsieht

- Verantwortlichkeit, was auf europäischer Ebene insbesondere eine strukturierte Form der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Europäischer Union bedeutet
- Effektivität, in deren Rahmen Jugend nicht als Problem, sondern als Ressource, auch bei der Problemlösung gesehen wird
- Kohärenz, was eine verstärkte Koordination der Politiken und der verschiedenen betroffenen Ebenen bedeutet.

Wie bereits aufgezeigt, ist der strukturierte Dialog, wie er in den Schlussfolgerungen gefordert wird, essentieller und integraler Bestandteil der offenen Methode der Koordinierung und der Umsetzung des gesamten Weißbuch-Prozesses. Und nicht zuletzt entspricht das Prinzip des ‚policy-mix‘ weitestgehend der Strategie der stärkeren Berücksichtigung von Jugendthemen in anderen relevanten Politikbereichen.

e) Akteure

Die Schlussfolgerungen schlagen einen Dialog aller möglichen Akteure vor, allen voran die „Betroffenen“, also die Jugendlichen selbst, aber auch die Forscher, die Praktiker, die Politiker, die Lehrenden und Multiplikatoren.

Das Weissbuch spricht von der Herstellung von Netzwerken und einem strukturierten Dialog, in deren Rahmen alle relevanten Akteure zusammenkommen. Dabei spielen seit Beginn des Weißbuch-Prozesses Konsultationen auf allen Ebenen eine zentrale Rolle; sie werden im Rahmen der jeweiligen Ratspräsidentenschaften kontinuierlich fortgesetzt und finden sich auch in dem Kommissionsvorschlag wieder, zukünftig so genannte Etats Généraux, auf deutsch eine Art Generalbestandsaufnahme mit allen beteiligten Akteuren zu organisieren.

Panels

Mit Blick auf die Ergebnisse der vier Panels und den politischen Prioritäten und Aktivitäten auf europäischer Ebene will ich folgende Aspekte nur stichwortartig hervorheben, ohne auf die jeweiligen politischen Initiativen im Detail einzugehen:

- Panel 1 (Bildung) spricht von erleichtertem Zugang zu und der Partizipation in allen Bildungsangeboten; es spricht von Vernetzung der Bildungsangebote, der Gewährung zweiter Chancen für Bildungsabbrecher und –verweigerer und erhöhten Investitionen in die Bildung gerade für benachteiligte Gruppen. All diese Themen spielen auch in den Strategien zum lebenslangen Lernen und im Weissbuch Jugend eine herausragende Rolle.
- Panel 2 (Migration) betrachtet Integration als Ressource und fordert ein komplexes

Verständnis von Integration und Migration sowie eine Politik der Anti-Diskriminierung. Hierzu sind ein interkultureller Austausch und Kooperationsverbände notwendig. Ein Blick auf die Anti-Diskriminierungspolitik der Union und die Folgerungen des Weißbuchs zu diesen Politikbereichen zeigt ebenfalls ein hohes Maß an Überlappungen.

- Panel 3 (Steuerung) hebt die Bedeutung von Steuerung und Monitoring durch Verträge und Vereinbarungen hervor, sowie von wissenschaftlich fundierten Entscheidungen. Offene lokale Netzwerke und Kommunikationsstrategien und dynamische Kreisläufe sind ebenso unabdingbar wie die intelligente Nutzung verschiedener Fördermittel, vor allem auch der EU-Fonds. Diese Schwerpunkte entsprechen genau den methodischen Vorstellungen in Bezug auf eine verbesserte Kooperation im Jugendbereich auf europäischer Ebene.
- Panel 4 (Zivilgesellschaft / Partizipation) unterstreicht die Notwendigkeit vielfältiger Verständnisse von Partizipation und die Realisierung unterschiedlicher, vor allem auch altersgerechter Teiligungsprojekte, dies gerade für Jugendliche mit geringeren Chancen. Partizipation muss darüber hinaus erlernt und eingeübt werden und hierzu gehört auch die Zurverfügungstellung finanzieller Ressourcen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist eines der zentralen, wenn nicht das zentrale Anliegen des Weißbuches Jugend, wodurch verstärkte Beteiligung der Jugendlichen und freiwilliges Engagement eine ganz besondere Bedeutung erhalten.

Schlussbemerkung

Die Initiierung eines „Berlin-Prozesses – Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ steht in einer besonderen Tradition, betrachtet man andere Prozesse, die auf europäischer Ebene in der Vergangenheit initiiert wurden und einen entsprechenden Stellenwert für ihr jeweiliges Politikfeld erhalten haben.

- Die Lissabon-Strategie selbst ist ihrem Charakter nach als Prozess zu verstehen, der über einen 10-Jahreszeitraum (2000-2010) in einer Reihe von Politikfeldern zu Verbesserungen in der Leistungsfähigkeit und in den Ergebnissen führen soll. Hierzu sind entsprechende Benchmarks festgelegt worden. Der Prozess und die Zielerreichung werden von Seiten der Staats- und Regierungschefs in ihren regelmäßigen Frühjahrstreffen aufmerksam analysiert und begleitet, nötigenfalls werden neue Zielvereinbarungen und Initiativen vereinbart.

- Im Rahmen des Bologna-Prozesses haben sich die Bildungsminister in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, bis zum Jahr 2010 einen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Angestrebt werden mehr Vergleichbarkeit und Kompatibilität der Hochschulsysteme. Die unterschiedlichen nationalen Systeme sollen transparenter gestaltet werden, indem ein gemeinsamer Rahmen geschaffen wird, der auf drei Studienphasen (Bachelor, Master und Promotion) aufbaut.

- Auch im Rahmen des Brügge / Kopenhagen-Prozesses haben sich die für Berufsbildung zuständigen Minister mit der Kommission und den Sozialpartnern auf eine verstärkte Kooperation im Berufsbildungsbereich verständigt, um das Leistungsvermögen, die Qualität und die Attraktivität der Berufsbildung zu erhöhen. Auch hier geht es um mehr Vergleichbarkeit, Kompatibilität und Transparenz.

- Schließlich ist der Weißbuch-Jugend-Prozess ein weiteres Beispiel auf europäischer Ebene dafür, welche Bedeutung die Initiierung von politischen Prozessen erhalten kann, falls sie zu konkreten Ergebnissen, Zielsetzungen und Vereinbarungen führen.

Der unlängst von den vier Staats- und Regierungschefs Schröder, Chirac, Persson und Zapatero vorgeschlagene Europäische Pakt für die Jugend weist ebenfalls in diese Richtung und wird sicher dem Weißbuch-Prozess, insbesondere den hier identifizierten politischen Querschnittsbereichen auf europäischer Ebene neuen Schwung verleihen.

Die Jugendminister in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union könnten den Pakt ebenfalls zum Anlass nehmen, die Initiative zu ergreifen, um eine bessere Koordinierung der für Jugendfragen relevanten Politikbereiche zu ermöglichen. Schließlich betrifft dies selbstverständlich auch die regionale und die lokale Ebene, die ja eine hervorragende Rolle in der Jugendpolitik innehaben. Der Pakt sollte zu einem ganzheitlicheren Arbeitsansatz unter Berücksichtigung aller Politikbereiche, aller Ebenen und aller Akteure, insbesondere der Jugendlichen selbst, führen, also einem Pakt mit und für Jugendliche.

Wir bewegen und dabei auf einem sicheren Grund: auch die neue Europäische Verfassung, die ja grundsätzlich das Prinzip der partizipativen Demokratie einführt, sieht in einem die Jugendlichen betreffenden Artikel vor, „die Partizipation junger Menschen am demokratischen Leben in Europa“ zu fördern.

Dies alles scheint mir ganz im Sinne des angeregten Berlin-Prozesses, der sozialen Ko-Produktion und den Schlussfolgerungen und Anliegen dieser Konferenz zu stehen.

Panel I: Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung (formal, informell, non-formal) in benachteiligten Stadtgebieten

Präsentationen

1. Annette Berg, Monheim am Rhein, Deutschland
2. Prof. Dr. Nazmi Oruç, Eskisehir, Türkei
3. Anikó Molitorisz, Budapest, Ungarn
4. Andrea Neutsch, Stralsund, Deutschland

Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion

Die im Panel I vorgestellten Projektpräsentationen aus Ungarn, der Türkei und aus Deutschland zum Thema „Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung (formal, informell, non-formal) in benachteiligten Stadtgebieten“ fokussierten auf den Zusammenhang von Armut, sozialer Benachteiligung sowie Bildungsbenachteiligung und stellten die Schaffung von Bildungsvoraussetzungen an die erste Stelle zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen.

Der Zugang zu Bildung wurde als das zentrale Element der Teilhabe und Chancengerechtigkeit sowie der Geschlechtergerechtigkeit beschrieben. Die vorgestellten Strategien und Ansätze stellten dabei besonders ressourcenorientiertes lokales Handeln, lokale Zentren, lokales Lernen und den Aufbau einer lokalen „Präventionskette“ aller Akteure im Stadtteil heraus. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Panels appellierten dabei besonders daran, die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung möglichst früh für alle Kinder zu gewährleisten. Die Vernetzung von Angeboten wie z.B. der Frühkindförderung, Familienberatung, Bildungsangebote, Sprachförderung, Gesundheitsförderung und die Vernetzung von Institutionen im Stadtteil, z.B. Schulen, Kindertagesstätten, Volkshochschulen, Jugendeinrichtungen, soziale Dienste u.a. wurde in diesem Sinne als Erfolg versprechende Strategie der Vermittlung der Lebenskompetenz benachteiligter Kinder und Jugendlicher beschrieben.

Gefordert wurden die Verstärkung der Qualifizierung von Akteuren, Multiplikatoren und Professionen (z.B. Erzieher/innen als Erziehungsberater/innen) sowie die Anpassung von Rahmenbedingungen für Bildung und Aus-

bildung und die Förderung sozialräumlicher Bündnisse mit Wirtschaft und gemeinnützigem Sektor. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden. Sozialpädagogische und schulpädagogische Bildungssysteme sollten neu gedacht und z.B. auch mit Angeboten der Erwachsenenpädagogik, der kulturellen und politischen Bildung zusammen gebracht werden.

Bildungssysteme und die Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sicher gestellt werden können, sollten, so die Teilnehmer/innen des Panel I, allen relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc.

Ergebnisse für die Gemeinsame Erklärung

1. Der Zugang zu Bildung ist eine öffentliche Aufgabe sowie das zentrale Element der Teilhabe, Chancengerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit und muss jedem Kind und jedem Jugendlichen möglichst früh zur Verfügung stehen.

2. Ein erfolgreicher Ko-produktionsprozess integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen setzt die unabdingbare Investition in Humankapital und in menschliche Ressourcen voraus.

3. Die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung muss möglichst früh für alle Kinder gewährleistet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz empfehlen den Aufbau von lokalen, im Sozialraum organisierten, vernetzten und präventiven Angeboten.

4. Übergänge in den Bildungs- und Erziehungsangeboten müssen besonders gestaltet werden, Erreichbarkeit der einzelnen Angebote sollte gesichert sein und der „Gesamtbauplan“ der Angebote für alle Betroffenen transparent sein.

5. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden.

6. Eine zweite Chance bei Bildung und Ausbildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche liegt im Interesse der europäischen Gesellschaften und ist eine öffentliche Aufgabe.

7. Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sichergestellt werden kann, müssen bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc. Alle Bildungssysteme müssen neu gedacht und zusammen gebracht werden.

Panel II: Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe

Präsentationen

1. Khédidja Boucart, Paris, Frankreich
2. Christian Meineke, Marburg, Deutschland
3. Miriam Traversi, Bologna, Italien

Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion

Fragen der Integration stellen für fast alle europäischen Staaten eine der größten gegenwärtigen Herausforderungen dar, auch weil die Fragen der Integration von Zugewanderten verwoben und verzahnt sind mit sozialen und ökonomischen Problemlagen. Fast alle europäischen Staaten, die „alten“ Einwanderungsländer, aber auch die „neuen“ Einwanderungsländer und ehemaligen „Auswanderungsländer“ wie Spanien und Italien, sind mit Fragen der Integration konfrontiert. Da Zuwanderung und Integration im wesentlichen ein urbanes Phänomen darstellen und innerhalb der Städte besonders bestimmte Stadtgebiete und Bezirke betroffen sind, standen kommunale Integrationsstrategien im Mittelpunkt dieses Panels. Der Titel dieses Panels wurde anspruchsvoll gewählt und beschreibt vor allem auch für deutsche Kommunen noch längst keine Realität, sondern thematisiert eine Zukunftsaufgabe. In diesem Panel wurden drei kommunale Integrationsstrategien vorgestellt durch Frau Bourcart aus Paris, durch Herrn Meineke aus Marburg und durch Frau Traversi aus Bologna. Als Grundvoraussetzung ist aber anzumerken, dass kommunale Integrationspolitiken in enger Beziehung stehen zu nationalen Integrationspolitiken und -traditionen, bzw. nationale Integrationspolitiken und -traditionen direkte Rückwirkungen auf die Ausrichtung kommunaler Strategien haben und bei der Suche nach Gemeinsamkeiten und Möglichkeiten des gegenseitigen Lernens dieses Faktum grundsätzlich mit zu bedenken ist.

Im ersten Beitrag wurden Pariser Integrationsstrategien vorgestellt, die an zwei Voraussetzungen gebunden sind: In Paris gibt es auf der lokalen Ebene keine Zuständigkeit für Integrationspolitik. Zudem gibt es zwar Statistiken, in denen „Ausländer“ ausgewiesen sind, aber es gibt keine Statistiken, die Jugendliche mit Migrationshintergrund erfassen. Programme und Maßnahmen werden deshalb gebietsorientiert aufgelegt und richten sich an alle Ju-

gendlichen in den Quartieren. Die gebietsorientierten Fördermaßnahmen sind vielfältig, aber nicht zielgruppenspezifisch. Aufgrund dieses Ansatzes, der die nationalstaatliche Integrationspolitik widerspiegelt, wird eine Stigmatisierung als „Ausländer“ vermieden, was als Konsequenz aber eine Stigmatisierung von Quartieren zur Folge hat, die vorrangig von sozial schwachen ethnischen Minderheiten bevölkert sind. Als wesentlich für die Pariser Integrationspolitik wurde beschrieben, Integrationsfragen, die Jugendliche im Blick haben, komplex zu betrachten und die Eltern und das soziale Umfeld mit einzubeziehen und jede Form der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft zu bekämpfen.

Im zweiten Beitrag wurden Ansätze der Marburger Integrationspolitik präsentiert, die in Marburg vorrangig im Blick auf den Bezirk Richtsberg ausgerichtet sind, eine städtische Hochhaussiedlung, in der Migranten/innen überproportional vertreten sind. Dieser Stadtteil nimmt nicht nur die meisten Zugewanderten verschiedenster Ethnien auf, er nimmt auch eine wichtige kommunale Brückenfunktion für neu zugewanderte Personen ein und ist, anders als das in bundesdeutschen Großstädten der Fall ist, nicht als segregierter Stadtteil zu beschreiben. Die Stadt Marburg übernimmt im Rahmen ihrer Integrationspolitik eine wichtige Unterstützungsfunktion, indem sie Prozesse der Selbstorganisation unterstützt und hierfür u.a. Gelder zur Verfügung stellt. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt auf stadtteilorientierten Integrationsstrategien und auf der Herstellung einer interkulturellen Gemeinwesenarbeit, die Verstehensprozesse zwischen den unterschiedlichen Ethnien forciert und an der Förderung einer Kommunikationskultur zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Quartier interessiert ist.

Im dritten Beitrag wurden Strategien der Integration in Bologna vorgestellt. Bologna hat sich in den letzten Jahren zu einer Stadt mit einem zunehmenden Anteil von Zugewanderten entwickelt. Dies ist aufgrund der italienischen Auswanderungstradition von „Gastarbeitern“ nach Nordeuropa im Zuge der Anwerbung von Arbeitskräften eine neue kommunale Erfahrung. In Bologna gibt es eine gewachsene Kooperationskultur zwischen den Behörden, den NGOs und Akteuren der Zivilgesellschaft. Außerdem wurden im Rahmen eines Territorialplans die Stadtgebiete und ihre Handlungsfelder „dezentralisiert“. Beides wird als Voraussetzung gewertet, eine stadtteilbezogene Integrationspolitik auf den Weg zu bringen. Zur Zeit wird in Bologna im Rahmen einer Strategie der „Interkulturellen Bildung“ vor allem darauf Wert gelegt, interkulturelle Ansätze in

der Bildung und hier vorrangig in der Schule durch interkulturelles Training, Überarbeitung der Schuldidaktik und neue Unterrichtskonzeptionen umzusetzen.

Nach einer gemeinsamen und kommunal übergreifenden Diskussion über die Begrifflichkeiten und das Verständnis von Integration und Integrationsmanagement und der einschränkenden Feststellung, dass Integrationspolitik nicht primär in die kommunalen Zuständigkeiten fällt, sondern die Ebene des Staates bzw. der Länder berührt und deshalb die Kommunen hier nur über begrenzte Möglichkeiten verfügen, wurden folgende gemeinsame Schlussfolgerungen festgehalten:

Ergebnisse für die Gemeinsame Erklärung

1. Bei Fragen der Integration ist nicht nur auf die vermeintlichen Defizite der zugewanderten Menschen zu schauen, sondern Integration ist als gesellschaftlicher Reichtum zu werten und die Ressourcen, die Menschen mitbringen, in den Blick zu bekommen.

2. Wenn von Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher gesprochen wird, sollte dies nicht reduziert geschehen, sondern die Eltern, die Herkunft und Lebensgeschichte der Zugewanderten mit betrachtet werden, weil nur ein komplexes Verständnis von Integration, Integration auch ermöglicht.

3. Der Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind zunächst als Individuen mit eigenen, unterschiedlichen Lebenswegen und Lebenssituationen zu betrachten.

4. Wichtig ist die Initiierung eines interkulturellen Austauschs. Dieser kann sich in erster Linie auf die Anerkennung von Differenzen und die Etablierung von (ethnischer) Vielfalt beziehen, aber auch auf Ansätze, die die Anerkennung von Differenzen mit der Suche nach Gemeinsamkeiten verbinden.

5. Um die Fragen der Integration in der Kommune zu lösen, sind Kooperationsverbünde zwischen Verwaltung, NGOs und Akteuren der Zivilgesellschaft von Nöten.

6. Integrationspolitiken verlangen eine Neugestaltung des Denkens. Die handelnden Akteure müssen ihre Haltungen und Sichtweisen überprüfen, denn diese haben Rückwirkungen auf Konzepte und deren praktische Umsetzung. Strategien der Integration verlangen eine (selbst)reflexive Auseinandersetzung in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgabenstellungen.

7. Damit eine Integrationspolitik nicht nur „für“ die Zugewanderte umgesetzt wird, sondern sich interkulturell definieren kann, sind

besonders auf Stadtelebene Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren zu organisieren.

8. Ein Austausch im Rahmen des angestoßenen Prozesses zwischen Verwaltung, Regionen, Stadtteilen und Gemeinden über Fragen der Integration wird benötigt und der angestoßene „Berlin-Prozess“ sollte einen solchen Austausch unterstützen.

Panel III: Steuerungsstrategien und lokale soziale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtgebieten

Präsentationen

1. Lykke Leonardsen
City of Kopenhagen, Dänemark
2. Hermann Dorenburg
Stadt Offenbach, Bundesrepublik Deutschland
3. Mieke Vergeer / Michèle Hering
City of Amsterdam, Niederlande
4. Ursula Schenck,
Stadt Mannheim, Bundesrepublik Deutschland
5. Dr. Siegfried Haller,
Stadt Leipzig, Bundesrepublik Deutschland

Die Entwicklung und Verankerung administrativen Handelns auf lokaler Ebene, die lokale Steuerung von Prozessen in Richtung konzentrierten und integrierten Lösens von Schwerpunktaufgaben in benachteiligten Stadtteilen ist ein in allen europäischen Staaten aktuelles Problem. Es stellen sich hier Fragen wie:

- Wie werden die kommunalen und überregionalen politischen Entscheidungsstrukturen in lokale Entwicklungskonzepte einbezogen bzw. welche politischen Strukturen scheinen besonders geeignet, lokale Handlungsstrategien zu befördern?
- Wie erfolgt eine effektive Koordination zwischen den politischen und administrativen Ebenen und zuständigen Behörden?
- Welche zugewiesenen oder selbstgewählten Zuständigkeiten für das Entwickeln und Umsetzen lokaler Aktionen gibt es?
- Wie werden Ressourcen unterschiedlicher Akteure und Institutionen zusammengeführt und gemeinsam zur Lösung von Aufgaben eingesetzt?
- Auf welche Art und Weise werden integrierte Strategien und lokale Handlungspläne durch Monitoring und Evaluation begleitet und bewertet?

Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion

Der Workshop stellte Erfahrungen mit lokalen Steuerungsstrategien aus drei europäischen Ländern dar und diskutierte gemeinsame Eckpunkte einer ressortübergreifenden kommunalen und staatlichen Politik der Stadtteilentwicklung sowie Vorgehensweisen der administrativen Steuerung der Koproduktion

zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen.

Kopenhagen entwickelte aus einem drohenden kommunalen Bankrott neue Perspektiven, die beinhalteten, Anstrengungen und Ressourcen dort zu konzentrieren und zusammen zu führen, wo die schwierigsten Entwicklungsprobleme in den Stadtteilen auftraten (Programm „Kvarterløft“). In den Stadtteilen wurden Entwicklungspläne mit einer 7-jährigen Laufzeit entwickelt und Stadtteilsekretariate in den Quartieren eingerichtet, die die Koordination, Umsetzung und Evaluation dieser Pläne übernahmen. Die Kommune schließt mit den Stadtteilen Verträge über Zuweisungen ab. Die so gebundenen Mittel (die aus den ehemaligen Ressorthaushalten verschiedener Fachbehörden stammen) sind an die Umsetzung eines lokalen Entwicklungsplanes gebunden. Jugendliche und ihre lokal, ethnisch und kulturell besonderen Bewältigungsstrategien und Unterstützungsbedarfe gerieten zunehmend in das Zentrum der Aufmerksamkeit der lokalen Aktivitäten und wurden so zum Gegenstand der in verschiedenen Problembereichen agierenden Arbeitsgemeinschaften. Das lokale Vorgehen wird durch eine Lenkungsgruppe gesteuert. Mitglieder sind sowohl Vertreter/innen staatlicher Institutionen als auch lokale Akteure und Bürger/innen.

Mit dem Programm „Ctc – Communities that care“ setzt Amsterdam ein präventives Vorgehen auf konsequent wissenschaftlicher Basis um. Grundlage für die Ermittlung benachteiligender Faktoren im Stadtteil bildete eine umfassende Befragung aller Schüler des Stadtteils. Die so ermittelten Bedarfe wurden einer Reduktion unterzogen und einige wichtige Entwicklungsziele im Stadtteil abgeleitet. Innerhalb des Stadtteils wurden nun Kriterien für das Ermitteln des Grades der Zielerreichung definiert (Wirksamkeitskriterien) und hiernach Projekte zur Umsetzung ausgewählt. Die Ergebnisse der Projekte werden mit Hilfe dieser Kriterien konsequent evaluiert.

In den Mannheimer Stadtteilen des Programms „Die soziale Stadt“ gelang es, über die systematische Koordination und Abstimmung (Aufeinanderfolge) von lokal verankerten Projekten sozialräumliche Entwicklungsprozesse nachhaltig anzuregen. Voraussetzung hierfür war: die Konzentration auf ausgewählte Ziele (Entwicklung von Toleranz und Demokratie, Berufliche Förderung und Qualifikation), das ressortübergreifende, auf den Stadtteil bezogene Agieren sowie die intensive Beteiligung von lokalen Akteuren und Bürger/innen. So gelang es, im Stadtteil für unterschiedliche Gruppen und über den Projektzeitraum hinaus wirkende Vorhaben zu etablieren und die positive Erfah-

rung mit der Steuerung sozialer Koproduktion im Stadtteil zu verankern. Strategisch wird dieser Prozess über ein Ämternetzwerk gesteuert, die Ausrichtung erfolgt über ein partizipatives lokales Entwicklungskonzept und die operative Umsetzung und Steuerung erfolgt durch vernetzte Projektgruppen.

Offensive Beteiligung und integrierte Stadtteilentwicklungskonzepte versucht das Leipziger Jugendamt durch die administrative Neustrukturierung von Stadtteiljugendämtern zu unterstützen. Die erste Aufgabe der Stadtteiljugendämter besteht in einer offensiven Beteiligung der im Stadtteil lebenden jungen Menschen an der Entwicklung des Stadtteils und der Entscheidung über die Gestaltung lokaler Maßnahmen. Hierzu ist das Jugendamt in offene Netzwerke eingebunden bzw. initiiert und koordiniert diese. Schnittstellen zwischen den Ressorts werden aufgegriffen, um Ressourcen an der Basis im Stadtteil zu binden und lokale Aktionsvorhaben kooperativ umzusetzen.

Die kommunale Region „Östliche Innenstadt“ in Offenbach bedurfte der Entwicklung der Bildungsinfrastruktur, der Arbeitsmarktpolitik, der weichen Standortfaktoren und der Integrationsanstrengungen für Bürger/innen mit Migrationshintergrund. Hierfür wurde das Leitbild „Entwicklung einer Bildungsregion“ gefunden. Das Jugendamt stellt für die Umsetzung eine Koordinationsstelle im Stadtteil und übernahm die Gesamtverantwortung für die Entwicklungsaufgaben. Ansatzpunkt hierbei war das ESF-Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke – LOS“. Zur Programmsteuerung wurden ein Begleitsausschuss und eine Lenkungsgruppe installiert. Diese entscheiden gemeinsam über die Förderung von Mikroprojekten vor Ort. Über die Fortsetzung bzw. Anschlussvorhaben in zwei Förderperioden wird versucht, Projekte nachhaltig zu etablieren. Wichtige Kriterien der Nachhaltigkeit: die Wiederverwendung von Ressourcen und die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern zur Mitarbeit.

Ergebnisse für die Gemeinsame Erklärung

1. Lokale Steuerung sozialer Stadtteilentwicklungsprozesse ist eine nur langfristig zu lösende Aufgabe der Verwaltungsreform der Kommunen. Grundlage für ein mittel- und langfristiges verlässliches Arbeiten in benachteiligten Stadtteilen sollten Verträge oder längerfristige Zusagen über die Finanzierung lokaler Entwicklungsvorhaben zwischen Kommune und staatlichen Institutionen (Regierung) bilden. Nur verbindliche Vereinbarungen können langfristig nachhaltige Entwicklungsvorhaben absichern.

2. Für die Gestaltung stadtteilbezogener (lokaler) Konzepte ist das Zusammenführen von Ressourcen unterschiedlicher Fachressorts zu Budgets und das Entwickeln neuer Steuerungsinstrumentarien auf lokaler Ebene unverzichtbar.

3. Wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Erhebungen der Wirksamkeitsforschung sollen die Basis für Entscheidung über Strategien und Programme sein. Beispiele guter Praxis erfüllen die Kriterien der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit des Ressourceneinsatzes.

4. Lokale Netzwerke müssen offen für alle Akteure und deren Vorschläge gestaltet werden.

5. Ein strategischer dynamischer Steuerungskreislauf ermöglicht eine permanente Anpassung der Stadtteilarbeit an die veränderten Handlungsbedingungen.

6. Aktive und offene Kommunikationsstrategien sollen Steuerungsinstrumente und Koordination ergänzen.

7. Projekte und Vorhaben im Stadtteil müssen sich künftig an der Umsteuerung der EU-Förderung von Strukturfonds hin zu integrierten Strategien als Mainstream der europäischen Sozial- und Jugendförderung orientieren.

Panel IV: Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

Präsentationen

1. Lasse Siurala, City of Helsinki, Finnland
2. Vera Bethge / Claudia Krause, Berlin Neukölln, Bundesrepublik Deutschland
3. Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Bundesrepublik Deutschland
4. Hans-Joachim Schild, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur, Brüssel, Belgien

Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion

Dieses Panel beschäftigte sich zum einen mit verschiedenen europäischen Strategien, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation im Blick haben und zum anderen wurde die Thematik aus dem Blickwinkel lokaler, kommunaler und europäischer Strategien betrachtet.

So stellten Lasse Siurala aus der finnischen Hauptstadt Helsinki und Bernd Kammerer aus der deutschen Stadt Nürnberg kommunale Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft vor. Vera Bethge und Claudia Krause beschrieben zwei lokale Projekte, die im Berliner Bezirk Neukölln (Bundesrepublik Deutschland) durchgeführt wurden. Hans-Joachim Schild von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur gab einen Überblick über die Strategien der Europäischen Union insbesondere im Hinblick auf Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen.

In der Diskussion wurde deutlich, dass eine Verzahnung von lokalen, kommunalen, nationalen und europäischen Strukturen notwendig ist, damit Kinder, Jugendliche und ihre Familien die Möglichkeiten zur umfassenden Partizipation in den demokratischen Strukturen erhalten. Dabei ist insbesondere die lokale Ebene der wichtigste Ansatzpunkt für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Damit diese jungen Menschen erreicht werden können, damit diese ihre Möglichkeiten kennen lernen, ist es notwendig, innovative Ideen und Angebote zu entwickeln, um sie anzusprechen und in demokratische Prozesse einzubinden.

Partizipation muss sich dabei verschiedener Strategien bedienen. So müssen sowohl Top-down als auch Bottom-up-Strategien implementiert werden, damit sich partizipative Prozesse umfassend entwickeln und nachhaltig etablieren können und die Voraussetzungen für

eine aktive Staatsbürgerschaft gegeben sind.

Die lokale Ebene hat eine besondere Bedeutung, wenn es darum geht, benachteiligte Kinder und Jugendliche zu erreichen. So ist es notwendig, dass Jugend- und Sozialarbeiter/innen kontinuierlich in diesen Gebieten wirken können, damit ein Klima des Vertrauens entstehen kann. Diese jungen Menschen im Rahmen ihrer Lebenswelten zu aktivieren, ist der erste Schritt für Partizipation. Die Beispiele aus Berlin-Neukölln – eine Jugendstraße, die verschiedene Angebote für Kinder und Jugendliche entwickelt hat und ein Kiez-Café, das aus einem Sommeraktionsprogramm entstanden ist und nun genau an den Bedarfen der Bewohner/innen ansetzt – sind hervorragende Beispiele für eine lokale Aktivierung, die zu nachhaltigen Beteiligungsmöglichkeiten führt. Um diese Prozesse fortwährend unterstützen und begleiten zu können, bedarf es hauptamtlicher Mitarbeiter/innen, die dafür kompetent sind.

Die städtischen Strategien aus Helsinki und Nürnberg setzen an bereits vorhandenen Strukturen an. In Helsinki wird eng mit Schulen und auch Jugendzentren zusammengearbeitet. Über diese Strukturen haben sich beispielsweise regionale Jugendräte etabliert, die in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden sind. Bei der Betrachtung der Gruppe benachteiligter Kinder und Jugendlicher fiel auf, dass sich auch gerade die Zielgruppe der Schulverweiger/innen durch dieses Angebot in den Schulen wieder in den Schulalltag integrieren ließ. Aus Nürnberg wurden neben den partizipativen Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche – Kinderversammlungen, Partizipation in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Partizipation bei der Jugendhilfeplanung – auch das Bündnis für Familie vorgestellt. Es wurde deutlich, dass der Einbezug der Familien eine wichtige Ressource für die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist.

Das Internet bietet auf allen Ebenen (lokal, kommunal, national und europäisch) eine gute Möglichkeit zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Allerdings müssen hier insbesondere auf lokaler Ebene Möglichkeiten vorhanden sein, Zugang zum Internet zu haben und vor allem auch die Nutzung dieses Mediums vertraut sein bzw. vertraut gemacht werden. Die Angebote müssen ansprechend gestaltet sein, qualifiziert betreut werden und den partizipativen Charakter ernst nehmen.

Auf der Ebene der Europäischen Union werden im Rahmen des Programms JUGEND verstärkt Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche geschaffen. In allen Maßnahmen soll diese Zielgruppe integriert werden.

Der Europarat hat das Jahr 2005 zum „Jahr der Staatsbürgerschaft durch Bildung“ erklärt. Damit soll auf die Relevanz von Bildung für die Zivilgesellschaft und für die Qualität der Teilhabe von Bürgern/innen an einer demokratischen Gesellschaft aufmerksam gemacht werden. Festzuhalten ist, dass die europäische Politik derzeit (noch) kein Mandat für familienpolitische Aktivitäten hat. An dieser Stelle sollten Überlegungen erfolgen, damit die politischen Ebenen auch wirklich verzahnt im Sinne einer ganzheitlichen Politik wirken können.

Des Weiteren wurde eine breite Themenpalette diskutiert, die im folgenden kurz umrissen wird:

- Es müssen dauerhafte Strukturen zur Beteiligung etabliert werden.
- Macht und Verantwortung muss Kindern und Jugendlichen zugetraut werden.
- Entscheidungsprozesse müssen partnerschaftlich und miteinander stattfinden.
- Neben Aktivierung und Beteiligung müssen Möglichkeiten geschaffen werden, auch benachteiligte (junge) Menschen in die Prozesse der repräsentativen Demokratie einzubinden.
- Für benachteiligte junge Menschen müssen neben den Bildungsressourcen auch finanzielle Ressourcen bereit gestellt werden, damit eine aktive Mitarbeit erfolgen kann (z.B. Fahrtkosten, Kommunikationskosten).
- Beteiligung lernen bedeutet nicht nur, dass Kinder und Jugendliche hier Angebote benötigen, sondern dass auch die Erwachsenen, die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit, den Schulen, aus der Politik und auch die Eltern lernen, wie Partizipation erfolgreich gestaltet werden kann.
- Das Internet muss verstärkt für demokratische Prozesse genutzt werden. Internetportale von öffentlichen Institutionen müssen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und Beteiligungsmöglichkeiten offerieren und sich auch konsequent in diesen Dialog begeben. Die Angebote müssen Kinder und Jugendliche ansprechen. Darüber hinaus muss gewährleistet sein, dass es eine Vielfalt an Internetportalen gibt, die den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zur Verfügung stehen.
- Informationen müssen sowohl für Kinder und Jugendliche, als auch für die Multiplikatoren/innen leicht zugänglich sein.
- Beteiligung muss auch kreative Methoden nutzen, damit mehr Kinder und Jugendliche angesprochen werden.
- Es müssen win-win-Situationen geschaffen werden.
- Beteiligung muss ganzheitlich betrachtet

werden.

- Erwachsene müssen den Kindern und Jugendlichen auf gleicher Augenhöhe begegnen.
- Die Offenheit und Transparenz der demokratischen Prozesse müssen immer wieder überprüft werden.
- Nichtregierungs-Organisationen (NRO) müssen in diesem Prozess gestärkt werden und es müssen dafür dauerhafte Strukturen vorhanden sein.
- Die Angebote müssen beide Geschlechter ansprechen. So muss auch hier sensibel geschaut werden, wie es gelingt, partizipative Strukturen geschlechtergerecht zu gestalten.
- Alle diese Prozesse brauchen Zeit und sind in ihrem ganzen Umfang nicht kurzfristig zu etablieren.

Schlussfolgerungen der Konferenz:

Zentrale Aspekte, die besonders berücksichtigt und vertieft werden müssen:

In diesem Dokument werden zentrale Themen aufgezeigt, die im Plenum der Konferenz vorgebracht wurden. Darüber hinaus werden sowohl in den Berichten der vier Arbeitsgruppen als auch im Gesamtbericht über die Konferenz die wesentlichen Diskussionspunkte ausführlicher dargelegt, wobei auch die in den Arbeitsgruppen und auf den Plenarsitzungen vorgebrachten widersprüchlichen Auffassungen Berücksichtigung finden.

Die Konferenz regt einen europaweiten Austausch zu der Frage des regionenübergreifenden Lernens an, der unter alternierender Federführung europäischer Länder organisiert werden kann. Die Initiative für einen Austausch hat ihren Ursprung auf der lokalen Ebene. Die Teilnehmer sehen die lokale Ebene im Zentrum aller Bemühungen. Der eingeleitete Austausch soll deshalb den Titel „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ tragen.

1. 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der europäischen Fachkonferenz „Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“ unter Beteiligung von Bürgermeister/innen europäischer Großstädte, Parlamentarier/innen und gewählten Kommunalvertreter/innen, Jugendforscher/innen und Experten/innen der kommunalen Jugendpolitik, Nichtregierungsorganisationen und hier insbesondere Jugendorganisationen, Fachkräften der Jugend- und Sozialarbeit sowie Vertreter/innen deutscher und europäischer Institutionen trafen sich vom 23. bis 25. November 2004 in Berlin, um gemeinsam auf die oft schwierigen Lebensbedingungen junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen aufmerksam zu machen. Initiiert und finanziert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) der Bundesrepublik Deutschland, wurde diese Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarates veranstaltet.

2. In dieser Konferenz werden verschiedene Praxiserfahrungen und Ideen von deutschen und europäischen Kommunen zusammengebracht und anhand konkreter Projektbeispiele diskutiert. Die Konferenz fügt dem europawei-

ten Austausch von integrierten lokalen Politikansätzen eine neue Qualität hinzu, indem sie die europäischen Kommunen als integralen Bestandteil einbezieht. Dies soll eine Anregung dafür sein, Regionen übergreifendes Lernen in Europa zukünftig durch die alternierende Federführung europäischer Länder zu organisieren.

3. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz bringen als Forscher/innen, Praktiker/innen, Lehrende und Ausbilder/innen, Quartiersmanager/innen, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und Politiker/innen ihr Wissen in die Debatte ein. Ihrer besonderen Verantwortung bewusst, hegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Hoffnung, dass die auf der Konferenz diskutierten Inhalte Gegenstand eines breit angelegten Dialogs mit den zuständigen politischen Gremien und Institutionen der lokalen, regionalen und europäischen Gebietskörperschaften sein werden.

4. Europa hält für junge Menschen viele spannende Perspektiven bereit:

Der Lissabon-Prozess hat zum Ziel, dass im Jahr 2010 die Europäische Union die stärkste wissensbasierte Wirtschaft der Welt ist. Es werden grundlegende Investitionen im Bildungsbereich getätigt werden von der frühen Kindheit über die allgemein bildende Schule, weiterführende Schule, Hochschulausbildung, Berufsbildung bis hin zu Lebenslangem Lernen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas werden zu diesem Prozess beitragen, was sich positiv auf die Mobilität junger Menschen in Europa auswirkt.

Vier Staats- und Regierungschefs, Jacques Chirac, Gerhard Schröder, Jose R. Zapatero und Göran Persson, haben in ihrem Brief vom 29. Oktober 2004 an die Niederländische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zu einem Pakt für die Jugend aufgerufen. Sie betonen in ihrem Brief, dass grundlegende Anstrengungen in Bildung und Ausbildung erforderlich sind, um die in Lissabon vereinbarten Ziele zu erreichen. Gleichzeitig unterstreichen sie die besonderen Risiken und die Probleme der Ausgrenzung, denen Jugendliche ausgesetzt sind. Angesichts weiterhin sinkender Geburtenraten fordern sie eine integrierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Welches sind die Schwerpunkte aus der Perspektive lokaler Kinder- und Jugendpolitik in diesem Zusammenhang?

5. Themen sind:

- Der Zugang benachteiligter Jugendlicher zu qualitativ hochwertiger Bildung und Ausbildung ist eingeschränkt und produziert soziale Ausgrenzung.
- Gewalttätiges Verhalten und Auseinandersetzungen in der Schule, am Arbeitsplatz

und in der Familie sowie Diskriminierungen verschiedenster Art (sozioökonomischer Status, Geschlecht, soziale oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung) nehmen zu.

- Soziale Benachteiligung, fehlende Teilhabe führen in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb dominiert, zur sozialen Ausgrenzung und Vereinzelung. Gewinner und Verlierer der Wettbewerbsgesellschaft verlieren Solidarität und Gemeinsinn.
- Bildungs- und Aufstiegschancen werden oft durch den Status der Eltern bestimmt, wie dies durch die Pisa-Studie insbesondere für Deutschland ausgeführt wird.
- Politik erreicht zunehmend junge Menschen in benachteiligten Stadtgebieten nicht mehr.

6. Besonders in benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen wird man dem Anspruch immer weniger gerecht, allen jungen Menschen gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung anzubieten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit zu handeln und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendliche auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen.

7. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschäftigen sich auf dieser Konferenz mit der Lebenswirklichkeit benachteiligter junger Menschen und beziehen sich explizit auf die europäischen Dokumente der Jugendpolitik wie z.B. die „Europäische Charta zur Partizipation junger Menschen auf lokaler und regionaler Ebene“ und das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend Europas“. Das europäische Verfahren zur Suche nach modellhaften Beispielen – ein beachtenswertes und effizientes Instrument des sozialen Lernens – ist ihnen bekannt. Sie regen Verbindlichkeiten und Veränderungen, die darüber hinausgehen an. Deshalb wurde mit dieser Konferenz der „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ angestoßen, bei dem verschiedene soziale Akteure, Interessengruppen und Entscheidungsträger zusammen kommen, um einen Wandel zu diskutieren.

8. Um das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ mit Leben zu füllen, ist eine übergreifende Politik notwendig, die die Lebenschancen und die persönliche Entwicklung von jungen Menschen und ihren Familien in benachteiligten Sozialräumen in den Mittelpunkt stellt. Für solche integrierten Strategien gibt es bereits Erfahrungen, so z.B. im Rahmen des deutschen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und seines Partner-

programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Hier werden von Stadtentwicklung und Jugendhilfe integrierte Strategien im Sinne von ressourcenorientierten, ressortübergreifenden und partizipativen Ansätzen initiiert und vertetigt. Diese Programme ermutigen und unterstützen die aktive Partizipation und bilden einen integralen Bestandteil von Stadtentwicklung und Jugend- und Sozialarbeit.

9. Ziel ist eine politische und gesellschaftliche Praxis der Koproduktion zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen. Dieser Ansatz der Koproduktion muss die kommunalen und regionalen Akteure, die nationalen Akteure, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, europäische Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch die jungen Menschen zusammenführen. Diese Form der Koproduktion muss sich an folgenden Handlungssträngen orientieren: formale und non-formale Bildung, Soziale Arbeit, sozialräumliches Erfahrungswissen, politische Partizipation, Kommunikation/Medien, Forschung, Stadtplanung, Migrationspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung und Vermittlung von Menschenrechten.

Ziel ist es, Synergien herzustellen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, Zugang und Teilhabe zu gewährleisten und, vor dem Hintergrund europaweiter Erfahrungen, sicherzustellen, dass alle Bestrebungen der Kinder- und Jugendpolitik der Förderung der persönlichen Entwicklung, der Förderung von Beschäftigung und der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Nur so können Strategien zur Verbesserung der Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen verfolgt werden, die auf dem Individuum und dem Gemeinwesen beruhen.

10. Das Konzept „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ erfordert die aktive Beteiligung der sozialen Akteure, die Suche nach Synergien und Mehrwert und zielt auf Koproduktion und Co-Management in städtischen Handlungsfeldern. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts sind Good Governance-Strategien der Steuerung und effizienten Koordinierung erforderlich, das machen viele Beispiele in Europa deutlich. Der Aspekt der Steuerung und Koordinierung berührt Begriffe wie Delegation von Verantwortung, sektoren- und ressortübergreifendes Handeln, flexible Budgets, persönliches Engagement über die Grenzen der beruflichen Zuständigkeit hinaus, Transparenz, kritische Evaluierung und Validierung und die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure. Die Steuerung und Koordinierung einer integrierten Jugendpolitik muss erlernt, ermutigt und praktiziert werden. Verbesserungen in diesem Bereich wirken direkt positiv auf

die Zukunftschancen junger Menschen in den benachteiligten Sozialräumen.

11. Die Aufgaben der Steuerung und Koordinierung müssen einhergehen mit einer Jugendpolitik, die auf Koproduktion und Co-Management, auf einen strukturierten Dialog setzt und auf strategischen institutionellen und operativen sozialen Netzwerken beruht. Diese betreffen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen, denn die Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen erlauben keine Trennung zwischen diesen Politikbereichen, die eng miteinander verflochten sind. Ergebnis ist ein kooperativer Policy-Mix aus den Bereichen:

- Stadt- und Quartiersentwicklung, ländlicher Raum
- Empowerment, Partizipation und Bürgerschaft der Bewohnerinnen und Bewohner
- Lokale Bündnisse, Netzwerke und Partnerschaften
- Sozialwesen
- Lokale Beschäftigung
- Bildung und Erziehung
- Sport und Freizeit
- Kultur
- Kooperationen mit Wirtschaft und anderen Sektoren
- Sicherheit
- Gesundheit

Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine kooperative und koproduktive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“.

12. „Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wird eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger sein. Davon ist sie heute noch weit entfernt. Denn dort, wo Armut, soziale Ausgrenzung und die damit einhergehenden Effekte wie niedriges Bildungsniveau, geringer sozialer Status und geringes Selbstbewusstsein vorherrschen, gibt es keine aktive Mitwirkung am öffentlichen Leben. Das Ideal aktiver Bürgerschaft beschreibt die Fähigkeit, Lebenslagen zu analysieren und sich daran zu beteiligen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu entwickeln. Dies kann nicht erreicht werden ohne Kritikfähigkeit und Anerkennung der unterschiedlichen Rollen im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen, innerhalb dessen sich kreativ Formen des Zusammenlebens entwickeln.

Hierbei handelt es sich um einen integrativen Ansatz, der nicht auf die Mehrheitskultur der

Bevölkerung beschränkt ist. Er umfasst Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtige Arbeit von Ausländerbeiräten verdient Würdigung und Respekt. Sie zu unterstützen und einzurichten ist europaweit zu empfehlen. Die Konvention des Europarats über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern auf lokaler Ebene verdient besondere Beachtung.

Nicht nur mit Blick auf benachteiligte Stadtgebiete, vielerorts stellt sich das Problem geringer Wahlbeteiligung, das der Demokratie ihre Grundlage entzieht. Partizipation, Bürgergesellschaft und das Erlernen von Demokratie gehören in die „Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“. Dieser Lernprozess muss interkulturell organisiert und auf die berufliche Integration ausgerichtet und er muss sowohl das Individuum als auch die Gemeinschaft stärken.

13. Um diesen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen, ist der Veränderungswillen vieler Akteure auf kommunalpolitischer Ebene notwendig. Dazu bedarf es der intensiven Kooperation zwischen Akteuren aus den formalen, informellen und non-formalen Bereichen von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Ganz wesentlich ist es, das Vertrauen der Menschen in Behörden und öffentliche Institutionen (z.B. auch Polizei) zu stärken, das vielerorts verschwunden ist. Auf der Basis eines neuen Verhaltenskodexes (code of conduct) muss dieses Vertrauen wieder hergestellt werden. Dies ist die Chance, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu verwirklichen.

14. Sozialpolitische Strategien für Kinder und Jugendliche müssen langfristig konzipiert werden. Kurzfristige Kürzungen öffentlicher Mittel haben oft negative Auswirkungen auf die Bereiche Prävention, Gesundheit, Bildung und berufliche Integration in den Arbeitsmarkt. Es sind Bedingungen herzustellen, unter denen Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Während der Anspruch auf eine angemessene öffentliche Finanzausstattung unbestritten ist, ist es ebenfalls offensichtlich, dass durch effizientes „Mainstreaming“ der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe, durch integrierte Strategien und durch die Kombination und Bündelung lokaler, nationaler und europäischer Fördermöglichkeiten, wie im E&C-Programm beispielhaft gezeigt wurde, Synergieeffekte erzielt werden können.

Um die „soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ zu fördern, empfiehlt die Konferenz:

Panel I: Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung in benachteiligten Stadtgebieten

1. Der Zugang zu Bildung ist eine öffentli-

che Aufgabe sowie das zentrale Element der Teilhabe, Chancengerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit und muss jedem Kind und jedem Jugendlichen möglichst früh zur Verfügung stehen.

2. Ein erfolgreicher Ko-produktionsprozess integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen setzt die unabdingbare Investition in Humankapital und in menschliche Ressourcen voraus.

3. Die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung muss möglichst früh für alle Kinder gewährleistet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz empfehlen den Aufbau von lokalen, im Sozialraum organisierten, vernetzten und präventiven Angeboten.

4. Übergänge in den Bildungs- und Erziehungsangeboten müssen besonders gestaltet werden, Erreichbarkeit der einzelnen Angebote sollte gesichert sein und der „Gesamtbauplan“ der Angebote für alle Betroffenen transparent sein.

5. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden.

6. Eine zweite Chance bei Bildung und Ausbildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche liegt im Interesse der europäischen Gesellschaften und ist eine öffentliche Aufgabe.

7. Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sichergestellt werden kann, müssen bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc. Alle Bildungssysteme müssen neu gedacht und zusammen gebracht werden.

Panel II: Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe

1. Bei Fragen der Integration ist nicht nur auf die vermeintlichen Defizite der zugewanderten Menschen zu schauen, sondern Integration ist als gesellschaftlicher Reichtum zu werten und die Ressourcen, die Menschen mitbringen, in den Blick zu bekommen.

2. Wenn von Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher gesprochen wird, sollte dies nicht reduziert geschehen, sondern die Eltern, die Herkunft und Lebensgeschichte der Zugewanderten mit betrachtet werden, weil nur ein komplexes Verständnis von Integration, Integration auch ermöglicht.

3. Der Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind zu-

nächst als Individuen mit eigenen, unterschiedlichen Lebenswegen und Lebenssituationen zu betrachten.

4. Wichtig ist die Initiierung eines interkulturellen Austauschs. Dieser kann sich in erster Linie auf die Anerkennung von Differenzen und die Etablierung von (ethnischer) Vielfalt beziehen, aber auch auf Ansätze, die die Anerkennung von Differenzen mit der Suche nach Gemeinsamkeiten verbinden.

5. Um die Fragen der Integration in der Kommune zu lösen, sind Kooperationsverbünde zwischen Verwaltung, NGOs und Akteuren der Zivilgesellschaft von Nöten.

6. Integrationspolitiken verlangen eine Neugestaltung des Denkens. Die handelnden Akteure müssen ihre Haltungen und Sichtweisen überprüfen, denn diese haben Rückwirkungen auf Konzepte und deren praktische Umsetzung. Strategien der Integration verlangen eine (selbst)reflexive Auseinandersetzung in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgabenstellungen.

7. Damit eine Integrationspolitik nicht nur „für“ die Zugewanderte umgesetzt wird, sondern sich interkulturell definieren kann, sind besonders auf Stadtteilebene Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren zu organisieren.

8. Ein Austausch im Rahmen des angestoßenen Prozesses zwischen Verwaltung, Regionen, Stadtteilen und Gemeinden über Fragen der Integration wird benötigt und der angestoßene „Berlin-Prozess“ sollte einen solchen Austausch unterstützen.

Panel III: Steuerungsstrategien und lokale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen

1. Lokale Steuerung sozialer Stadtteilentwicklungsprozesse ist eine nur langfristig zu lösende Aufgabe der Verwaltungsreform der Kommunen. Grundlage für ein mittel- und langfristiges verlässliches Arbeiten in benachteiligten Stadtteilen sollten Verträge über die Finanzierung lokaler Entwicklungsvorhaben zwischen Kommune und staatlichen Institutionen (Regierung) bilden. Nur verbindliche Vereinbarungen können langfristig Vorhaben absichern.

2. Wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Erhebungen der Wirksamkeitsforschung sind die Basis für Entscheidung über Strategien und Programme. Beispiele guter Praxis erfüllen die Kriterien der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit des Ressourceneinsatzes.

3. Lokale Netzwerke müssen offen für alle Akteure und deren Vorschläge gestaltet werden.

4. Ein strategischer dynamischer Steuerungskreislauf ermöglicht eine permanente Anpassung

sung der Stadtteilarbeit an die veränderten Handlungsbedingungen.

5. Aktive und offene Kommunikationsstrategien sollen Steuerungsinstrumente und Koordination ergänzen und die Medien genutzt werden.

6. Projekte und Vorhaben im Stadtteil sollen sich künftig an der Umsteuerung der EU-Förderung von Strukturfonds hin zu integrierten Strategien als Mainstream der europäischen Sozial- und Jugendförderung orientieren.

Panel IV: Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

1. Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen.

2. Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation.

3. Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können, benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten ggf. auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z.B. Telefon, Internet) und Mobilität.

4. Beteiligung ist ein Lernprozess, und zwar nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Politik.

5. Beteiligung muss altersgerecht ab dem Vorschulalter ermöglicht werden.

**Europäische Fachkonferenz:
„Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen“**

Veranstalter: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
in Kooperation mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und
dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarats

Datum: 23. bis 25. November 2004

Ort: Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin

Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch

Dienstag, 23. November 2004

15.00 Uhr Präsentation der Schlussfolgerungen der Konferenz und Austausch mit
den Teilnehmer/innen der Europäischen Fachkonferenz

19.30 Uhr Empfang und gemeinsames Abendessen im nh-Hotel

Mittwoch, 24. November 2004

09.30 Uhr **Eröffnung der Konferenz und Begrüßung:
Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und
Jugendlichen in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf**
Marieluise Beck, Parlamentarische Staatssekretärin, BMFSFJ, Berlin,
Bundesrepublik Deutschland

10.15 Uhr **Die Bedeutung kommunaler und lokaler Strategien bei der sozialen
Integration junger Menschen in Europa**
Ulrich Bohner, Europarat, Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden
und Regionen Europas, Strasbourg, Frankreich

10.45 Uhr **Die jugendpolitischen Aktivitäten des Europarates in Bezug auf
Minderheiten und benachteiligte junge Menschen**
Dr. Ralf-René Weingärtner, Europarat, Direktor der GD für Jugend und Sport,
Strasbourg, Frankreich

11.15 Uhr **Grußworte der Europäischen Kommission:
Europäische Initiativen zur sozialen Integration von jungen Menschen**
Pierre Mairesse, Europäische Kommission, Direktor der GD Bildung und
Kultur, Brüssel, Belgien

11.45 Uhr **Fachvortrag:
„Impulse und Herausforderungen integrierter Strategien für Kinder und
Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen - Eckpunkte für die
Diskussion“**
Dr. Christian Lüders, Deutsches Jugendinstitut e.V., München,
Bundesrepublik Deutschland

- 12.45 Uhr Mittagessen/Büffet
- 14.00 Uhr Panel Session:**
„Integrierte Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen – Diskussion und Ergebnissicherung
- I Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung (formal, informell, non-formal) in benachteiligten Stadtgebieten**
Annette Berg, Stadt Monheim am Rhein, Bundesrepublik Deutschland
Prof. Dr. Nazmi Oruc, City of Eskisehir, Türkei
Anikó Molitorisz, City of Budapest, Ungarn
Andrea Neutsch, Stadt Stralsund, Bundesrepublik Deutschland
Moderation: Dr. Heike Riesling-Schärfe, Regiestelle E&C
- II Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe**
Khédidja Bourcart, City of Paris, Frankreich
Christian Meineke, Stadt Marburg
Miriam Traversi, City of Bologna, Italien
Moderation: Dr. Dorit Meyer, Regiestelle E&C
- III Steuerungsstrategien und lokale soziale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtgebieten**
Lykke Leonardsen, City of Kopenhagen, Dänemark
Hermann Dorenburg, Stadt Offenbach, Bundesrepublik Deutschland
Mieke Vergeer / Michèle Hering, City of Amsterdam, Niederlande
Ursula Schenck, Stadt Mannheim, Bundesrepublik Deutschland
Dr. Siegfried Haller, Stadt Leipzig, Bundesrepublik Deutschland
Moderation: Rainer Schwarz, Regiestelle E&C
- IV Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation**
Lasse Siurala, City of Helsinki, Finnland
Vera Bethge / Claudia Krause, Berlin Neukölln, Bundesrepublik Deutschland
Bernd Kammerer, Stadt Nürnberg, Bundesrepublik Deutschland
Hans-Joachim Schild, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur, Brüssel, Belgien
Moderation: Sabine Meyer, Regiestelle E&C
- 17.00 Uhr Kaffeepause
- 17.30 Uhr Panel Session Teil II**
- 19.30 Uhr Gemeinsames Abendessen

Donnerstag, 25. November 2004

- 09.00 Uhr** **Präsentation der Panel-Ergebnisse im Plenum**
- 10.30 Uhr** **Anknüpfungspunkte europäischer Initiativen zum Weißbuchprozess
JUGEND an die Schlussfolgerungen der Konferenz**
Hans-Joachim Schild, Europäische Kommission, GD Bildung und Kultur,
Brüssel, Belgien
- 11.00 Uhr** **Zusammenfassung der Ergebnisse, Eckpunkte der Schlussfolgerungen**
Peter Lauritzen, Europarat, Direktorat für Jugend und Sport, Strasbourg,
Frankreich
Hartmut Brocke, Stiftung SPI, Berlin, Bundesrepublik Deutschland
- 11.30 Uhr** **Verabschiedung der Schlussfolgerungen**
- 12.30 Uhr Imbiss
- 13.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Arusyak Aleksanyan	Open Space Society NGO	Lepsius 6/6 ARMENIA ARM - Yerevan	003741526869 / 003741526297	sepuh_2000@yahoo.com
Torsten Anton	Deutsches Rotes Kreuz (DRK) Generalsekretariat T 41	Carstennstr. 58 12205 Berlin	03085404319 / 03085404468	anton@drk.de
Lilit Asatryan	Ministry of Culture and Youth Affairs Deputy Minister	Lepsius AMENIA ARM - YEREVAN	003741526869 / 003741526297	sepuh_2000@yahoo.com
Ulf Bächle	Stadt Saarbrücken Amt für Kinder und Jugendliche Amtsleiter	66104 Saarbrücken	06819054264 / 06819054239	ulf.baechle@saarbruecken.de
Alexander Bartling	Congress of Local and Regional Authorities - Council of Europe Private Office of the Secretary General	BP 431, R6 FRANCE F - 67006 Strasbourg	0033388412970 / 0033388412751	alexander.bartling@coe.int
Marieluise Beck	Parlamentarische Staatssekretärin und Beauftragte d. Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration - Büro Berlin	Alexanderplatz 6 11018 Berlin	030206551835 / 030206554512	as@bmfsfj.bund.de
Manfred Beck	Vorstand für Kultur, Bildung, Jugend und Sport	Forastr. 26/28 45875 Gelsenkirchen	02091699148	vb4@gelsenkirchen.net
Annette Berg	Stadt Monheim Fachbereich 2 - Jugend und Familie Jugendamt - Amtsleiterin	Rathausplatz 10a 40789 Monheim	021739515550 / 02173951519	fb2@monheim.de
Dr. Claudia Berthel	Stadt Chemnitz Amt für Jugend und Familie	Bahnhofstr. 53 9106 Chemnitz	03714885131 / 03714885192	claudia.berthel@stadt-chemnitz.de
Vera Bethge	Bezirksamt Neukölln Abt. Jugend / Jugendförderung Jug 1 A 1	Blaschkoallee 32 12359 Berlin	03068093100 / 03068093738	Vera.Bethge@BA-NKN.verwalt-berlin.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Annemarie Bittorf	Stadt Erfurt Jugendamt	Steinplatz 1 99085 Erfurt	03616554706 / 03616554709	jugendamt@erfurt.de
Dr. Jürgen Boeckh	IISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik	Zeilweg 42 60439 Frankfurt/a. M.	06995789138	juergen.boeckh@iss-ffm.de
Cornelius Boensmann	Stadt Dortmund Jugendamt 51/4	Ostwall 64 44122 Dortmund	02315029860	cboensmann@stadtdo.de
Ulrich Bohner	Congress of Local and Regional Authorities of Europe Chief Executive of the Congress	FRANCE F - 67075 Strasbourg	0033388412248 / 0033388412751	ulrich.bohner@coe.int
Khédidja Bourcart	Adjointe au maire de Paris chargée d l'intégration et des étrangers non communautaires	Hotel de Ville FRANCE F - 75196 Paris	0033142764188 / 0033142764188	khedidja.bourcart@mairie-paris.fr
Jutta Braun				
Katharina Brederlow	Stadt Halle Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	Schopenhauerstr. 4 6114 Halle	03452215720	katharina.brederlow@halle.de
Katrin Brinkhoff	ISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Projektbüro Berlin	Michaelkirchstr. 17-18 10179 Berlin	03060980621	k.brinkhoff@deutscher-verein.de
Matthias Bruckdorfer	Diakonisches Werk der EKD SoFJA-Projektbüro Projektleiter	Staffenbergstr. 76 70184 Stuttgart	07112159325 / 07112159288	bruckdorfer@diakonie.de
Giorgos Christoulas	Programming & Development Consultant - Municipality of Karditsa	1, Artesianou Str. GREECE GR - Karditsa 43100	00302441079582 / 00302441077105	christoulas@karditsa-city.gr
Hansgeorg Cibis	Stadt Mannheim Fachbereich Wohnen und Stadterneuerung	E2, 15 68159 Mannheim	06212937900 / 06212937800	hansgeorg.cibis@mannheim.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Prof. Dr. Serdar Degirmencioglu	Istanbul Bilgi University Department of Psychology	Inonu Cad. 28, Kustepe TURKEY TR - 34387 Istanbul	00902123116382 / 00902122168477	serdard@bilgi.edu.tr
Hermann Dorenburg	Stadt Offenbach Jugendamt, Amt 51 Amtsleiter	Berliner Str. 100 63065 Offenbach	06980653163 / 06980653187	hermann.dorenburg@offenbach.de
Marie-Luise Dreber	Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst (IJAB) e. V. Geschäftsführerin	Heussallee 30 53113 Bonn	02289506207 / 02289506199	dreber@ijab.de
Rainer Dworog	Stadt Salzgitter Stadtverwaltung - Dez. IV, Jugendamt Stadtrat für Kultur und Soziales	Joachim-Campe-Str. 6-8 38226 Salzgitter	053418394517 / 053418394904	rainer.dworog@stadt.salzgitter.de
Thomas Ehlert	Stadt Leipzig Jugendamt - Planungskoordination/ Statistik - Sachgebietsleiter	Naumburger Str. 26 4229 Leipzig	03411234319	tehlert@leipzig.de
Simon El-Zainab	Center of Family Service West Aarhus	Gudrunsvej 78 DENMARK DK - 8229 Brabrand	004589405700	gkr@fa.aarhus.dk
Angelika Emrich	Online-Portal Soziales Berlin	Potsdamer Straße 12205 Berlin	03069599454	a.emrich@soziales-berlin.de
Francesca Fabi	Intercultural Education Laboratory and Archive, Education Dept. Municipality of Bologna	Via Ca 'Selvatica 7 ITALY I - 40123 Bologna		bid7274@iperbole.bologna.it
Peter Fialka	Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V. Referent für Jugendsozialarbeit Freiwilliges Soziales Jahr	Heinrich-Hoffmann-Str. 3 60528 Frankfurt/a. M.	0696706258 / 0696706288	peter.fialka@paritaet.org
Klára Filipová	Verband Tschechischer Städte und Gemeinden	Pacouska 31 TCHEQUE CZ - 14000 Praha	00420241733589 / 00420241733585	jirova@smocr.cz

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Dr. Heike Förster	Deutsches Jugendinstitut e. V. Regionale Arbeitsstelle Halle Franckesche Stiftungen	Franckeplatz 1, Haus 12/13 6110 Halle	03456817822 / 03415665447	foerster@dji.de
Dr. Peter Fricke	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Abt. 5 - Abteilungsleiter	Alexanderplatz 6 10178 Berlin	030206551900 / 030206554190	peter.fricke@bmfsfj.bund.de
Andreas Georgiou	Municipality of Karditsa 1, Artesianou Str.	GR - 43100 Karditsa GREECE	00302441079582 / 00302441077105	christoulas@karditsa-city.gr
Mkhitar Gevorgyan	Ministry of Science and Education 3,rd Governmental Building	ARM - Yerevan ARMENIA	003741526869 / 003741526297	sepuh_2000@yahoo.com
Jeanette Goddar	Tagesspiegel	Prinzessinnenstr. 19-20 10969 Berlin	03061403039 / 03061402980	jago@taz.de
Klaus Gohlke	Stadt Oberhausen Büro des Oberbürgermeisters Bereich Soziale Stadt	Schwartzstr. 72 46045 Oberhausen	02088252349	klaus.gohlke@oberhausen.de
Margo Gorman	Combined European Bureau for Social Development Trummon West	Laghey Co. - Donegal IRELAND IRL - Dublin	00353749723129	margogorman@cicrom.net
Frederick Groeder- Roth	BAG Soziale Stadtentwicklung GWA	Stift Str. 15 30159 Hannover	05117000526	bagsozialestadtentwicklung@t-online.de
Terje Grytten	Council of Children and Youth Oslo Mollergata 3	N - 0179 Oslo NORWAY	004724149830	terje@unginfo.oslo.no
Dr. Siegfried Haller	Stadt Leipzig Jugendamt Amtsleiter	4092 Leipzig	03411234494 / 03411234484	jugendamt@leipzig.de
Dr. Wolfgang Hammer	Behörde für Soziales und Familie Hamburg Amt für Familie, Jugend und Sozialordnung Abteilung Kinder- und Familienhilfe	Hamburger Straße 37 22083 Hamburg	040428632440 / 040428632346	wolfgang.hammer@bsf.hamburg.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
John Hanley	Dublin City Council Wood Quay	IRL - Dublin IRELAND	0035312223379	johnpaul.hanley@dublincity.ie
Mary Hanlon	Dublin City Council Wood Quay	IRL - Dublin IRELAND	0035312223327	mary.hanlon@dublincity.ie
Paul Hardiman	Grupo Alba International 81 Avenue des Archiducs	B - 1170 Bruxelles BELGIUM	003226752055 / 003741526297	desarollo@grupoalba.net
Volker Hausdorf	Stadt München Jugendamt, S-II-L/S	Orleansplatz 11 81667 München	08923327607 / 08923327489	volker.hausdorf@muenchen.de
Michèle Hering	Projectleider Regio-RAAK Beleidsadviseur Jeugd & Onderwijs Sector Welzijn en Onderwijs	Staddeel Amsterdam-Noord NETHERLAND NL - Amsterdam	00206349295	m.hering@noord.amsterdam.nl
Hermann Hillmann	Stadt Neu-Ulm Stadtverwaltung	Augsburgerstr. 15 89231 Neu-Ulm	07317050122	egugler@stadt.neu-ulm.de
Martin Hückeler	Stadt Solingen Stadtdienst Jugend Leiter	Grünwalder Str. 29-31 42657 Solingen	02122494350 / 02122494422	m.hueckeler@solingen.de
Hans Iblher	Vicelinschule Schulleiter Quartiersmanagement Vicelinviertel	Vicelinstr. 51 24534 Neumünster	043219422284 / 04321952235	quartiermanagement@awo-neumuenster.de
Cornelia Israel	Bezirksamt Mitte Abt. Jugend und Finanzen	Karl-Marx-Allee 31 10178 Berlin	030200923410	rainer.pede@ba-mitte.verwalt-berlin.de
Manvel Javadyan	Centre of organizing of Youth programmes	Khanyan 13 ARMENIA ARM - Yerevan	00374526869 / 003741526297	sepuh_2000@yahoo.com
Petra Jung	Bundesministerium für Bildung und Forschung	Hannoversche Str. 28-30 10115 Berlin	01888575349	petra.jung@bmbf.bund.de
Bernd Kammerer	Stadt Nürnberg Jugendamt	Dietzstr. 4 90443 Nürnberg	09112313208	bernd.kammerer@stadt.nuernberg.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Andreas Kapphan	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Referat AS 2	11018 Berlin	018885551816 / 030206551816	andreas.kapphan@bmfsfj.bund.de
Carola Kirsch	Stadt Wolfsburg Geschäftsbereich Jugend Leiterin	Porschestra. 47 38440 Wolfsburg	05361282879 / 05361281808	Geschäftsbereich.Jugend@stadt.wolfsburg.de
Sabine Klemp	Stadt Dortmund Jugendamt Respekt-Büro	Geschwister-Scholl-Str. 33-37 44135 Dortmund	02315029943	sklemp@stadtdo.de
Hans Klump	Stadt Mannheim Fachbereich Wohnen/ Stadterneuerung	E 2, 15 68159 Mannheim	06212937903	hans.klump@mannheim.de
Christiane Kochner	Deutsches Jugendinstitut e. V. Regionale Arbeitsstelle Halle Franckesche Stiftungen	Franckeplatz 1, Haus 12/13 6100 Halle	03456817815	kochner@dji.de
Jan Köhler	Institut für regionale Innivation und Sozialforschung - IRIS e. V.	Uhlandstr. 39 1069 Dresden	035146768930	koehler@iris-ev.de
Sonja Koller	Stadt München Sozialreferat Jugendsozialarbeit	Orleansplatz 11 81667 München	08923327435	stephanie.kralik@muenchen.de
Claudia Krause	Bezirksamt Neukölln Abt. Jugend / Modellprojekt "Auf- wachsen in der Köllnischen Heide"	Karl-Marx-Str. 83 12040 Berlin	03068083715 / 0306835992	Claudia.Krause@neukoelln-jugend.de
Robert Kredig	Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften - BDWO		02083016629	r.kredig@t-online.de
Gitte Krogh	Center of Family Service West Aarhus	Gudrunsvvej 78 DENMARK DK - 8220 Brabrand	004589405700	gkr@fa.aarhus.dk

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Maarit Kuikka	Central Union for Child Welfare	Armfeltintie 1 FINLAND FIN - 00150 Helsinki	00358932960204 / 00358932960299	maarit.kuikka@lskl.fi
Peter Kupferschmid	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) Ref. 502 - Referatsleiter	Rochusstr. 8-10 53107 Bonn	030206552883 / 030206554807	Peter.Kupferschmid@bmfsfj.bund.de
Peter Lauritzen	Directorate of Youth and Sport Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin FRANCE F - 67000 Strasbourg	0033388412293 / 0033388412777	peter.lauritzen@coe.int
William Lay	COFACE Rue de Londres 17	B - 1050 Bruessels BELGIUM	003225114179	coface@brutele.be
Martin Lenz	Stadt Karlsruhe Sozial- und Jugendbehörde	Kaiserallee 4 76133 Karlsruhe	07211335028 / 07211335009	martin.lenz@sjb.karlsruhe.de
Lykke Leonardsen	City of Copenhagen Department of Finance International co-ordinator	City Hall 3, room 58 DENMARK DK - 15599 Copenhagen V	004533662289	lyl@okf.kk.dk
Sue Lewis	Deputy Director Sure Start Unit Caxton House 6-12 Tothill Street	U.K. - London SW 1H 9NA UNITED KINGDOM	00442072735725 / 00442072735124	sue.lewis@dfes.gsi.gov.uk
Mats Lindström	Urkraft Box 55	SW - 93121 Skelleftec SWEDEN	0046706258844 / 004691057900	mats-l@urkraft.se
Claus Lippmann	Landeshauptstadt Dresden Geschäftsbereich Soziales - Jugendamt Amtsleiter	PF 120020 1001 Dresden	03514884741 / 03514884603	jugendamt@dresden.de
Amanda Litschkovskij	Jugendmigrationsdienst Reutlingen Bruderhaus Diakonie	Hindenburgstr. 33 72762 Reutlingen	0712129171 / 07121239334	elke.frueh@bruderhausdiakonie.de
Beate Lubitz	Bezirksamt Tempelhof/Schöneberg Jugendamt / JugFöSport V Rathaus Friedenau	Breslauer Platz 10820 Berlin	03075603497 / 03075606105	lubitz@ba-temp.verwalt-berlin.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Dr. Christian Lüders	Deutsches Jugendinstitut e.V. Abteilungsleiter	Nockherstr. 2 81541 München	08962306210 / 08962306162	lueders@dji.de
Pierre Mairesse	European Commission, Head of Unit DG Education and Culture, Directorate D Youth, Civil Society, Communication	Office: VM 2 - 05/52 BELGIEN B-1049 Brüssel	003222962009 / 003222965664	Pierre.Mairesse@cec.eu.int
Eddie Manning	City of Dublin VEC Youthreach CDU, Sundrive Rd - Crumlin, D 12	IRL - Dublin IRELAND	0035314535487	bernie.reilly@cdu-cdvec.de
Ursula Mathieu	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Rochusstr. 8-10 53123 Bonn	030206552273 / 030206554807	ursula.mathieu@bmfsfj.bund.de
Steve McAdam	Fluid & London Metropolitan University 148 Curtain Road	U.K. - 2434 London UNITED KINGDOM	00442077290770	steve@f-l-u-i-d.co.uk
Mary McGuane	Dublin City Council 13 St. Agnes Road	IRL - Dublin IRELAND	0035312225520	mary.mcguane@dublincity.de
Christian Meineke	Stadt Marburg Jugendamt / 51.9 FB Familie, Jugend und Soziales	Friedrichstr. 36 35035 Marburg	06421201126 / 06421201595	christian.meineke@marburg-stadt.de
Jonas Mickus	The Association of Local Authorities in Lithuania T. Vrublevskio g.6	LT - 01100 Vilnius LITHUANIA	0037052791353	jonas.mickus@lsa.lt
Paloma Miersch	BBJ e. V. (SERVIS gGmbH) Zentrale Beratungsstelle für Träger der Jugendhilfe	Herzbergstr. 84 10365 Berlin	03055051324 / 03055051313	miersch@bbj.de
Anikó Molitorisz	Mayor's Office Budapest Department of Education	Városház z, 9-11 HUNGARY Hu - 1052 Budapest	003613271000 / 1110 / 003613271835	molitorisza@budapest.hu

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Antonia Muhler	Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union EU-Vertretung	Rue J. de Lalaing, 19-21 1040 Brüssel	[32] 22381822	antonia.muhler@diplo.de
Vicenta Mur Sanchez	Federation Espanola de Municipios y Provincias Tecla Sala 11	E - 08901 L'Hospitalet de Llobregat SPAIN	0034934029908 / 0034934039913	ds.bsocialfamilia@l-h.es
Andrea Neutsch	Stadt Stralsund Amt für Jugend, Familie und Soziales Abt. Jugendförderung/komm. Sozialdienst	Postfach 2145 18408 Stralsund	03831254455 / 03831254469	aneutsch@stralsund.de
Steffen Nielsen	City of Aarhus, Ungdomscentret,	Soender Allé 33 DENMARK DK - 8000 Aarhus	004589403194	ssn@fa.aarhus.dk
Manfred Niewöhner	Stadt Stuttgart Jugendamt	Wilhelmstr. 3 70182 Stuttgart	07112167084	manfred.niewoehner@stuttgart.de
Prof. Dr. Nazmi Oruc	Greater Eskisehir Municipality	Iki Eylül Cad. TURKEY Eskisehir	00902222311090 / 00902222204235	nazmioruc@yahoo.com
Susanne Overhage	Stadt Köln Jugendamt	Kalker Hauptstraße 247-273 Köln	022122198260	susanne.overhage@stadt-koeln.de
Hans-Werner Pabst	Stadt Magdeburg Jugendamt	Lübecker Str. 32 39124 Magdeburg	03915406091	hans-werner.pabst@jga.magdeburg.de
Rainer Pede	Bezirksamt Berlin-Mitte Jugendamt, Abt. Jugend/Finanzen Jugendförderung	Karl-Marx-Allee 31 19178 Berlin	030200923119 / 030200923113	jugendfoerderungmitte@t-online.de
Günther Poggel	Senat für Bildung, Jugend und Sport	Beuthstr. 6-8 10117 Berlin	03090265565 / 03090265008	guenther.poggel@senbjs.verwalt-berlin.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Niels Sandemann	Center of Family Service West Aarhus	Gudrunsvvej 78 DENMARK DK - 8220 Brabrand	004589405700	gkr@fa.aarhus.dk
Ursula Schenck	Stadt Mannheim Fachbereich für Kinder, Jugend und Familie (FB 51) - Kompetenzagentur	K1, 7-13 68159 Mannheim	06212932163 / 06212932158	ursula.schenck@mannheim.de
Hans-Joachim Schild	European Commission DG Education and Culture EAC D 1. Unite Jeunesse	Rue Belliard 7 - 2/029 BELGIEN B - 1047 Brüssel	003222998397 / 003222994038	Hans-Joachim.Schild@cec.eu.int
Corsula Schlichte	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V.	Moselstr. 25 60329 Frankfurt/a. M.	0692578280	jbw@lagsbh.de
Rudolf Schmidt	Deutsche Sportjugend (dsj)	Theodor-Heuss-Str. 16 63150 Heusenstamm	061042797	schmidt.rudolf@gmx.de
Nora Schmidt	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	Michaelkirchstr. 17/18 10179 Berlin	03062980218	n.schmidt@deutscher-verein.de
Dr. Lutz Schmidt	Stadt Leipzig Jugendamt	Naumburgerstr. 26 4229 Leipzig	03411234350	lschmidt@leipzig.de
Martina Schmied	Magistrat der Stadt Wien MA 17 Kernbereich Kinder-Jugend-Schule	Auerspergstr. 15 AUSTRIA A - 1080 Wien	00431400081543 / 00431400081540	martina.schmied@m17.magwien.gv.at
Dr. Martina Schmied	Magistrat der Stadt Wien - MA 17 Kernbereich Kinder-Jugend-Schule	Auerspergstr. 15 AUSTRIA A - 1082 Wien	00431400081543 / 0043140009981540	martina.schmied@m17.magwien.gv.at
Roland Schneider	Stadt Krefeld Stadtverwaltung Dez. Soziales, Jugend und Kultur	47792 Krefeld	02151861050	roland.schneider@krefeld.de
Kerstin Schöbe	Stadt Brandenburg	14767 Brandenburg	03381585000	

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Winfried Schulz	Hansestadt Rostock Jugendamt Abt. Planung/Finanzen	Neuer Markt 3 18055 Rostock	03813812531 / 03813812609	winfried.schulz@rostock.de
Martin Schumacher	Stadt Oldenburg Dez. für Kultur, Schule, Sport und Gesundheit	Peterstr. 3 26121 Oldenburg	04412353679	kulturdez@stadt-oldenburg.de
Barbara Schünke	Stadtteilbüro und Jugendförderung Marzahn-Nord	Märkische Allee 414 12689 Berlin	03093492748	stab1@web.de
Pierre Serne	Directeur du Cabinet de Mme Khédidja Boucart, Adjointe au maire de Paris, char- gée de l'intégration et des étrangers	non communautaires - Hotel de Ville FRANCE F - 75196 Paris RP	033142764188 / 033142764165	pierre.serne@paris.fr
Lasse Siurala	Head of the Helsinki City Youth Department Helsingin Nuorisokeskus	FINLAND FI - PB 5000 Helsinki	003580931089045	lasse.siurala@nk.hel.fi
Vahram Soghomonyan		ARMENIA		aarusik@freenet.am
Gabriele Sparka	Stadt Dortmund Jugendamt Amtsleiterin	Oostwall 64 44122 Dortmund	02315027708 / 02315026514	gabriele.sparka@stadtdo.de
Michael Sprünken	Stadt Bochum Rathaus Stabsstelle Sozialplanung	44777 Bochum	0234910663 / 02349103992	mspruenken@bochum.de
Claudia Stagen	Stadt Wittenberg Stadtverwaltung Bereich Kinder und Jugend	Lutherstr. 56 6886 Wittenberg	03491421472	claudia.stagen@stadtverwaltung.wittenberg.de
Peter Stieglbauer	Stadt Karlsruhe Rathaus West Sozial- und Jugendbereich	76133 Karlsruhe	07211335410 / 07211335009	peter.stieglbauer@sjb.karlsruhe.de

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Wolf-Christian Strauss	Deutsches Institut für Urbanistik	Straße des 17. Juni 112 10623 Berlin	030390012960 / 03039001100	strauss@difu.de
Christos Tegos	Municipality of Karditsa 1, Artesianou Str.	GR - 43100 Karditsa GREECE	00302441079582 / 00302441077105	christoulas@karditsa-dity.gr
Christian Thomas	Stadt Cottbus Dezernat für Jugend, Kultur und Soziales	Neumarkt 5 3046 Cottbus	03556122401 / 03556122403	bildungsdezernat.stadt@cottbus.de
Riem Tisini	Projekt INAS	Oranienstr. 25 10999 Berlin		riem@tisini.net
Tamara Torosyan	Ministry of Culture and Youth Affairs	ARM - Yerevan ARMENIA	003741526869 / 003741526297	sepuh_2000@yahoo.com
Miriam Traversi	Intercultural Education Laboratory and Archive, Education Dept. Municipality of Bologna	Via Ca' Selvatica 7 ITALY IT - 40123 Bologna	0039051300812 / 0039051397306	Mirian.Traversi@commune.bologna.it
Lusine Tunyan				lusinet@yahoo.com
Renaldas Vaisbrodas	European Youth Forum 120 Rue Joseph II	B - 1000 Bruessels BELGIUM	003222869427	renaldas@lijot.lt
Alexander Vecellio	Stadt Stuttgart Jugendamt Jugendhilfeplanung	Wilhelmstr. 3 70182 Stuttgart	07112167468 / 071121644753	alexander.vecellio@stuttgart.de
Mieke Vergeer	NIZW Jeugd Communities that Care	Postbus 19152 NETHERLAND NL - 3501 DD Utrecht	0081302306492	m.vergeer@nizw.nl
Sotiris Vlahos	Parelion Municipality Corfou Greece	GR - 49100 Kokkini Greece GREECE	00302661095122	parelion@otenet.gr
Heike Völger	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe e. V. (AGJ)	Mühlendamm 3 10178 Berlin	03040040213	agj@agj.de
Thomas Vollmer	Bundesarbeitsgemeinschaft Ewangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA)	Wagenburgstr. 26-28 70184 Stuttgart	7111648927	thomas.vollmer@yes-forum.org

Name	Institution	Adresse	Fon / Fax	e-Mail
Dr. Ralf-René Weingärtner	Directorate of Youth and Sport Council of Europe	30, rue Pierre de Coubertin FRANCE F - 67075 Strasbourg Cedex	0033390214973 / 033388412778	rene.weingaertner@coe.int
Christel Weiter	SOS Kinderdorf Kinder- und Familienzentrum Moabit	Waldstr. 55 10551 Berlin	03039879585 / 03039879586	christel.weiter@sos-kinderdorf.de
Ilona Weiter-Schulz	KTH Bremen	Koblenzer Str. 12 28325 Bremen	04213613236	ilona.weiter-schulz@kth.bremen.de
Elif Yildrim	Council of Children and Youth	Mollergata 3 NORWAY N - 0179 Oslo	004724149832	elif@unginfo.oslo.no
Dr. Elisabeth Ziemer	Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg	Berlin		
Heinz Zohren	Stadt Aachen Stadtjugendamt	Adalbertsteinweg 59 52058 Aachen	02414325132	heinz.zohren@mail.aachen.de